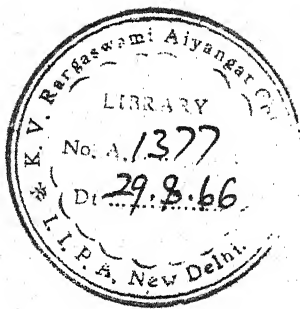


DEUTSCHLANDS VOLKSWOHLSTAND 1888—1913

von

DR. KARL HELFFERICH
Direktor der Deutschen Bank.

Dritte Auflage.



VERLAG VON GEORG STILKE, BERLIN NW. 7
HOFBUCHHÄNDLER SR. KAISERL. U. KÖNIGL. HOHEIT DES KRONPRINZEN

1914

711-02
H367

Alle Rechte, insbesondere das der Uebersetzung, vorbehalten.
Copyright 1914 by Georg Stilke, Berlin.

Vorwort zur dritten Auflage.

Auch die zweite Auflage dieses Büchleins war in kurzer Zeit vergriffen.

Der jetzt auszugebenden dritten Auflage möchte ich einige Worte vorausschicken.

Im allgemeinen hat die deutsche Kritik anerkannt, dass der Versuch, in knappen Zügen ein Bild unserer Wohlstandsentwicklung zu geben, gerade deshalb ein nicht ganz überflüssiges Beginnen ist, weil unsere wirtschaftliche und finanzielle Kraft nicht nur im Ausland, das uns aus alter Gewohnheit unterschätzt, sondern auch im Inland viel zu wenig bekannt ist. Ich gestehe, dass dieser Gesichtspunkt für mich in allererster Reihe dafür bestimmend war, dass ich meine aus einem bestimmten Anlass und als Abschnitt eines grossen Sammelwerkes geschriebene Studie in Form einer billigen Volksausgabe der breitesten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht habe.

Die seit der ersten Publikation der Studie verflossene Zeit ist mir eine wertvolle Bestätigung meiner von manchen als zu optimistisch gescholtenen Auffassung. Eine solche Bekundung mag in einer Zeit nachlassender Konjunktur, auf den ersten Blick gewagt erscheinen. Aber Konjunkturschwankungen gibt es immer und überall; wir haben in Deutschland im Zuge unseres wirtschaftlichen Aufstiegs mehrfach Rückschläge erlebt, mit denen die gegenwärtige Stockung in keiner Weise verglichen werden kann. Deshalb beweist die Tatsache, dass augenblicklich der Puls des Wirtschaftslebens langsamer schlägt, nicht das mindeste für oder gegen unsere wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Dagegen möchte

IV

ich an dieser Stelle zwei charakteristische Erscheinungen hervorheben, denen eine Beweiskraft nicht abzusprechen ist.

Zunächst die Gestaltung unserer Geld- und Kreditverhältnisse.

Die verfloßenen zwei Jahre schwerer politischer Unruhen und Besorgnisse waren eine Art Feuerprobe. Als die Marokkokrisis sich zuspitzte und als später die Balkanwirren sich zu einer internationalen Gefahr auszuwachsen drohten, konnten gewisse Fabrikanten öffentlicher Meinung im Auslande sich nicht genug tun mit den schwärzesten Schilderungen, welcher Zusammenbruch jetzt in Deutschland erfolgen müsse. Es galt als ausgemacht, dass unsere scheinbar glänzende wirtschaftliche Entwicklung auf einer masslosen Ueberspannung des Kredits und auf dem Gelde des Auslandes beruhe und dass jede ernsthafte Krisis mit einer Erschütterung des Vertrauens und einer Zurückziehung der ausländischen Guthaben den tönernen Koloss der deutschen Wirtschaft zum kläglichsten Einsturz bringen müsse. Ja, es ist heute noch im Auslande vielfach unausrottbare Ueberzeugung, nur die Furcht vor einem solchen Zusammenbruch habe Deutschland vom Kriege um Marokko abgehalten.

Heute, nachdem die zweijährige politische Krisis an den Geld- und Kreditverhältnissen aller europäischen Grossmächte gerüttelt hat, können wir feststellen, dass Deutschland aus dieser Krisis zum mindesten in ebenso guter Verfassung hervorgegangen ist, wie die anderen grossen Länder. Deutschland hat in diesen Jahren die Auslandsgelder, deren Bedeutung so masslos übertrieben worden ist, glatt zurückgezahlt. Die Reichsbank verfügt trotzdem heute über einen um 500 Millionen Mark höheren Goldbestand als vor wenigen Jahren; sie konnte im Oktober — in der Zeit des starken Herbstbedarfes — als erste und bisher ausser der Oesterreichisch-Ungarischen Bank einzige von allen grossen Noten-

banken ihren Diskontsatz herabsetzen und im Dezember eine weitere Herabsetzung folgen lassen. Der Privatkontsatz des Berliner Marktes ist seit vielen Wochen niedriger als in London. Die Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes ist heute im Vergleich mit den ausländischen Märkten eine solche, dass der noch vor kurzem hier und dort genährte Gedanke, uns durch den Druck einer finanziellen Uebermacht politisch matt zu setzen, sich fürs nächste von selbst verbieten dürfte.

Der zweite Punkt, den ich hier als bezeichnend für unsere wirtschaftliche Kraft hervorheben möchte, ist die Gestaltung unseres Aussenhandels im laufenden Jahre. Vom Januar bis Oktober erreichte die deutsche Ausfuhr einen Wert von 8 318 Mill. M., gegen 7 223 Mill. M. in den ersten zehn Monaten des Jahres 1912; die Zunahme beträgt also 1 095 Mill. M. Dagegen war die Einfuhr mit 8 804 Mill. M. um 22 Mill. M. niedriger als im Vorjahr. Daraus ergibt sich für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres eine Besserung der deutschen Handelsbilanz um rund 1 120 Mill. M. Es ist klar, dass in allererster Reihe diese ausserordentlich günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz uns geholfen hat, die Schwierigkeiten der jüngsten Zeit verhältnissmässig so gut zu überwinden. Es ist aber auch weiter klar, dass nur eine hochentwickelte Leistungsfähigkeit der wirtschaftlichen Produktion zu einer Krafterleistung imstande ist, wie sie eine Verbesserung der Handelsbilanz um mehr als eine Milliarde Mark in nur zehn Monaten darstellt.

Mein Versuch, die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Stärke in ein helles Licht zu setzen, ist mir — soweit ich sehe — nur von einer Seite verdacht werden: von der sozialdemokratischen Presse. Soweit man dort überhaupt eine Zunahme unseres Volkswohlstandes wahr haben will, eifert man sich in Versuchen des Nachweises, die grosse

Masse der Bevölkerung sei leer ausgegangen und habe ihre Lage nicht verbessert. Der handgreifliche Widerspruch dieser Behauptung mit den Tatsachen der täglichen Beobachtung macht eine Widerlegung überflüssig.

Dagegen erschien mir aus allgemeinen Gründen eine genauere Untersuchung der Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Bevölkerungsschichten und die Entwicklung dieser Verteilung erwünscht. Ich habe eine kurze Studie über diese Frage als Beitrag zu der wissenschaftlichen Festgabe zum 60. Geburtstag des Geheimen Justizrats Professor Dr. Riesser geschrieben und füge mit der gütigen Erlaubnis des Jubilars und des Verlegers diese Studie als Anhang der vorliegenden neuen Auflage bei. Das Ergebnis der vorgenommenen Berechnungen ist, dass die grosse Zunahme des deutschen Volkseinkommens sich mit einer geradezu überraschenden Gleichmässigkeit auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt und dass insbesondere das Einkommen der „besitzenden Klassen“, trotz der starken Zunahme des Kapitalreichtums, nicht in stärkerem Masse gestiegen ist, als das Einkommen derjenigen Schichten, die ausschliesslich oder vorwiegend auf das Erträgnis ihrer Arbeit angewiesen sind.

Was die von mir veranschlagten Zahlen des Gesamteinkommens und Gesamtvermögens, sowie des Durchschnittseinkommens und Durchschnittsvermögens des deutschen Volkes anlangt, so möchte ich gegenüber den zahlreichen Ausstellungen an der Zuverlässigkeit und dem Werte solcher Schätzungen die Vorbehalte unterstreichen, die ich selbst in der Einleitung zu dem Abschnitt über „Volkseinkommen und Volksvermögen“ gemacht habe. Ich sehe den Wert solcher Schätzungen nicht in den absoluten Zahlen, noch weniger in den Durchschnittszahlen, sondern ganz vorwiegend in der Möglichkeit eines sinnfälligen Vergleichs „mit dem, was früher war oder was anderwärts ist“.

Von diesem Gesichtspunkte aus beurteile ich auch die Bemängelungen an den Einzelheiten meiner Schätzungen, die teils gedruckt, teils schriftlich und mündlich an mich herangetreten sind. Bei der Unmöglichkeit einer unbedingten Zuverlässigkeit in den Ziffern des Endergebnisses scheint mir von entscheidender Bedeutung die Anwendung der gleichen Schätzungsmethode für die verschiedenen Zeitpunkte.

Nur nebenbei sei bemerkt, dass die Bemängelungen vielfach gerade nach den entgegengesetzten Richtungen gehen. Während z. B. Herr Professor Delbrück im Novemberheft der Preussischen Jahrbücher (Seite 336) den bei der Vermögensschätzung von mir an den Ergebnissen der Feuerversicherungs-Statistik gemachten Abschlag als zu hoch und unbegründet bezeichnet, sind mir von anderer sehr sachkundiger Seite erhebliche Zweifel daran ausgesprochen worden, ob der Abschlag nicht viel zu niedrig sei.

Im wesentlichen habe ich geglaubt, auch in der neuen Auflage bei meinen Ziffern bleiben zu können. Nur in einem Punkte habe ich eine Berichtigung für angezeigt gehalten, nämlich hinsichtlich desjenigen Teils des Einkommens der öffentlichen Körperschaften, der zur Berechnung des gesamten Volkseinkommens dem Einkommen der Privaten hinzugeschlagen werden muss. Wie auf Seite 98 f. dieser neuen Auflage näher begründet wird, ist dieser Teil des öffentlichen Einkommens bei genauerer Prüfung nicht auf eine, sondern auf etwa drei Milliarden zu veranschlagen. Die Zahl für das gesamte Jahreseinkommen des deutschen Volkes erhöht sich damit von etwa 40 auf etwa 42 Milliarden Mark.

Berlin, Dezember 1913.

Karl Helfferich.

Vorwort zur ersten Auflage.

Die nachstehende Darstellung der Entwicklung des deutschen Volkswohlstandes in den letzten 25 Jahren wurde ursprünglich geschrieben als Beitrag zu dem von den Herren Dr. von Behr-Pinnow, Prof. Dietrich und Prof. Kayserling im Verlage von Georg Stilke herausgegebenen Jubiläumswerke „Soziale Kultur und Volkswohlfahrt während der ersten 25 Regierungsjahre Kaiser Wilhelm II.“

Ich entspreche vielfach geäußerten Wünschen, indem ich durch diese Sonderausgabe, mit der sich Herausgeber und Verleger des Jubiläumswerkes bereitwilligst einverstanden erklärt haben, meinen Beitrag einer weiteren Öffentlichkeit unterbreite.

Aenderungen an der ursprünglichen Fassung sind im wesentlichen nur insoweit vorgenommen worden, als bei den statistischen Angaben die seither neu veröffentlichten Zahlen Berücksichtigung gefunden haben.

Berlin, im September 1913.

Karl Helfferich.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die Studie über die Entwicklung des deutschen Volkswohlstandes hat im In- und Auslande ein unerwartet grosses Interesse gefunden. Wenige Wochen nach dem Erscheinen im Buchhandel ist eine zweite Auflage erforderlich geworden. Uebersetzungen in die englische, französische und spanische Sprache sind in Vorbereitung.

Die vorliegende zweite Auflage ist, abgesehen von kleinen Aenderungen im Text und Ergänzungen durch neueres Zahlenmaterial, ein unveränderter Abdruck der ersten Ausgabe.

Berlin, November 1913.

Karl Helfferich.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Programm	11

Erster Abschnitt.

Bevölkerung, Technik und Organisation.

1. Die Bevölkerung. Bevölkerung und Nahrungsspielraum. Deutschlands Bevölkerungszunahme. Geburtenüberschuss. Auswanderungsrückgang und Einwanderungszunahme. Steigende Arbeitsintensität der deutschen Bevölkerung. Verschiebung in der berufsständigen Schichtung zugunsten von Industrie und Handel . . 13

2. Die Technik. Die Naturwissenschaft als Grundlage der modernen Technik. Vervollkommnung der Dampfmaschine und Zunahme der Dampfmaschinen-Pferdekkräfte in Deutschland. Elektrizität in Schwachstrom- und Starkstromtechnik. Die Kraftübertragung und ihre Einwirkung auf die Nutzbarmachung von Kraftquellen. Die Gaskraftmaschine. Die modernen Verbrennungsmotoren. Die Entwicklung der Maschinenindustrie bis zum Automobil und Luftschiff. Chemie und Technik. Agrikulturchemie. Verbesserungen in der Eisengewinnung und Stahlbereitung. Die Erforschung der Kohle und die Kohlenprodukte. Chemische Industrie. Zusammenfassung 20

3. Die wirtschaftliche Organisation. Wesen der wirtschaftlichen Organisation: Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung, Schulung und Arbeitsdisziplin, Zusammenfassung von Kapital und Arbeit. Die Entwicklung der Arbeitsteilung in der inneren Volkswirtschaft und in den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die Entwicklung der Arbeitsvereinigung in den Betriebsgrößen und der Betriebs-Zusammenfassung. Die Mobilisierung und Konzentration der Kapitalien durch die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Form der Kapitalorganisation und durch die Entwicklung des Kredits. Syndikate, Interessengemeinschaften u.s.w. Die Vervollkommnung der wirtschaftlichen Organisation und die neuen Probleme unserer Volksentwicklung 34

Zweiter Abschnitt.

Produktion, Verkehr und Konsum.

1. Die Produktion. Produktionsstatistik. Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion: Nährfrüchte, Zuckerrüben, Viehzucht. Entwicklung der industriellen Produkte: Kohलगewinnung, Eisen- und Stahlerzeugung, sonstige Industrien nach der Zahl der beschäftigten Personen, der verwendeten Dampfmaschinen-Pferdekkräfte und der Ausfuhr 50
2. Der Verkehr. Vermehrung der im Handelsgewerbe erwerbstätigen Personen. Entwicklung des Nachrichtenwesens und des Zahlungsverkehrs. Entwicklung des inneren Transportverkehrs: Eisenbahnen und Binnenwasserstrassen. Entwicklung des Verkehrs mit dem Ausland: Auswärtiger Handel und Seeschifffahrt. Sicherung unserer auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen: Handelspolitik, Kolonialpolitik, deutsche Unternehmungen im Ausland, die Kriegsflotte 67

3. Der Konsum. Entwicklung des Verbrauchs der wichtigsten Nährfrüchte. Fleischkonsum. Verbrauch von alkoholischen Getränken, von Tabak, Salz, Zucker, Kolonialwaren, Baumwolle 85

Dritter Abschnitt.

Volkseinkommen und Volksvermögen 92

1. Das deutsche Volkseinkommen. Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer. Ergänzende Schätzungen. Durchschnittliches Einkommen pro Kopf = 600 M., gesamtes Volkseinkommen = 40 Milliarden M. Vergleichung mit französischen und englischen Schätzungen. Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Einkommensstufen und Entwicklung dieser Verteilung: Starke Abnahme der Zensiten mit weniger als 900 M., starke Zunahme der Einkommen von 900 bis 3000 M. und von 3000 bis 6500 M., also keine Plutokratisierung, sondern Hebung der breiten Schichten. Lohnverhältnisse in England und Deutschland . . . 93
2. Das deutsche Volksvermögen. Ergebnisse der preussischen Vermögenssteuer. Erforderliche Zuschläge. Ergebnisse der Feuerversicherung und ergänzende Schätzungen. Summe des deutschen Volksvermögens mindestens 300 Milliarden M. gegen 200 Milliarden M. im Jahre 1895. Vergleichungen mit französischen, englischen und amerikanischen Schätzungen 105
3. Der Jahreszuwachs des deutschen Volkswohlstandes. Der jährliche Verbrauch des Reichs, der Bundesstaaten und sonstigen öffentlichen Körperschaften. Der sichtbare Zuwachs des Volksvermögens in der Statistik der Emissionen, Bank- und Sparkassengut-

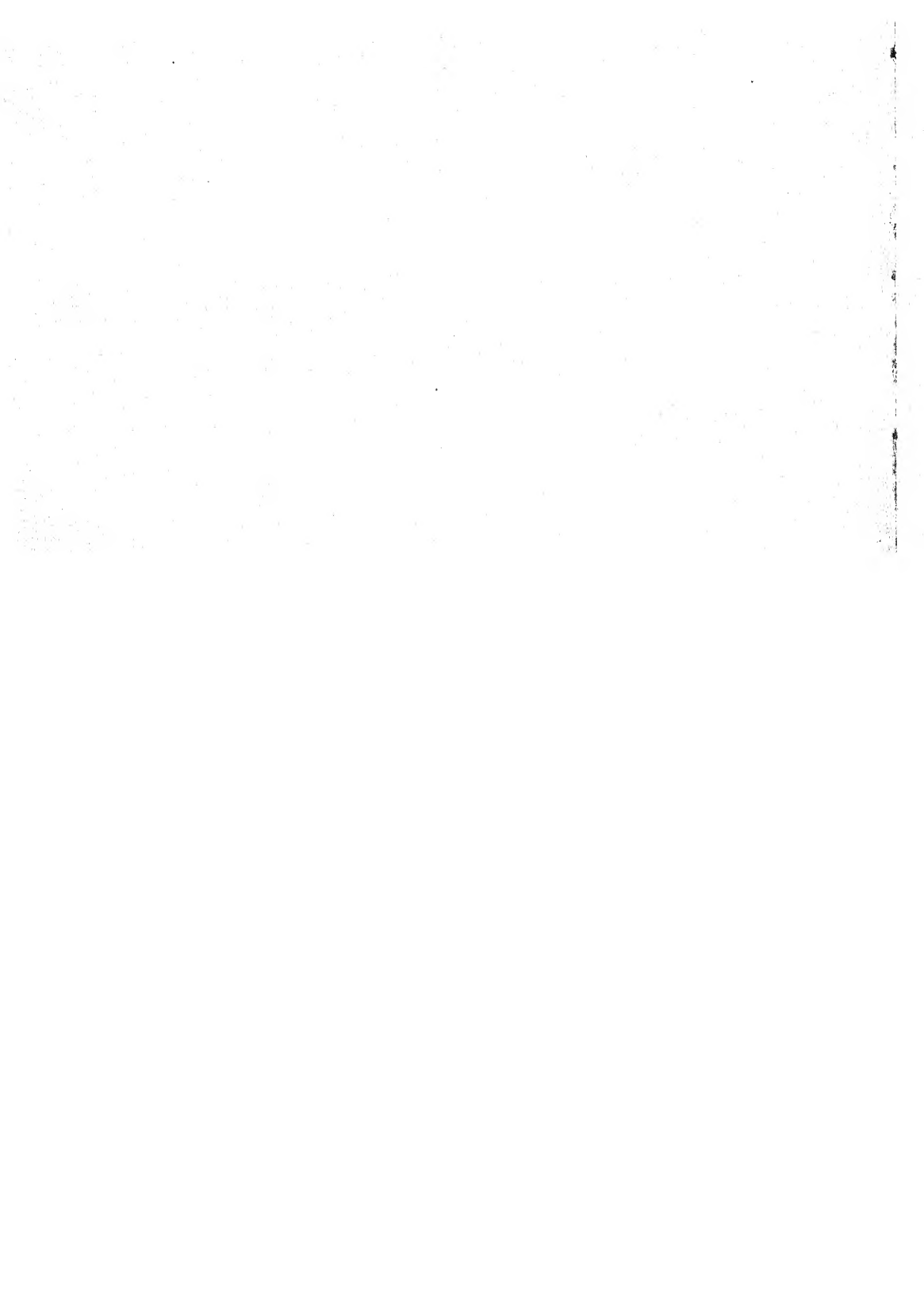
haben etc. Veranschlagung des gesamten jährlichen Vermögenszuwachses nach der Veranlagung zur Ergänzungsteuer und nach der Entwicklung der gegen Feuer versicherten Werte: Durchschnittlicher Zuwachs in den letzten 15 Jahren etwa 6 bis 7 Milliarden, in den letzten drei Jahren etwa 10 Milliarden M. . . . 115

Schluss 124

Anhang.

Die Verteilung des Volkseinkommens in Preussen 1896 bis 1912. 128

Deutschlands Volkswohlstand
1888—1913



Einleitung.

Im Pendelschlag der Weltenuhr, die den Völkern die Zeiten schlägt, sind fünfundzwanzig Jahre eine kurze Spanne. Die Völkergeschichte misst sich in Jahrhunderten und Jahrtausenden. Aber die Bedeutung der sich folgenden Epochen wird nicht gemessen an der zeitlichen Erstreckung, sondern gewogen an ihrem Entwicklungsinhalt, und dieser ist ungleich verteilt. Im Leben der Völker wechseln, wie im Leben des Einzelnen, Zeiten der Kraftentfaltung und Zeiten der Ruhe; es liegt tief begründet in der Psychologie und Physiologie des Menschen und der menschlichen Gemeinschaften, dass stärkstes Schaffen und höchstes Vollbringen sich in kurze Epochen zusammendrängen, während das Ausruhen und die langsam vorbereitende Arbeit den breiten Zeitenstrom füllen. Glückliche Geschlechter, denen der Aufstieg zu höheren Daseinswerten Erlebnis wird, und doppelt glücklich die Auserwählten, denen es vergönnt ist, in solchen gesegneten Zeiten auf der Menschheit Höhen zu stehen und Führer zu sein.

Die jetzt ablaufenden 25 Jahre der Regierungszeit unseres Kaisers wird die Geschichte einreihen in die hohen Zeiten unserer Volksentwicklung. Wenn der Blick in die Vergangenheit schweift, zurück bis in das Halbdunkel der Anfänge deutschen Volkstums, so begegnet er manchem Zeit-

alter heldenhafter Grösse und glänzender Machtentfaltung, mancher Epoche herrlicher Geistesblüte und künstlerischer Hochkultur; aber er findet nur eine Periode, in der die gesamten Lebensverhältnisse sich in ähnlicher Weise, wenn auch in viel bescheidenerem Massstabe, geweitet haben wie in dem Zeitalter, in dem wir leben: die Blütezeit der Renaissance und Reformation. Damals wie heute reiften in der materiellen und geistigen Kultur die Früchte der Arbeit und der Kämpfe von Jahrhunderten, damals wie heute schien der Geist eines ungestümen Vorwärtsdrängens sich lange und schwer lastender Fesseln zu entledigen, das ganze Volk in seinen Tiefen zu durchdringen und es unaufhaltsam zu höheren Lebensstufen zu führen.

Wo Licht ist, da ist auch Schatten. Wer sich an den Schatten hält, der mag zweifelnd und absprechend beiseite stehen. Wer aber unserer Zeit in der Gesamtheit ihrer vielgestaltigen Erscheinung gerecht werden will, der reihe sie ein in den grossen Zusammenhang unserer Geschichte, der blicke vor allem zurück auf die Niederung, die unser Zeitalter von der Höhe des 15. und 16. Jahrhunderts trennt. Wir sehen, um die Mitte des 16. Jahrhunderts beginnend, einen betrübenden Verfall: innere Zwistigkeiten zwischen Kaiser, Fürsten, Ritterschaft und Städten, verschärft durch den Hader der beiden Konfessionen, verzehren die Kraft des Reiches. Gewaltige Ereignisse von universeller Bedeutung, die Auffindung des Seeweges nach Indien und die Entdeckung Amerikas, lenken die Bahnen des grossen Handels von Deutschland ab und führen anderen Staaten die gewaltigen, aus den neuen Welten erwachsenden Vorteile zu. Deutschland verliert politisch und wirtschaftlich die Kraft, sich der Nachbarvölker zu erwehren, und wird das Schlachtfeld fremder Heere. Auf den tiefsten Jammer des dreissigjährigen Krieges, der Deutschland entvölkert, verelendet und

in seiner geistigen und sittlichen Kultur tief herabdrückt, folgt ein allmähliches, oft unterbrochenes Wiederaufleben. Unter dem Grossen Kurfürsten, und noch mehr unter Friedrich dem Grossen, bildet sich im Norden der gesunde Kern der künftigen politischen Neugestaltung. Gleichzeitig wächst aus den Trümmern und Schlacken der unsagbaren Verheerung eine neue wunderbare Blüte in Dichtung, Kunst und Wissenschaft, eine neue Kultur, die das geistige Band des wiederauflebenden deutschen Volkes wird. Wie das Eisen durch das Feuer geht, um Stahl zu werden, so geht das werdende Deutschland durch die Not der napoleonischen Kriege. Die schwere Prüfung wird zur Wiedergeburt. In dem Ringen auf Leben und Tod erwächst die Erkenntnis der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einer neuen Zeit. Die Organisation des Volksherees ermöglicht die Abschüttelung des Jochs der Fremdherrschaft und bereitet die Grundlage für die späteren Waffenerfolge. Die Bauernbefreiung und die Gewerbefreiheit, die kommunale Selbstverwaltung und die Verfassung lösen die soziale, wirtschaftliche und politische Gebundenheit und erschliessen den wachsenden Kräften des deutschen Volkstums ein neues weites Feld freier Betätigung. Der Zollverein beseitigt die Schlagbäume im Innern Deutschlands und schafft ein einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet. Das Gefühl der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Zusammengehörigkeit verschmilzt die deutschen Stämme zu einer Nation. Das jahrhundertelange Ringen findet seine Vollendung, als aus der in dem glorreichen Volkskriege erneuerten Blutsbrüderschaft das Deutsche Reich ersteht.

Aber diese Krönung der Entwicklung ist kein Abschluss, sie ist ein neuer Anfang. Die Kräfte, die sich früher in gegenseitigem Kampf und Streit verzehrten, die sich später

in dem Ringen um die nationale Freiheit und Einheit auslebten, waren nach der Wiederherstellung des Reichs und der Neubegründung der deutschen Machtstellung frei geworden für eine das ganze Volksleben erfassende und durchdringende Kulturarbeit. Die achtungsgebietende Wehr unseres Heeres, der unser Kaiser eine mächtige Flotte zur Seite stellte, hat uns mehr als vierzig Friedensjahre gesichert und hat dem Deutschen nicht nur im Binnenlande, sondern, wo immer draussen in der Welt er sich niederliess, Schutz und Förderung gewährt. Im Schatten dieses Friedensschutzes hat das deutsche Volk in rastloser, nie ermüdender Arbeit von Kopf und Hand die in Ohnmacht und Selbstzerstörung verlorenen Jahrhunderte wieder eingebracht, es hat seine gesamten Daseinsbedingungen aus beschränkter Enge zu ungeahnter Entfaltung ausgeweitet und — alles in allem genommen — einen Aufstieg vollzogen, wie er, zusammengedrängt in eine so kurze Zeitspanne, in der Völkergeschichte kaum seinesgleichen hat. In dem ersten Vierteljahrhundert nach der Reichsgründung vollzog sich diese Entwicklung, nachdem auf die riesenhafte Anspannung aller Kräfte der naturgemässe Rückschlag gefolgt war, zögernd und stockend; noch war die Zeit der Sammlung und vorbereitenden Arbeit. Der in der ersten Hälfte der 90er Jahre beginnende stürmische und sieghafte Aufschwung fällt in seiner ganzen Ausdehnung in die Regierungszeit unseres Kaisers. Auf die Zeit der von wirtschaftlich-sozialen und politischen Voraussetzungen nahezu unabhängigen Entwicklung der reinen Geisteskultur, auf die Zeit der grossen politischen Evolution ist eine Zeit wirtschaftlichen Schaffens und sozialer Fortbildung gefolgt.

Man hat unserer Zeit dieses Hervortreten der wirtschaftlichen Entwicklung zum Vorwurf gemacht und den materiellen Fortschritt in Gegensatz gestellt zu der Entwick-

lung der geistigen, ästhetischen und ethischen Kultur und zu den Zeiten grossen politischen Vollbringens. Mit Unrecht! Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung will nicht für sich allein, sondern aus der Gesamtheit der Volksentwicklung heraus begriffen werden, und in dieser ist sie ein durchaus gleichwertiger Faktor. All die verschiedenen Lebensäusserungen eines grossen Volkes bedingen und durchdringen sich gegenseitig und streben dem Ideal eines gesunden Gleichgewichts zu. Der Satz „mens sana in corpore sano“ gilt nicht nur für den einzelnen Menschen, er gilt als gleichstarke Wahrheit auch für die Völker. Der gesunde Körper ist hier die gesunde, sich kraftvoll entwickelnde wirtschaftliche und soziale Struktur des Volksganzen.

Deutschland hatte in der wirtschaftlichen Entwicklung am meisten nachzuholen. An sittlicher Gesundheit und Kraft hat das deutsche Volk, seitdem es in die Weltgeschichte eingetreten ist, keinem anderen Volke nachgestanden. An der Entwicklung der Natur- und Geisteswissenschaften hatte Deutschland seit Jahrhunderten den hervorragendsten Anteil genommen; in der Weltliteratur und in den schönen Künsten hatte es sich seinen Platz in der ersten Reihe erobert, so dass die Deutschen für die anderen Nationen das „Volk der Denker und Dichter“ waren. Auch militärisch und politisch hatte sich Deutschland seinen Rang unter den Völkern wieder erkämpft. Der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit aber blieb die grosse Aufgabe, die materiellen Lebensbedingungen des deutschen Volkes auf die Höhe der geistigen und politischen Errungenschaften zu bringen.

„Wie alles sich zum Ganzen webt, eins in dem andern wirkt und lebt“ — das offenbart sich in wundervoller Klarheit in der Entwicklung, deren Ergebnis das heutige Deutschland ist. Die politische Wiedergeburt Deutschlands und die

Wiederherstellung unserer Wehrmacht, die uns Freiheit und Frieden gesichert haben, sind die Grundlagen für die Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte. Und rückwirkend trägt und stärkt die Mehrung unserer wirtschaftlichen Kraft unsere politische und militärische Machtstellung; die wirtschaftliche Entwicklung hat uns in den Stand gesetzt und wird uns weiter in den Stand setzen, die gewaltigen Mittel aufzubringen, die erforderlich sind, um unsere Wehr zu Lande und zu Wasser an Zahl und Ausrüstung auf eine Höhe zu bringen, die uns erlaubt, jedem Gegner ruhig in die Augen zu sehen. Die geistige Schulung und die wissenschaftlichen Fortschritte von Jahrhunderten haben das Rüstzeug geschaffen, dem die wirtschaftliche Arbeit der letzten Jahrzehnte ihre Erfolge verdankt; und wiederum ist es das Ergebnis unserer wirtschaftlichen Arbeit, nämlich die Mehrung des Volkswohlstandes, das den grossen Massen unseres Volkes erst die Möglichkeit gibt, der Errungenschaft und Segnungen der geistigen und künstlerischen Kultur teilhaftig zu werden. Wo die breiten Schichten des Volkes den ganzen Lebensinhalt in der harten Sorge um das tägliche Brot aufzehren, da bleibt auch die feinste Blüte von Wissenschaft und Kunst auf einen engen Kreis weniger Ausgewählter beschränkt. Nur wenn die wirtschaftliche Arbeit auch der grossen Masse reichlichen Ertrag liefert, wenn die Fristung des blossen Daseins nicht die ganze Kraft der handarbeitenden Klassen in Anspruch nimmt, vermag die Kultur zum Gemeingut zu werden. Und Gemeingut zu werden, ist der letzte und höchste Zweck jeden kulturellen Fortschritts.

Nur aus dieser Verkettung lässt sich der volle Wert der wirtschaftlichen Entwicklung erfassen. Es ist gewiss nicht wenig, wenn die Vervollkommenung der technischen Hilfsmittel und die Verbesserung der Organisation der wirt-

schaftlichen Arbeit Millionen aus dem materiellen Elend zu einer auskömmlichen und menschenwürdigen Lebensweise emporheben. Aber es ist noch unendlich viel mehr, wenn die also gesteigerte Ergiebigkeit der wirtschaftlichen Arbeit Millionen und aber Millionen den Zugang zu den höchsten Gütern des Lebens erschliesst.

In diesem Sinne will die nachstehende Darstellung der Entwicklung des deutschen Volkswohlstandes in den ersten 25 Regierungsjahren unseres Kaisers verstanden werden.

Programm.

Die Kraft, die den Volkswohlstand schafft und mehrt, ist die Arbeit, von der reinen Handarbeit des Tagelöhners bis zur reinen Kopfarbeit des Gelehrten.

Der Träger der Arbeit ist der Mensch, oder — bezogen auf das Ganze eines Staates — die Bevölkerung.

Das Ergebnis der Arbeit ist die Gütererzeugung.

Die Ergiebigkeit der Arbeit wird gesteigert durch die Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel und der Organisation.

Für das Volksganze findet die gesteigerte Nutzwirkung der Arbeit ihren Ausdruck in den Ziffern der Produktion und des Verkehrs.

Der Endzweck der wirtschaftlichen Arbeit ist der Konsum.

Der Ueberschuss der Gütererzeugung über den für die Produktion erforderlichen Aufwand ist das Volkseinkommen.

Der Ueberschuss des Volkseinkommens über den Verbrauch bildet den Zuwachs des Volkswohlstandes.

Das sind die Elemente, mit denen sich unsere Darstellung zu beschäftigen hat.

Das Ideal volkswirtschaftlicher Entwicklung ist, dass eine wachsende Bevölkerung die Nutzwirkung ihrer Arbeit, und damit ihr „Einkommen“, in einem Masse zu steigern vermag, dass gleichzeitig eine verbesserte Lebenshaltung, also eine ausgiebigere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse, und eine Vermehrung des Volkswohlstandes erzielt wird.

ERSTER ABSCHNITT.

Bevölkerung, Technik und Organisation.

1. Die Bevölkerung.

Die Bewegung der Bevölkerung eines Landes ist das grundlegende Element jeder wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung. Die Zunahme der Volkszahl ist Zunahme an Arbeitskraft und an politischer Macht, ist Erweiterung der sozialen und der kulturellen Probleme. Die Zunahme der Bevölkerung hat umgekehrt zur Voraussetzung, dass die erhöhte Ergiebigkeit der wirtschaftlichen Arbeit der vermehrten Bevölkerung die materielle Daseinsmöglichkeit schafft.

Eine bekannte sozialökonomische Theorie behauptet, dass die Bevölkerung die natürliche Tendenz habe, stärker zu wachsen, als der Nahrungsspielraum erweitert werden könne; hieraus ergebe sich die Not der grossen Masse geradezu als ein Naturgesetz. Wir wissen heute, dass dieses vermeintliche Naturgesetz keine unbedingte Geltung hat, dass der Nahrungsspielraum eines Landes keine unabänderliche oder nur nach festen Regeln veränderliche Gegebenheit ist, sondern durch gesteigerte Arbeitsintensität, durch Verbesserung der technischen Zurtüftung und der Arbeitsmethoden, durch Vervollkommnung der Arbeitsorganisation, durch Erweiterung des nationalen und internationalen Güteraustausches in einem Masse erweitert werden kann, das

dem natürlichen Wachstum der Bevölkerung nicht nur entspricht, sondern sogar vorseilt. Einzig und allein in dieser Möglichkeit liegt die Hoffnung auf einen dauernden Fortschritt in der Völkerentwicklung, und — um es gleich zu sagen — diese Hoffnung ist in dem Zeitalter, dem wir angehören, und in dem Lande, das wir mit Stolz unser Vaterland nennen, Ereignis geworden.

Auf dem Gebiet des heutigen Deutschen Reiches wohnten im Jahre 1816 nur etwa 25 Millionen Menschen. Im Jahre der Reichsgründung war die Bevölkerungszahl auf 41 Millionen Menschen gestiegen. Im Jahre des Regierungsantritts unseres Kaisers zählte das Reich eine Bevölkerung von 48 Millionen. In den seither verflossenen 25 Jahren hat sich die Reichsbevölkerung weiter um mehr als ein Drittel, auf 66 Millionen, vermehrt.

Der jährliche Geburtenüberschuss beträgt seit langem etwa 800000 Köpfe; er ist, im Verhältnis zur Bevölkerung gerechnet, stärker als in allen anderen grossen europäischen Staaten, Russland ausgenommen, ja selbst grösser als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Im Jahre 1911 betrug der Ueberschuss der Geburten über die Todesfälle, auf je 1000 Einwohner gerechnet:

in Deutschland	11,3
in Russland	17,0*)
in Oesterreich	9,5
in Ungarn	9,9
in England und Wales	9,8
in Italien	10,1
in Frankreich	—0,9
in den Vereinigten Staaten, soweit	
Erhebungen für die einzelnen	
Staaten vorliegen	5,4—9,9

*) 1906.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass die Entwicklung des Geburtenüberschusses in Deutschland in den Jahren 1902—1911 einen viel bemerkten Rückgang aufweist. Im Jahrzehnt 1881/90 stellte sich der Geburtenüberschuss auf je 1000 Einwohner auf 11,7, im folgenden Jahrzehnt auf 13,9 und das Jahrzehnt 1901/10 brachte im Durchschnitt sogar einen weiteren Fortschritt auf 14,3. Aber der Höhepunkt lag im Jahre 1902 mit 15,6, während das Jahr 1912 nur einen Ueberschuss von 12,7 aufweist. Auf die schwierige Frage nach den Ursachen dieser Bewegung kann hier nicht eingegangen werden. Es sei zugegeben, dass die Tatsache des Rückganges Anlass zu ernstem Nachdenken über manche Verhältnisse und Missverhältnisse unserer Zeit gibt.

Von besonderem Interesse für die Beurteilung unserer wirtschaftlichen und sozialen Gesamtentwicklung ist die vergleichende Betrachtung der beiden Reihen, deren Differenz der Geburtenüberschuss ist: der Geburten und der Todesfälle.

Jahres- durchschnitt der Jahrzehnte	Absolute Zahlen			Auf 1000 Einwohner		
	Geborene	Gestorbene	Geburten- über- schuss	ge- boren	ge- stor- ben	Über- schuss
1871/1880	1 743 888	1 232 854	511 034	40,7	28,8	11,9
1881/1890	1 798 778	1 247 470	551 308	38,2	26,5	11,7
1891/1900	1 964 108	1 233 843	730 265	37,3	23,5	13,9
1901/1910	2 061 482	1 195 144	866 338	33,9	19,7	14,3
1911	1 927 039	1 187 094	739 945	29,5	18,2	11,3
1912	1 925 883	1 085 996	839 887	29,1	16,4	12,7

Diese Vergleichung ergibt, dass die bis vor wenigen Jahren festzustellende Zunahme des Geburtenüberschusses in seinen absoluten Zahlen nicht ausschliesslich in einer Vermehrung der Geburten lag, sondern auch in einer Abnahme der Todesfälle, die bei einer so stark vermehrten

Bevölkerung doppelt erstaunlich ist. Die relativen Zahlen, in denen die Geburten und Todesfälle auf je 1000 Einwohner berechnet sind, sind noch viel schlagender: Von 1871/80 auf 1901/10 ist die Zahl der Geburten von 40,7 auf 33,9 zurückgegangen, die Zahl der Todesfälle dagegen von 28,8 auf 19,7, mit der Wirkung, dass der relative Geburtenüberschuss von 11,9 auf 14,3 gestiegen ist. Also steigender Geburtenüberschuss bei abnehmender Geburtenzahl infolge verminderter Todesfälle.

Von allen Schlüssen, die sich hieraus ableiten lassen, seien nur folgende festgestellt:

Zweifellos spielen bei dem Rückgange der relativen Geburtenzahl wirtschaftliche Erwägungen mit, vielleicht sogar in einem stärkeren Masse, als vom Gesichtspunkt der Erhaltung der Rasse erwünscht ist. Eine ganz unbestreitbar günstige Erscheinung ist jedoch die starke Abnahme der relativen Zahl der Todesfälle. Der Rückgang dieser Zahl von 28,8 im Jahrzehnt 1871/80 auf 19,7 im letzten Jahrzehnt bedeutet eine entsprechende Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer, und diese Verlängerung ist in einem so ausgiebigen Masse nur möglich infolge einer durchgreifenden Verbesserung der gesamten Lebenshaltung der grossen Masse der Bevölkerung. Von besonderer Bedeutung ist der Rückgang der Kindersterblichkeit; von 100 Lebendgeborenen sind im ersten Lebensjahre gestorben: 1901 20,7, 1910 16,2. Das Jahr 1911 hat allerdings wieder eine Erhöhung der Kindersterblichkeit auf 19,2 % gebracht; aber diese Steigerung erklärt sich aus der ungewöhnlichen Sommerhitze, die stets ein Anschwellen der Säuglingssterblichkeit zur Folge hat.

Zu dem erheblichen Rückgang der Sterblichkeit im allgemeinen müssen bessere Ernährung, geringerer Verbrauch durch übertriebene Arbeitsbelastung und günstigere sanitäre

Verhältnisse zusammenwirken. Der Rückgang der relativen Sterbezahl beweist also, dass Deutschlands Bevölkerung, die heute um ein Drittel grösser ist als vor fünfundzwanzig Jahren, auch um vieles kräftiger ist als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Der grosse Bevölkerungszuwachs hat während der letzten 25 Jahre mehr und mehr innerhalb des deutschen Reichsgebiets selbst Unterkunft gefunden. Die Auswanderung, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch gewaltige Ziffern erreichte, hat fast bis zur Bedeutungslosigkeit abgenommen. Die Entwicklung wird erst in vollem Umfang klar, wenn man die Anzahl der Auswanderer dem Geburtenüberschuss gegenüberstellt. Im Jahrzehnt 1881/90 betrug bei einem Geburtenüberschuss von insgesamt 5,5 Millionen die Zahl der deutschen Auswanderer 1342000; im folgenden Jahrzehnt standen einem Geburtenüberschuss von 7,3 Millionen nur noch 528 000 Auswanderer gegenüber; im Jahrzehnt 1901/10 betrug der Geburtenüberschuss $8\frac{2}{3}$ Millionen, die Zahl der Auswanderer schrumpfte auf 220000 zusammen. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der deutschen Auswanderer nur noch 18 500. Berücksichtigt man gegenüber der Auswanderung aus Deutschland auch die Einwanderung nach Deutschland, so wird das Bild um einen weiteren Zug verstärkt; während Deutschland früher stets einen mehr oder weniger erheblichen Ueberschuss der Auswanderung über die Zuwanderung hatte, überragt seit der Mitte der neunziger Jahre die Zuwanderung: Deutschland wird aus einem Auswanderungsland ein Einwanderungsland.

Alles dies bestätigt, dass in den letzten Jahrzehnten die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Deutschland stärker gewachsen sind als die Bevölkerung. Der Bedarf an Arbeitskräften, die lohnende Arbeitsgelegenheit ist der starken Vermehrung der Volkszahl noch vorausgeeilt.

Dabei ist die Arbeitsintensität der Bevölkerung gewachsen. Die Arbeitsleistung des Einzelnen ist allerdings kaum messbar. Man ist hierbei wesentlich auf allgemeine Wahrnehmungen angewiesen. Diese bestätigen, dass — trotz der aus sozialen Gründen herbeigeführten, durchaus erfreulichen Einschränkung der Arbeitszeit, namentlich in den gewerblichen Berufen — die Arbeitsleistung des Einzelnen gewachsen ist. Auch die Vergleiche mit anderen Ländern lassen Deutschland als das Land der Arbeit erscheinen. In einem Punkte jedoch liegen präzise statistische Daten vor: hinsichtlich der Anzahl der im Haupt- oder Nebenberuf Erwerbstätigen und deren Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Die Berufszählungen der Jahre 1882, 1895 und 1907 haben folgendes Ergebnis geliefert:

Erwerbstätig waren in Landwirtschaft, Industrie, Handel
und Verkehr

1882:	16 203 300 Personen	=	35,4%	der Gesamtbevölkerung
1895:	18 912 400	"	= 36,4%	" "
1907:	24 617 200	"	= 39,7%	" "

Die enorme Zunahme der deutschen Bevölkerung, und namentlich ihres erwerbstätigen Teiles, konnte sich nicht vollziehen ohne starke Verschiebungen in der berufsständigen Schichtung.

Die land- und forstwirtschaftlich benutzbare Fläche ist in einem Lande von alter Kultur, wie Deutschland, keiner erheblichen Erweiterung fähig. In Deutschland ist allerdings noch Neuland in grösserem Umfange zu gewinnen, wenn es gelingt, die in manchen Teilen des Reichs weit ausgedehnten Moore der Kultur zu erschliessen. Unser Kaiser hat dieser wichtigen Frage eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet und dieses Interesse am

17. Februar 1911 in einem Vortrage vor dem „Deutschen Landwirtschaftsrat“ bekundet.

Die stärkere Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens hat allerdings die Tendenz, einen grösseren Bedarf an Arbeitskräften zu schaffen. Aber diese Tendenz wird ausgeglichen oder gar überwogen von der entgegengesetzten, auf die Ersparung menschlicher Arbeitskräfte gerichteten Tendenz, die von der Verbesserung der Wirtschaftsmethoden, insbesondere der stärkeren Verwendung von Maschinen, ausgeht. Dagegen bot die von der natürlichen Beschränktheit der Bodenfläche weniger abhängige Industrie und der in dieser Beziehung nahezu ganz freie Handel dem grossen Bevölkerungszuwachs eine willkommene Aufnahme. Die folgenden Zahlen geben von dieser gewaltigen, auf ein Vierteljahrhundert sich zusammendrängenden Verschiebung ein klares Bild:

Berufsgruppen	Jahre	Erwerbstätige	Erwerbstätige zuzügl. Angehörige und Dienstboten	in % der Reichsbevölkerung	
				Erwerbstätige	Erwerbstätige und Angehörige
Land- und Forstwirtschaft	1882	8 236,5	19 225,5	18,0	42,0
	1895	8 292,7	18 501,3	15,9	35,6
	1907	9 883,3	17 681,2	15,9	28,5
Industrie	1882	6 396,5	16 058,1	14,0	35,1
	1895	8 281,2	20 253,2	15,9	38,9
	1907	11 256,3	26 386,5	18,2	42,5
Handel und Verkehr	1882	1 570,3	4 531,1	3,4	9,9
	1895	2 338,5	5 966,9	4,5	11,5
	1907	3 477,6	8 278,2	5,6	13,3

Daraus ergibt sich also ein Stillstand, ja sogar ein kleiner Rückgang des landwirtschaftlichen Teiles der Bevölkerung bei einem gleichzeitigen starken Anwachsen der auf die Industrie (einschl. Bergbau und Baugewerbe), sowie auf Handel und Verkehr entfallenden Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht die Verschiebung in den Bevölkerungsverhältnissen des platten Landes und der Städte. In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern lebten

1885: 8,6 Mill. Menschen = 18,4% der Gesamtbevölkerung

1910: 22,4 Mill. Menschen = 34,5% der Gesamtbevölkerung

Die Einwohnerzahl der Grossstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, deren Anzahl von 21 im Jahre 1885 auf 48 im Jahre 1910 gestiegen ist, betrug

1885: 4,4 Mill. Menschen = 9,4% der Gesamtbevölkerung

1910: 13,8 Mill. Menschen = 21,1% der Gesamtbevölkerung

Dass das Hinübergleiten des Schwerpunktes der Bevölkerung von dem Lande nach den Städten, von der Landwirtschaft nach der Industrie und dem Handel seine Schatten-seiten hat, ist allgemein bekannt und wird von niemandem bestritten. Aber ebensowenig darf man übersehen, dass allein die Ausdehnungsfähigkeit unserer Industrie und unseres Handels die Möglichkeit bot, dem gewaltigen Volkszuwachs auf deutscher Erde Arbeit und Brot zu verschaffen, uns vor dem Elend der Uebervölkerung zu bewahren und das natürliche Wachstum der Bevölkerung zu einer Quelle wachsenden Wohlstandes zu machen.

2. Die Technik.

Die gesamte wirtschaftliche Arbeit geht darauf aus, die äussere Natur den Bedürfnissen des Menschen dienstbar zu machen. Das gilt ebenso von der primitivsten „okkupato-

rischen“ Tätigkeit, etwa dem Sammeln von Wurzeln und Beeren zur Stillung des Hungers, wie von der mit den raffiniertesten Hilfsmitteln der modernen Technik bewirkten Produktion, wie z. B. der Herstellung von Kalkstickstoff aus der atmosphärischen Luft, der als Kunstdünger in der Landwirtschaft, also in der Nahrungsmittelgewinnung, Verwendung findet.

Die Ergiebigkeit der wirtschaftlichen Arbeit, also der Erfolg des Ringens mit der Natur, wird gesteigert durch Technik und Organisation.

Die Technik ist der Inbegriff der bewusst entwickelten Fertigkeiten und Methoden, der Kenntnisse und Hilfsmittel, deren sich der arbeitende Mensch bedient.

Die wirtschaftliche Technik früherer Perioden beruhte so gut wie ausschliesslich auf Routine und Erfahrung. Die gewaltigen Fortschritte der modernen wirtschaftlichen Technik sind der glänzenden Entwicklung der Naturwissenschaften und der systematischen Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf das Gebiet der wirtschaftlichen Arbeit zu verdanken. Physik, Chemie und die beiden Gebieten angehörende Elektrizitätslehre haben sich in ihrer Einwirkung auf die wirtschaftliche Technik überboten. Deutsche Forscher und Gelehrte haben in diesen Wissenschaften bahnbrechende Leistungen vollbracht und die Gesamtheit der Naturwissenschaften mit der Erkenntnis des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft zur höchsten Stufe emporgeführt. Aber der Deutsche hat sich nicht mit der reinen Wissenschaft begnügt: die weltfremden Dichter und Denker sind im Laufe des letzten Jahrhunderts mehr und mehr zu praktischen Gestaltern geworden; zu den Fortschritten der reinen und der angewandten Naturwissenschaften ist eine gewaltige Entfaltung wirtschaftlicher Tatkraft hinzugekommen. Diese Verbindung von Wissen, Können und Wollen ist das Zeichen,

in dem Deutschland gerade in den letzten fünfundzwanzig Jahren die grössten Erfolge erzielt hat. Unser Kaiser hat den Wissenschaften, denen Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung so unendlich viel verdankt, stets ein hervorragendes Interesse und eine tatkräftige Förderung zugewendet; zahlreiche und wichtige Anregungen im einzelnen entsprangen seinem ausgeprägten Verständnis für den in dem wissenschaftlichen Urgrund gegebenen grossen Zusammenhang der technischen Errungenschaften. Ihre vollkommenste Verkörperung findet diese auf das Ganze gerichtete verständnisvolle Förderung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der ein besonderer Abschnitt dieses Gedenkwerkes*) gewidmet ist. In welchem Masse die Entwicklung der Technik in dem ersten Vierteljahrhundert der Regierungszeit unseres Kaisers die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands beeinflusst und umgestaltet hat, ist in einzelnen Abschnitten des Gedenkwerkes**) eingehend geschildert. An dieser Stelle soll nur versucht werden, in gedrängter Form einen zusammenfassenden Ueberblick zu geben.

Die Entwicklung der physikalischen Wissenschaft, insbesondere die Vervollkommnung der Kenntnisse der Bewegungsgesetze, hatte die bereits im 18. Jahrhundert einsetzende Entwicklung der Arbeitsmaschinen zur Folge gehabt (Spinnmaschinen, mechanischer Webstuhl, Fördermaschine, Pumpen etc.). Aber erst durch die Nutzbarmachung neuer motorischer Kräfte, zunächst des Dampfes, dann der Elektrizität und schliesslich der Explosionskraft, erhielt die Verwendbarkeit der Arbeitsmaschinen und ihre weitere Ausbildung den entscheidenden Antrieb. Die Er-

*) v. Simson, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften S. 79 ff.

**) Raps, Elektrizität S. 95 ff. — Lepsius, Chemie S. 127 ff.

findung der Dampfmaschine gehört noch dem 18. Jahrhundert an; die entscheidenden Verbesserungen und die grosse Ausdehnung ihrer praktischen Verwendung fallen jedoch in das 19. Jahrhundert. Wichtige Fortschritte in der Ausnutzung der Dampfkraft, so z. B. die Dampfüberhitzung und die Dampfturbine, sind Errungenschaften der allerletzten Jahrzehnte.

In welchem Masse in Deutschland während des letzten Vierteljahrhunderts die Verwendung der Dampfkraft zugenommen hat, und dies, obwohl mehr und mehr andere Kraftquellen mit dem Dampf in Wettbewerb traten, davon geben die folgenden Zahlen eine Vorstellung:

In der Industrie Preussens betrug die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen im Jahre 1882 1 222 000 PS., im Jahre 1895 2 358 000 PS., im Jahre 1907 5 190 000 PS. In den 25 Jahren 1882 bis 1907 ist also die Leistungsfähigkeit auf mehr als das Vierfache gestiegen, in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 auf mehr als das Doppelte. Im gesamten Reichsgebiet, für das vergleichbare Zahlen erst seit 1895 vorliegen, war die Entwicklung eine gleichartige. Im Jahre 1907 wurden 124000 Dampfmaschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 7587000 Pferdestärken und einer tatsächlich ausgeübten Leistung von 5185000 Pferdestärken festgestellt. Was das bedeutet, wird klar, wenn man die Maschinenleistung in ein Verhältnis zur menschlichen Arbeitskraft bringt. Man kann die effektive Leistung einer maschinellen Pferdekraft ungefähr der physischen Arbeitsleistung von zehn Menschen gleichsetzen. Auf dieser Grundlage entsprechen die im Jahre 1907 tatsächlich ausgeübten Leistungen der Dampfmaschinen der Arbeitsleistung von rund 52 Millionen Menschen, und die Vermehrung der tatsächlich ausgeübten Dampfmaschinen-Pferdestärken von 1895 bis 1907 ist gleichzusetzen einer Vermehrung um rund 28 Millionen mensch-

licher Arbeitskräfte. Diese Ziffern muss man den oben bereits genannten Ziffern der erwerbstätigen Bevölkerung des Reiches gegenüberstellen, die für 1895 18,9 Millionen, für 1907 24,6 Millionen ergab. Im Jahre 1895 kam also auf jede erwerbstätige Person nicht viel mehr als je ein durch Dampfmaschinen dargestelltes Aequivalent menschlicher Arbeitskraft; aber während von 1895 bis 1907 sich die erwerbstätigen Personen um 5,7 Millionen vermehrten, erfuhren die Pferdekkräfte der deutschen Dampfmaschinen einen Zuwachs von 2 800 000, so dass im Jahre 1907 auf je eine erwerbstätige Person etwas mehr als zwei durch Dampfkraft dargestellte Arbeitsäquivalente entfielen.

In Wirklichkeit ist die Steigerung der maschinellen Arbeitsleistung eine noch wesentlich stärkere, als in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt. Denn während der Dampf bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts hinein neben den wenig intensiv ausgenutzten Wasserkraften so gut wie ausschliesslich die Kraftquelle für motorische Zwecke darstellte, hat die Entwicklung der elektrischen Industrie und die Erfindung und Vervollkommnung der Explosionsmotoren in den fünfundzwanzig Jahren, die uns beschäftigen, der Dampfkraft einen neuen, sich rasch entwickelnden Wettbewerb zur Seite gestellt.

Der elektrische Strom, von dem während des letzten Vierteljahrhunderts die Umwälzung der motorischen Technik ausging, fand zuerst und lange Zeit hindurch nur in der Schwachstromtechnik Verwendung. Der Anfang wurde gemacht mit der Erfindung des elektrischen Telegraphen in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, der erst drei Jahrzehnte später die Erfindung des Telephons und erst in der allerjüngsten Zeit die Erfindung des drahtlosen Telegraphen und Telephons folgte. An der Erfindung, der Vervollkommnung und praktischen Anwendung von Telegraph und

Telephon haben bekanntlich deutsche Gelehrte und deutsche Unternehmer einen hervorragenden Anteil.

Die Verwendung des elektrischen Stromes in der Starkstromtechnik, die in den letzten Jahrzehnten geradezu eine Umwälzung auf dem Gebiete der Kraft- und Arbeitsmaschinen hervorgerufen hat, nahm ihren Ausgang von der Erfindung der Dynamomaschine, deren Konstruktion Werner v. Siemens im Jahre 1867 gelang, und von der im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Erfindung stehenden Lösung des Problems der Kraftübertragung. Die praktische Anwendung erforderte noch ein gewaltiges Mass von Einzelarbeit in der Konstruktion der Drehstrom- und Gleichstrom-Generatoren, der Transformatoren, Akkumulatoren, Stromzähler usw. Das volle Gelingen wurde der Welt nachgewiesen, als im Jahre 1891 die etwa 300 Pferdestärken betragende Wasserkraft des Neckar bei Lauffen mit elektrischem Drehstrom über eine Entfernung von 175 km nach der elektrischen Ausstellung in Frankfurt a. M. mit einem Stromverlust von nur etwa 28 % übertragen wurde. Mit diesem Zeitpunkte kann man die Einbürgerung der elektrischen Energie als Betriebskraft datieren; und nicht nur als Betriebskraft, sondern auch als Lichtquelle. Die Erfindung des Umsetzens elektrischer Energie in Licht, sowohl in Bogen- als auch in Glühlampen, reicht allerdings weiter zurück, aber eine praktische Ausnutzung dieser Erfindung war erst möglich nach der Entdeckung des dynamo-elektrischen Prinzips.

Die enormen Vorteile der Verwendung elektrischer Energie liegen in der durch die Kraftübertragung ermöglichten Nutzbarmachung von Kraftquellen, die bisher mangels Verwendung an Ort und Stelle wirtschaftlich wertlos waren; ferner in der nahezu unbeschränkten Verteilbarkeit der an einer Zentralstelle in wirtschaftlich rationeller Weise gewonnenen Kraft an beliebige Stellen und in beliebigen Mengen.

Insbesondere gewannen neben der Dampfmaschine die Wasserkräfte als Kraftquelle eine neue Bedeutung. Die Wasserkraft ist nicht transportabel wie die Kohle, die zum Zweck der Erzeugung von Dampfkraft von der Produktionsstätte aus überall hin versandt werden kann, wobei einzig und allein das wirtschaftliche Moment der Transportkosten eine Grenze zieht. Die Wasserkräfte müssen also an Ort und Stelle in wirtschaftlich verwertbare Energie umgesetzt werden, und hierfür liegt über die an Ort und Stelle mögliche Verwertung hinaus eine Möglichkeit erst vor, seitdem in der Form des elektrischen Stromes die Energie selbst transportabel geworden ist.

Die elektrische Kraftübertragung hat ausserdem die intensive Ausnutzung von Brennstoffen ermöglicht, die vorher überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teil nutzbar gemacht werden konnten. Das gilt zunächst von geringwertigen Brennstoffen, die als solche den Transport über grössere Strecken nicht lohnen, wohl aber an Ort und Stelle mit Nutzen zur Herstellung von Dampf verfeuert werden können, seitdem die Möglichkeit besteht, die auf diesem Wege gewonnene Kraft mit geringen Kosten auf grössere Entfernungen zu übertragen.

Vor allem aber hat die Möglichkeit der elektrischen Kraftübertragung in Verbindung mit der Entwicklung der Gaskraftmaschine ausserordentliche Ergebnisse gezeitigt. Durch die Gasmotoren ist zunächst das bei der Kokserzeugung gewonnene Gas, das zunächst nur als Leuchtgas Verwendung gefunden hatte, auch zu Kraftzwecken nutzbar gemacht worden. Der Gasmotor hat dann die Möglichkeit gegeben, auch andere Gase von geringerem Heizwert, wie die Abgase von Hochöfen, in rationeller Weise in Energie umzusetzen; im letztverflossenen Jahrzehnt hat die Aufstellung von Gross-Gaskraftmaschinen bei den Eisenwerken gewal-

tige Fortschritte gemacht. Die auf diesem Wege gewonnene Kraft reicht meist nicht nur aus, um den eigenen Bedarf der Werke zu decken, sondern liefert einen Ueberschuss, der an grosse Elektrizitätswerke abgegeben werden kann. Ein vorzügliches Beispiel für diese Entwicklung gibt die Verwendung der Hoch- und Koksofengase in dem gewaltigen Kruppschen Werk, der Friedrich Alfred-Hütte. Die zum 100jährigen Bestehen der Firma herausgegebene Festschrift sagt hierüber:

„In der Zeit zwischen den Anfängen und dem endgültigen Ausbau des Werkes hatte die Hochofengasmaschine ihren Siegeszug durch die Welt angetreten, und ihre Verwendung erfolgte für die Neuanlage des Hüttenwerkes in allen dafür geeigneten Betrieben. Zu den älteren Dampfgebläsen kamen jetzt acht stärkere Gasgebläsemaschinen für je 1000 cbm Leistung in der Minute hinzu. Ferner wurde die elektrische Zentrale von etwa 5000 PS. und ein Teil der Walzwerke durch Gaskraftmaschinen betrieben. Da die für verschiedene Zwecke auch jetzt noch bevorzugte Dampfkraft ebenfalls durch die zum Heizen der Kessel benutzten Hoch- und Koksofengase erzeugt wird, im Martinofenbetrieb ein Gemisch beider Gase an Stelle von Generatorgas Verwendung findet, und endlich auch die Wärmöfen des Walzwerkes mit Hochofengasheizung eingerichtet wurden, so hat die unmittelbare Steinkohlenverbrennung in allen Betrieben des Hüttenwerkes fast vollkommen aufgehört. Diese weitgehende Ausnutzung der Hochofengase bedingt natürlich eine vorherige gründliche Reinigung derselben, wobei die in den Trockenreinigern sich absetzenden Staubmassen, die noch eine erhebliche Menge Eisen enthalten, in einer Brikettanlage in eine zur Wiederverwertung im Hochofen geeignete Form gebracht werden.“

Ein neues Feld für die Verwendung von Grossgasmaschinen ist in den allerletzten Jahren gerade erst in Angriff genommen worden; es ist gelungen, ein brauchbares Verfahren zur Vergasung von Torf, Braunkohle usw. zu finden. Die gewonnenen Gase werden in elektrische Energie umgesetzt, die durch Ueberlandzentralen verteilt wird. Bei der Torfvergasung wird Ammoniak als wertvolles Nebenprodukt gewonnen. Durch diese neuesten Fortschritte ist insbesondere in den ausgedehnten Mooren unseres Vaterlandes eine neue Kraftquelle gewaltigen Umfanges erschlossen worden, deren Ausnutzung heute noch in den allerersten Anfängen steht. Diese Kraftquelle ist um so wichtiger, als durch die Aufarbeitung des Torfes gleichzeitig die bisher so gut wie wertlosen Moorflächen in nutzbares Land umgewandelt werden.

Wenn die Entwicklung der Grossgasmaschinen, in der Deutschland allen anderen Ländern weit voraus ist, in unmittelbarer Beziehung zu der Elektrizität steht, so hat sich die Erfindung und Vervollkommnung der anderen Verbrennungsmotoren, die gleichfalls zu den Errungenschaften der neuesten Zeit gehören, unabhängig und selbständig vollzogen. Hierher gehören insbesondere die Kleinmotoren für Automobile und Luftschiffe, die bis jetzt so gut wie ausschliesslich das Benzin als Brennstoff benutzen. Die noch jungen Versuche, das Benzin durch das Benzol und andere Produkte des Steinkohlenteers zu ersetzen, berechtigen zu guten Hoffnungen. Grosse Perspektiven eröffnet insbesondere der Diesel-Motor, der an Stelle des teuren Benzins das billige Rohöl, daneben auch Teeröl und neuerdings sogar direkt den Steinkohlenteer als Brennstoff verwertet.

Dieser kurze Ueberblick möge genügen, um zu zeigen, in welchem Masse im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts bisher ungenützte Naturkräfte in den Dienst der Menschheit

gestellt worden sind. Es ist klar, dass diese gewaltige Fülle neu gewonnener motorischer Kraft eine neue Epoche für die Entwicklung der Arbeitsmaschine einleiten musste. Sowohl die Möglichkeit ungeheurer Kraftkonzentration, wie sie in der Zusammenballung von Tausenden von Pferdekraften zu einer einheitlichen Leistung gegeben ist, als auch die Möglichkeit der Verteilung der einheitlich gewonnenen Kraft nach einer Unzahl verschiedener Stellen und für eine Unzahl verschiedener Zwecke, wie sie insbesondere für die elektrische Energie besteht, haben dem Maschinenbau einen geradezu unermesslichen Spielraum eröffnet.

Der deutschen Maschinenindustrie sind aus dieser ungemessen erweiterten Bewegungsfreiheit neue Aufgaben gewaltigen Umfangs erwachsen, und gleichzeitig hat ihr die Bewältigung der Probleme der motorischen Kraft die Mittel gegeben, diese Aufgaben in glänzender Weise zu lösen. An Maschinen für den Bergwerksbetrieb, für die Metallaufbereitung und -verarbeitung, für die Textil- und Papierindustrie, für die Landwirtschaft und die mit dieser verwachsenen Gewerbe, wie Brennerei, Brauerei, Zuckerfabrikation, für die chemischen Industrien und andere mehr entwickelten sich grössere und vollkommene Typen. Fast noch mehr war das der Fall bei den Transportwerkzeugen zu Wasser und zu Lande, den Lokomotiven, den elektrischen Motorwagen, den Personen- und Lastautomobilen, vor allem auch bei den Wasserfahrzeugen vom Motorboot bis zu den gigantischen Riesen der Handels- und Kriegsmarine. Und schliesslich ist in der allerjüngsten Zeit dem menschlichen Erfindungsgeist durch den leichten Verbrennungsmotor die Eroberung der Luft gelungen; Luftschiff und Flugapparat haben sich als die neuesten Werkzeuge der Raumüberwindung zu den das Land und das Wasser beherrschenden mechanischen Transportmitteln hinzugesellt und so einen Traum von Jahrtausenden erfüllt.

Die Entwicklung der Chemie hat die Einwirkung der Errungenschaften von Physik und Elektrizitätslehre auf die wirtschaftliche Technik in der wirksamsten Weise ergänzt.

Die wissenschaftliche Erforschung der stofflichen Beschaffenheit und der stofflichen Veränderungen der Körper hat zum erstenmal in epochemachender Weise eine Beziehung zur Wirtschaft gewonnen durch die von Justus von Liebig begründete Pflanzenphysiologie und Agrikulturchemie. Auf diesem Boden beruht die moderne Düngertheorie, der die Landwirtschaft eine geradezu unermessliche Ausweitung ihrer Produktionsmöglichkeiten verdankt. Obwohl die Fundamente in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelegt worden sind, so haben doch auch auf diesem Gebiete erst die letztverflossenen Jahrzehnte die grössten Fortschritte in der praktischen Anwendung gebracht.

Die Erkenntnis der Bedeutung von Phosphorsäure, Kali und Stickstoff für die Erhaltung und Steigerung der Produktionskraft des Bodens hat bisher unbeachteten Stoffen einen unermesslichen Wert verliehen.

In seinen ungeheueren Kalilagern hat Deutschland allen anderen Ländern der Erde einen gewaltigen Schatz voraus. Die Kaligewinnung hat sich folgendermassen entwickelt: Von rund 1 Million Tonnen im Werte von 25 Millionen Mark Ende der 80er Jahre ist sie auf etwa 3 Millionen Tonnen im Werte von über 50 Millionen Mark um die Jahrhundertwende gestiegen, und sie hat im Jahre 1912 die Menge von 11 Millionen Tonnen und den Wert von über 180 Millionen Mark überschritten.

Phosphorsäure und Stickstoff in einer für die Düngung geeigneten Form mussten lange so gut wie ausschliesslich aus dem Auslande bezogen werden, und zwar als Guano und Phosphorite einerseits und Chilisalpeter andererseits. Auch hierin ist durch neue Fortschritte der Technik eine Aenderung zu unseren Gunsten eingetreten. Die ausgedehnten

deutschen Eisenerzvorkommen sind zu einem grossen Teil phosphorhaltig. Diese Eigenschaft wurde lange als ein schwerer Nachteil empfunden; denn die verschiedenen Verfahren zur Erzeugung schiedbaren Eisens aus Roheisen, insbesondere der in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Aufnahme gekommene Bessemerprozess, gestatteten nur die Verwertung von nahezu phosphorfremem Material. Durch das in den 70er Jahren erfundene Thomas-Gilchrist-Verfahren, über das gleich Näheres zu sagen sein wird, wurde die Entphosphorung des Eisens möglich mit der Nebenwirkung, dass die den Phosphor aufnehmende Schlacke, die „Thomasschlacke“, das Material für einen ausgezeichneten künstlichen Dünger, das „Thomasmehl“, lieferte. Das Thomasmehl wird seither in gewaltig steigenden Mengen in Deutschland verwendet.

Auch in der Zuführung des nötigen Stickstoffes an den Boden sind grosse Fortschritte erzielt worden, vornehmlich durch die Gewinnung grosser Mengen von schwefelsaurem Ammoniak als Nebenprodukt beim Kokereibetrieb und aus der Vergasung von Torf und Braunkohle und ferner durch die neuen Verfahren zur Bindung des atmosphärischen Stickstoffs in Form von Kalkstickstoff, Kalksalpeter und neuerdings nach dem synthetischen Ammoniakverfahren (Haber).

Mindestens im gleichen Masse wie die Landwirtschaft hat die Industrie aus den Fortschritten der chemischen Wissenschaft Vorteil gezogen.

Von den Verbesserungen in der Herstellung des Eisens war schon andeutungsweise die Rede. Während die Hüttenprozesse bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ausschliesslich auf Empirie beruhten, sind die grossen und entscheidenden Verbesserungen, die seither eingeführt worden sind, so gut wie ausschliesslich der erweiterten wissenschaftlichen Einsicht zu verdanken, insbesondere der Erforschung der Verbindungen des Eisens mit Kohlenstoff. Der Ueber-

gang von der Holzkohle zur Steinkohle und zum Koks im Hochofenprozess, ferner die gewaltigen Verbesserungen in der Stahlbereitung — vom Herdfrischen über das Puddeln zum Bessemerprozess — beruhen auf dieser Grundlage. Im Bessemerprozess wird bekanntlich die Entziehung des Kohlenstoffs dadurch bewirkt, dass Luft unter Druck durch die geschmolzene Eisenmasse gepresst wird, mit der Wirkung, dass auf diesem Wege für die Stahlbereitung, die im Wege des Herdfrischens $1\frac{1}{2}$ Wochen und im Puddelprozess noch $1\frac{1}{2}$ Tage erforderte, 20 Minuten genügen. Dass das Prinzip des Bessemerverfahrens für Deutschland erst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die Einführung des von Thomas-Gilchrist erfundenen basischen Prozesses, der dem Eisen den Phosphorgehalt entzieht, in grossem Umfange anwendbar wurde, ist bereits erwähnt. In der allerjüngsten Zeit wird der elektrische Strom mit Vorteil zur Herstellung von Stahl verwendet (Elektrostahl). Die Statistik der deutschen Eisen- und Stahlproduktion, mit der wir uns weiter unten zu beschäftigen haben werden, gibt ein Bild von der enormen Bedeutung dieser auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Fortschritte, die für Deutschland in der Hauptsache erst während der letzten 25 Jahre in Erscheinung traten. Da Eisen und Stahl die wichtigsten Stoffe für die Herstellung von Maschinen, Eisenbahnen und Fahrzeugen sind, stellen diese Fortschritte gleichzeitig eine der Voraussetzungen der gesamten Entwicklung unserer Produktion und unseres Verkehrs dar.

Der Riesenentwicklung der Eisen- und Stahlbereitung gleichwertig sind die Triumphe der modernen Chemie auf dem Gebiete der Kohle. Dass die Kohlenproduktion überall so gewaltige Dimensionen annehmen konnte, wie es das Maschinenzeitalter mit seinem ungemessenen Bedarf an Heizstoffen verlangte, beruhte auf den Fortschritten der mecha-

nischen Bergbautechnik; dieser Punkt soll hier jedoch nur beiläufig erwähnt werden. Was in vorliegendem Zusammenhang in erster Linie interessiert, ist die Tatsache, dass es gelungen ist, aus der Kohle, insbesondere der Steinkohle unbeschadet ihrer Verwendung zu Heizzwecken, eine Reihe bisher grossenteils unbekannter Stoffe von erheblicher wirtschaftlicher Brauchbarkeit zu gewinnen. Die Gewinnung von Leuchtgas bei der Herstellung von Koks aus Steinkohle gehört bereits einer früheren Zeit an. Dagegen ist die Verwertung von Steinkohlenteer, der bei der Kokserzeugung entsteht, ein Erfolg der letzten Jahrzehnte. Die Kohlenstoffverbindungen, die aus dem Steinkohlenteer hergestellt werden können, sind die Grundlagen neuer, grosser Industrien geworden, in denen Deutschland, entsprechend seinen wissenschaftlichen Verdiensten, die bisher unbestrittene Führung hat. Es sei nur an die wichtigsten Teerprodukte erinnert, an die Anilin- und Alizarinfarben, an die pharmazeutischen Präparate, wie Aspirin und Phenazetin, an das Saccharin, an die verschiedenen Teeröle.

Die gewaltigen Fortschritte auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung und der Verwertung der Kohlenstoffe sind nur Beispiele, allerdings solche von hervorragender Wichtigkeit. Aehnliche Verbesserungen, wie sie bei der Erzeugung und Weiterverarbeitung des Eisens zu verzeichnen sind, hat die Entwicklung und die fortschreitende praktische Anwendung bei allen anderen Metallen zur Folge gehabt. Bei einigen Metallen hat die Anwendung der Elektrizität eine ganz besondere Bedeutung erlangt; es sei hier besonders an das Aluminium erinnert, dessen Gewinnung aus Tonerde erst durch das elektrische Verfahren aus einem kostspieligen Laboratoriumsexperiment zu einer grossen Industrie geworden ist, deren Vervollkommenung ihrerseits wieder für den modernen Luftschiff- und Aeroplanbau eine

entscheidende Bedeutung erlangt hat. Die glänzende Entwicklung in der Verarbeitung des Steinkohlenteers hat ihr Seitenstück in der Synthese organischer Farbstoffe (künstliches Indigo), in der chemischen Holzverarbeitung (Zellulose), in der bereits erwähnten Herstellung von Kalkstickstoff aus der atmosphärischen Luft, in den auf den Fortschritten der Biochemie beruhenden Verbesserungen in den auf Gärungsprozessen beruhenden Industrien (Brauerei, Hefefabrikation etc.).

So ist es der modernen Technik gelungen — und dies in den letzten 25 Jahren in stärkerem Masse als je zuvor —, neue Kräfte und neue Stoffe unseren wirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen, die Nutzwirkung der Kräfte durch intensivere Ausnutzung und gesteigerte Beschränkung der Kraftverluste ausserordentlich zu steigern, die Herstellung und Verarbeitung der Stoffe durch vervollkommnetere Verfahren, die einen geringen Aufwand von Kraft, von Zeit, von Rohmaterial erfordern und früher wertlose Nebenprodukte und Abfälle noch zu neuer Brauchbarkeit führen, in einem ungeahnten Masse ökonomischer zu gestalten. Alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, die landwirtschaftliche und bergbauliche Urproduktion, die stoffverarbeitenden Gewerbe, der Nachrichten-, Personen- und Güterverkehr haben aus diesen Fortschritten einen gewaltigen Nutzen gezogen, der sich in seiner Endwirkung dahin zusammenfassen lässt, dass in fortschreitendem Masse mit einem geringeren Aufwand menschlicher Arbeit, namentlich körperlicher Arbeit, eine gewaltig gesteigerte wirtschaftliche Nutzwirkung erzielt wird.

3. Die wirtschaftliche Organisation.

Hand in Hand mit den Fortschritten der Technik, von ihr gefördert und sie fördernd, ging die Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation.

Die Organisation der wirtschaftlichen Arbeit ist die zweckmässige Zusammenfassung menschlicher Arbeitskräfte und sachlicher Arbeitsmittel zur Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftszweckes. Sie beruht in erster Linie auf den beiden in sich eng zusammenhängenden Prinzipien der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung.

Die Arbeitsteilung ist die Zerlegung des Arbeitswerkes in einzelne Teiloperationen und die Verteilung dieser Teiloperationen auf verschiedene Arbeitskräfte. Auf der Arbeitsteilung beruhen nicht nur die innere Organisation eines jeden grösseren wirtschaftlichen Unternehmens, sondern auch die gesamte in der Berufsgliederung bestehende Struktur der Volkswirtschaft, ja darüber hinaus die in der Weltwirtschaft zusammenfliessenden gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Volkswirtschaften, wie sie namentlich durch den Welthandel vermittelt werden. Wie bei den organischen Lebewesen die Stufenfolge von den niedrigsten zu den höchsten Arten in einer gesteigerten und verfeinerten Spezialisierung und Differenzierung der Zellen und Organe zutage tritt, so auch bei dem Massenorganismus, den wir als Volksgemeinschaft begreifen.

Die Arbeitsvereinigung ist das Gegenstück der Arbeitsteilung: die Zusammenfassung einer kleineren oder grösseren Anzahl von Arbeitskräften zu einem einheitlichen Wirtschaftszweck. Die gewaltigen Leistungen der modernen Industrie und des modernen Verkehrswesens sind nur möglich auf Grund einer planmässigen Zusammenarbeit grosser Scharen, ja man kann sagen ganzer Armeen von Hand- und Kopfarbeitern. Ein Eisenwalzwerk oder ein grosser Ozeandampfer sind Wunderwerke, deren Herstellung nicht nur die Errungenschaft der modernen Technik zur Voraussetzung hat, sondern auch das einheitliche und geordnete

Zusammenwirken ungezählter geistiger und physischer Arbeitskräfte.

Ein solches Zusammenwirken in einem weitschichtigen und komplizierten Organismus hat seinerseits zur Voraussetzung eine weitgehende Schulung und Disziplinierung der lebendigen Arbeitskräfte. Schon die Entwicklung der Technik für sich allein, die auf einem gewaltigen Unterbau wissenschaftlicher Arbeit beruht, führt notwendigerweise zu einer fortschreitenden Verdrängung des „ungelernten Arbeiters“ durch den „gelernten Arbeiter“. Der oft gehörte Satz, dass die Entwicklung der Technik die Menschen selbst zu Maschinen machen müsse, ist nicht richtig. Die Maschine nimmt dem Menschen ein gewaltiges Mass von körperlicher Arbeit ab, das andernfalls teils von den Menschen selbst geleistet werden müsste, zum grössten Teil aber überhaupt nicht geleistet werden könnte. Die Herstellung und Bedienung der immer feiner und komplizierter werdenden Maschinen stellt wachsende Ansprüche an die Ausbildung des Arbeiters. Die immer mehr zunehmende Bedeutung der Technik für die gesamte Wirtschaft hat der geistigen Arbeit neue Berufe erschlossen, die denjenigen des Gelehrten, des Rechtskundigen, des Arztes, des Literaten, des Künstlers ebenbürtig zur Seite treten: die Berufe des Technikers, des Ingenieurs, des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters in praktischen Betrieben. Diese grossen Vorteile müssen billigerweise dem Nachteil gegenübergestellt werden, der darin besteht, dass bei der vorgeschrittenen Arbeitsteilung dem Einzelnen mehr und mehr bestimmte Teilarbeiten zufallen. Alles in allem genommen, hat die Entwicklung der Technik nicht die Tendenz, die wirtschaftliche Arbeit zu entseelen, sondern die Tendenz, sie zu vergeistigen.

Was in Deutschland während der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiet der Fachschulen geleistet worden ist, soll hier

nur angedeutet werden. Nach dem allgemeinen Urteil hat die fachtechnische Ausbildung mit der Entwicklung der Technik durchaus Schritt gehalten. Das Ausland sieht unser Fachschulwesen als vorbildlich an und bemüht sich, auf gleichem Wege ähnliche Erfolge zu erzielen. Man hat dem deutschen Schulmeister einen hervorragenden Anteil an unseren militärischen Erfolgen im vorigen Jahrhundert zugeschrieben. Der deutsche Schulmeister hat auch mitgeholfen und hilft weiter mit, unsere wirtschaftlichen Schlachten zu schlagen. Aber nicht nur der Schulmeister, sondern auch — der Unteroffizier. Denn die Schulung allein tut es nicht; jede grosse Organisation bedarf ebensosehr der Disziplin. Auch in diesem Punkte schneidet Deutschland bei einem Vergleich mit anderen Ländern vorteilhaft ab. Wer Gelegenheit hat, die verschiedenen Völker in der wirtschaftlichen Arbeit kennen zu lernen, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, welchen Einfluss der militärische Dienst, durch den die ganz überwiegende Mehrzahl des mit Kopf und Hand arbeitenden deutschen Volkes hindurchgeht, mit seiner Gewöhnung an Ordnung, Pünktlichkeit und Zucht auf das Zusammenarbeiten in grossen wirtschaftlichen Verbänden hat. Namentlich sind es die aus einer gewissen Distanz beobachtenden Ausländer, denen dieser Zusammenhang auffällt.

Die wirtschaftliche Organisation erschöpft sich nicht in der Zusammenfassung, der Schulung und Disziplinierung von Arbeitskräften. Je mehr die Technik fortschreitet, desto grösser wird der sachliche Apparat, dessen sich die Arbeit bedient. Dieser sachliche Apparat — die Rohstoffe, Halbfabrikate, Hilfsstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Baulichkeiten — ist im volkswirtschaftlichen Sinne das „Kapital“. In unserer, auf der freien Selbstbestimmung der Individuen und dem Privateigentum, auch an den sachlichen Produktions-

mitteln, beruhenden Gesellschaftsordnung muss sich deshalb die Organisation eines jeden einzelnen wirtschaftlichen Unternehmens, ebenso wie die Organisation des gesamten Körpers der Volkswirtschaft, auch auf das Kapital erstrecken: Arbeitskräfte und sachliche Produktionsmittel müssen in einer dem Wirtschaftszweck angepassten Weise zu einer „Unternehmung“ zusammengefasst, die Gesamtheit des vorhandenen und neugeschaffenen Kapitals muss in möglichst intensiver Weise nutzbar gemacht werden. Die Organisation des Kapitals hat in diesem Punkt durchaus ähnliche Aufgaben zu lösen wie die Technik, die darauf hinstrebt, die Kräfte und Stoffe der Natur in möglichster Ausgiebigkeit in den Dienst unserer wirtschaftlichen Zwecke zu stellen.

In welchem Masse die Organisation unserer Volkswirtschaft in den letzten 25 Jahren sich vervollkommen hat, in welchem Masse sie die Leistungsfähigkeit unserer wirtschaftlichen Arbeit gesteigert und zur Vermehrung des Volkwohlstandes beigetragen hat, kann hier nur in grossen Zügen angedeutet werden.

Die mit der Entwicklung der Technik Schritt haltende Verfeinerung der Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen wirtschaftlichen, namentlich der industriellen und kommerziellen Betriebe, ist eine Tatsache, die sich jedem Beobachter ohne weiteres aufdrängt; desgleichen die Ausgestaltung der beruflichen Gliederung des deutschen Volkes, die der fortgesetzten Arbeitsteilung entspricht. In welchem Masse unsere Volkswirtschaft als Ganzes auf dem Wege der Arbeitsteilung mit anderen Volkswirtschaften in eine grössere Einheit, die Weltwirtschaft, hineingewachsen ist, zeigt sich schlagend in den Ziffern unseres Warenaustausches mit dem Auslande. Im Jahre 1912 erreichte unser Aussenhandel den Betrag von 19,6 Milliarden Mark; davon entfielen 10,7 Milliarden auf die Einfuhr, 8,9 Milliarden auf

die Ausfuhr. Von unserer Einfuhr kamen im Jahre 1912 auf Nahrungs- und Genussmittel, Vieh, industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate nicht weniger als 9,1 Milliarden Mark, auf fertige Waren dagegen nur 1,6 Milliarden Mark; umgekehrt entfielen von den 8,9 Milliarden Ausfuhrwert auf fertige Waren nicht weniger als 5,8 Milliarden Mark. Deutschland tauscht also in ganz grossem Umfang die Erzeugnisse seiner gewerblichen Arbeit gegen die Erzeugnisse der land- und forstwirtschaftlichen, sowie der bergbaulichen Urproduktion, die es auf dem im Verhältnis zur Bevölkerung eng begrenzten und in seinen klimatischen Produktionsbedingungen beschränkten eigenen Boden teils nicht in genügender Menge, teils überhaupt nicht gewinnen kann. Die im Aussenhandel zutage tretende internationale Arbeitsteilung hat also in ihrer Entwicklung nicht nur dazu beigetragen, dem deutschen Volk eine reichlichere und vielgestaltigere Befriedigung seiner Bedürfnisse zu ermöglichen, sondern sie hat geradezu die Voraussetzung dafür geliefert, dass der grosse Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte auf deutschem Boden seine Daseinsbedingungen finden konnte.

Die Vorteile der Arbeitsvereinigung haben, gefördert durch die Ausbildung der Organisation des Kapitals, die Wirkung gehabt, in zahlreichen und wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens, namentlich in der Industrie, im Handel und im Verkehrswesen, die Entwicklung zu grösseren Betriebseinheiten zu erleichtern und ausserdem die Zusammenfassung verschiedener, jedoch im Produktionsprozess sich ergänzender und aufeinander angewiesener Betriebszweige zu einer einheitlichen Betriebsorganisation zu begünstigen.

Von der Entwicklung der Betriebsgrössen geben die umstehenden Zahlen, die das Ergebnis der Gewerbezahlungen von 1882, 1895 und 1907 zusammenfassen, ein Bild.

Zahl der Gewerbebetriebe und der darin beschäftigten Personen.

	1882		1895		1907*)	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Kleinbetriebe (1—5 Personen) .	2 882 768	4 335 822	2 934 723	4 770 669	3 124 198	5 353 576
Mittelbetriebe (6—50 Personen) .	112 715	1 391 720	191 301	2 454 333	267 410	3 644 415
Grossbetriebe (51 und mehr Per- sonen	9 974	1 613 247	18 953	3 044 267	32 007	5 350 025
<i>Davon Riesenbe- triebe (1000 und mehr Personen) .</i>	127	213 160	255	448 731	506	954 645
Gewerbebetriebe überhaupt . . .	3 005 457	7 340 789	3 144 977	10 269 269	3 423 615	14 348 016

*) ohne Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe.

Im Jahre 1882 waren also von sämtlichen gewerblich tätigen Personen 59% in Kleinbetrieben, 18,5% in Mittelbetrieben und 22,5% in Grossbetrieben beschäftigt. Im Jahre 1907 dagegen kamen auf die Kleinbetriebe nur noch 37,3%, auf die Grossbetriebe 37,0%, auf die Mittelbetriebe 25,7%. Während also im Jahre 1882 in den Kleinbetrieben über $2\frac{1}{2}$ mal soviel Personen beschäftigt waren als in den Grossbetrieben, war im Jahre 1907 ein nahezu vollständiges Gleichgewicht vorhanden. Von 1882 bis 1907 nahm die Anzahl der in den Kleinbetrieben beschäftigten Personen nicht einmal ganz um ein Viertel zu, dagegen stieg die Zahl der in den Grossbetrieben beschäftigten Personen auf mehr als das Dreifache, in den Riesenbetrieben sogar auf das $4\frac{1}{2}$ fache. In einzelnen Gewerbegruppen ist diese Entwicklung noch bedeutend stärker ausgeprägt als im grossen Durchschnitt, so in der Metallverarbeitung, in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, im Baugewerbe. In der Metallverarbeitung waren im Jahre 1882 im Kleinbetrieb 288 000 Personen beschäftigt, im Grossbetrieb nur 85 000. Im Jahre 1907 dagegen kamen auf den Kleinbetrieb nur noch 272 000 Personen, auf den Grossbetrieb 440 000 Personen. In der Maschinenindustrie war das Verhältnis im Jahre 1882 123 000 und 166 000 Personen, 1907 dagegen 136 000 und 788 000 Personen; im Baugewerbe 1882 245 000 und 95 000 Personen, 1907 315 000 und 633 000 Personen. Im Bergbau und Hüttenwesen, in dem schon im Jahre 1882 der Kleinbetrieb und der Mittelbetrieb ganz unbedeutend gewesen waren, kamen im Jahre 1907 von insgesamt 861 000 Personen nicht weniger als 832 000 auf die Grossbetriebe.

Hinter dieser Verschiebung in den Betriebsgrössen steht die Entwicklung der zweiten Form der Arbeitsvereinigung,

die Zusammenfassung verschiedener Produktionsprozesse zu einem einheitlichen Unternehmen, nicht zurück. Die Gewinnung von Roh- und Hilfsstoffen wurde in grossem Umfang mit der Verarbeitung vereinigt; Betriebe, die Halbzeuge herstellen, fanden in wachsendem Masse ihren Vorteil darin, auch die Herstellung der Fertigfabrikate in die Hand zu nehmen; Produktionsunternehmungen gliederten sich Transportunternehmungen an, soweit diese nicht monopolisiert sind. Diese Entwicklung trat nicht nur in der Industrie in Erscheinung, sondern auch in der Landwirtschaft, wo Molkerei, Brennerei, Brauerei, Zuckerfabrikation sich in wachsendem Masse förmlich zum Zubehör der grossen landwirtschaftlichen Betriebe herausbildeten. In der Industrie springt am meisten in die Augen die — durch das Syndikatswesen ganz besonders geförderte — Vereinigung von Zechen und Hüttenwerken; die „Hüttenzechen“ haben die reinen Hütten und die reinen Zechen gänzlich in den Hintergrund gedrängt. Die ganz grossen Unternehmungen, wie Krupp, vereinigen Kohlenzechen, Kokereien, Erzbergbau, Hüttenwerke, Eisen- und Stahlverarbeitung bis zur Fabrikation von Maschinen, Geschützen und Munition, Panzerplatten; ausserdem Elektrizitätswerke, daneben Werften und für ihre Kohlen- und Erztransporte Flussfahrzeuge und eine Hochseeflotte.

Die gewaltige Entwicklung der „Arbeitsvereinigung“, wie sie in der starken Zunahme der Betriebsgrössen und in der einheitlichen Zusammenfassung verwandter Betriebe zum Ausdruck kommt, hatte ihre Voraussetzung, bis zu einem gewissen Grade sogar ihre Ursache, in dem Anwachsen des Kapitalreichtums und in der Mobilisierung und Konzentration der verfügbaren Kapitalien. Je grösser der Betrieb und je weitschichtiger seine technische Zurüstung, desto grösser ist die Kapitalsumme, die mit den Arbeitskräften in diesem Betrieb vereinigt werden muss. Je grösser

umgekehrt die verfügbaren Kapitalien und je ausgedehnter die Möglichkeit, gewaltige Kapitalbeträge für einen einheitlichen Wirtschaftszweck zu konzentrieren, um so stärker die Tendenz, behufs Erzielung einer möglichst hohen Rentabilität die Betriebe in rationeller Weise auszugestalten, zu vergrössern und zu vereinigen.

Auch eine noch wesentlich stärkere Zunahme des Kapitalreichtums hätte an sich nicht genügt, um die Kapitalgrundlage für die sich so gewaltig erweiternde Arbeitsvereinigung zu liefern, wenn es nicht gelungen wäre, die Mittel und Formen der Vereinigung der im Eigentum zahlreicher Personen stehenden Kapitalien zu einem einheitlichen Wirtschaftszweck in ähnlicher Weise zu entwickeln, wie die Organisation der menschlichen Arbeit selbst. Dies geschah auf dem Wege der Entwicklung des Gesellschafts- und Kreditwesens.

Die gesellschaftliche Form der Kapitalorganisation, vertreten durch die Aktiengesellschaft und die Kommanditgesellschaft auf Aktien, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die verschiedenen genossenschaftlichen Bildungen, gestattet dem einzelnen Kapitalbesitzer, sich mit dem ihm zur Verfügung stehenden Kapital oder einem Teil davon an einem grösseren Betrieb mit den Aussichten und Risiken eines Unternehmers zu beteiligen. In der Gesellschaftsform können also Kapitalbeträge, die im Eigentum ungezählter Personen zersplittert sind, zu einem einheitlichen Unternehmerkapital zusammengefasst werden; die Grösse des Unternehmerkapitals ist dadurch unabhängig geworden von der Grösse des Kapitalbesitzes irgendeines einzelnen Individuums oder einer einzelnen Familie; der kleinste Kapitalist kann durch Aktien- oder Anteilbesitz Beteiligter des grössten Unternehmens werden.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Kapitalorgani-

sation während des letzten Vierteljahrhunderts sei an einigen Zahlen erläutert.

Im Jahre 1886/87 bestanden in Deutschland 2143 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit einem Kapital von insgesamt 4876 Millionen Mark. Im Jahre 1907/8 war die Zahl der Gesellschaften auf 4578, ihr Kapital auf 12 788 Millionen Mark angewachsen. 1911/12 betrug die Zahl der Gesellschaften 4712, das Kapital 14 880 Millionen Mark. Innerhalb dieser Entwicklung tritt besonders hervor die Zunahme der Gesellschaften mit grossem Kapital. Die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit einem Kapital von mehr als 10 Millionen Mark haben sich wie folgt entwickelt:

Ende 1886/87	. . .	74	Gesellschaften
„ 1896	. . .	108	„
„ 1906	. . .	208	„
30. Septbr. 1909	. . .	229	„

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben erst durch das Reichsgesetz vom 10. April 1892 eine Rechtsgrundlage erhalten. Im Jahre 1909 wurden 16 508 solche Gesellschaften mit einem Kapital von 3538,5 Millionen Mark festgestellt.

In der Entwicklung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hat Deutschland anerkanntermassen die Führung. Zurzeit hat die Anzahl der Genossenschaften die Ziffer von 30 000 überschritten, ihre Mitgliederzahl beträgt mehr als 5 Millionen.

Nicht weniger imponierend sind die im Wege des Kredits mobilisierten und dem Wirtschaftsleben zugeführten Kapitalbeträge.

Bei den deutschen Kreditbanken betrug die Summe der Einlagen (in laufender Rechnung und im Depositenverkehr) gegen Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts 1300 bis 1400 Millionen Mark, Ende 1912 dagegen 9 360 Millionen Mark.

Die Einlagen bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften stellten sich gegen Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf kaum mehr als 600 Millionen Mark; dagegen haben sie im Jahre 1912 die Summe von 3 Milliarden Mark überschritten.

Die Gesamtheit der Einleger-Guthaben bei den deutschen Sparkassen betrug im Jahre 1888 etwa 4550 Millionen Mark; im Jahre 1912 dürfte die Summe von 18 Milliarden Mark überschritten worden sein.

Insgesamt bedeutet das eine Zunahme der Einlagen bei Banken, Genossenschaften und Sparkassen von etwa $6\frac{1}{2}$ auf über 30 Milliarden Mark während des letzten Vierteljahrhunderts. Zum grossen Teil entfällt diese Zunahme auf die Neubildung von Kapital. Ein immerhin nicht unerheblicher Teil der Zunahme ist jedoch darauf zurückzuführen, dass es durch eine verbesserte Organisation gelungen ist, der Volkswirtschaft früher entzogene Kapitalien aus ihren Schlupfwinkeln herauszuholen. Die in solcher Weise flüssig gemachten Kapitalien sind im Wege des Immobiliar- und Mobiliarkredits dem Wirtschaftsleben zugeführt worden; sie haben zu einem wesentlichen Teil die Mittel geliefert, um den gewaltigen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft zu „finanzieren“. Die ungeheuren Summen, die insbesondere der die technischen Fortschritte voll verwertende Ausbau der deutschen Industrie erforderte, waren bei dem verhältnismässig geringen Kapitalreichtum, mit dem Deutschland in diese Entwicklung eintrat, nur zu beschaffen durch die

intensivste Heranziehung und Ausnutzung der vorhandenen und neu erarbeiteten Kapitalien. Die Gefahr der Ueberspannung des Kredits war angesichts des gewaltig wachsenden Kapitalbedarfs der deutschen Volkswirtschaft stets nahelegend, und die Gefahrgrenze ist oft genug gestreift worden. Im grossen Ganzen aber ist es dem deutschen Kreditwesen gelungen, den Grundsatz der intensivsten Kapitalausnutzung mit dem Grundsatz der Sicherheit in Einklang zu halten.

Die Ausgestaltung der Kreditorganisation hat die Wirkungen der gesellschaftlichen Organisation des Kapitals auf die Entwicklung der Gesamtorganisation unserer Volkswirtschaft noch bedeutend verstärkt. Soweit überhaupt das vorhandene Kapital ausreichte, gab es für die den Erfordernissen der Technik und der Rentabilität entsprechende Kombination von Arbeit und Kapital kaum eine Grenze mehr. Jetzt konnten Betriebe und Betriebskomplexe entstehen, die viele tausend Arbeitskräfte und arbeitende Kapitalien im Betrag von Hunderten von Millionen Mark in sich vereinigen.

Um aber das Bild der Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation zu vervollständigen, muss noch ein weiterer Zug angefügt werden. Die Entwicklung machte nicht etwa halt bei den Riesenunternehmungen, sie führte vielmehr darüber hinaus zu grösseren Organisationen, die eine Vielzahl gleichartiger oder verwandter Unternehmungen umfassen: zu den Syndikaten, Kartellen, Interessengemeinschaften, Konzernen usw. Im Gegensatz zu den amerikanischen Trusts, die in sich die Einzelunternehmungen so gut wie vollständig aufsaugen, lassen diese Vereinigungen den einzelnen in ihnen zusammengeschlossenen Unternehmungen ihre Selbständigkeit und beschränken sich auf die Verwirklichung gewisser regelnder Grundsätze in bezug auf Produktion, Preisgestaltung, Konkurrenz. Sie wollen nach Möglichkeit die Reibungen und Verluste beseitigen, die durch ein planloses

und ungeordnetes Gegeneinanderarbeiten notwendigerweise entstehen müssen, und sie suchen alle Kräfte durch ein planvolles Leiten zu dem Höchstmass des wirtschaftlichen Erfolges zu vereinigen. Sie sind in dieser Hinsicht die Krönung der Entwicklung, die unsere Volkswirtschaft in ihrer Organisation im Laufe der letzten Jahrzehnte zurückgelegt hat.

*

*

*

Vom Standpunkt der reinen organisatorischen Zweckmässigkeit will die vorstehend geschilderte Entwicklung im Zusammenhang dieser Darstellung gewürdigt sein. Von diesem Standpunkt aus stellt sich uns die Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts als ein gewaltiger Aufstieg zu höheren und leistungsfähigeren Lebensformen des volkswirtschaftlichen Körpers dar. Wenn es das Ziel unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist, mit einem bestimmten Quantum menschlicher Arbeit ein immer grösser werdendes Mass wirtschaftlichen Nutzeffektes hervorzubringen, mit dem gleichen, oder besser mit geringerem Arbeitsaufwand eine vollständigere, vielgestaltigere und verfeinere Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse zu erzielen, dann kann man sagen, dass uns die organisatorischen Fortschritte im letzten Vierteljahrhundert diesem Ziele in gleichem Schritte nähergebracht haben, wie die Errungenschaften der wirtschaftlichen Technik.

Aber niemand kann die Augen davor verschliessen, in welchem Masse neue Aufgaben von der grössten Bedeutung durch die Umgestaltung, die nicht etwa nur unsere Volkswirtschaft, sondern unser Volk in seiner ganzen Struktur erfahren hat, entstanden sind. Das allmähliche Hinübergleiten des Schwergewichts unserer Bevölkerung aus der Landwirtschaft nach den gewerblichen und kommerziellen

Berufen, vom platten Lande in die Städte; das Uebernehmen der grossen Unternehmungen gegenüber den mittleren und kleinen Betrieben; in Verbindung damit das Zurücktreten der wirtschaftlich selbständigen Existenzen gegenüber der immer stärker wachsenden Schar der Angestellten und Lohnarbeiter; die Ausbildung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Besitzlosen und Besitzenden — das alles sind Probleme, die aus der technischen und organisatorischen Entwicklung unserer Volkswirtschaft während der letzten Jahrzehnte teils neu entstanden sind, teils an Bedeutung gewaltig zugenommen haben. Die Schnelligkeit mit der sich diese Entwicklung vollzogen hat, war geeignet, die Schwierigkeit der neuen Probleme zu verschärfen; denn es fehlte bei der Plötzlichkeit der Uebergänge und Wandlungen vielfach an der notwendigen Zeit, während der sich die natürlichen Gegengewichte gegen die sich aus diesen Uebergängen und Wandlungen ergebenden Gefahren genügend hätten entwickeln können.

Von der glücklichen Lösung der neuen Aufgaben wird die Zukunft unseres Volkes zu einem wesentlichen Teile abhängen.

An dem Gelingen brauchen wir nicht zu verzagen.

Die neuen Aufgaben, die vor allem auf dem Gebiete der Volkshygiene und der Wohnungsfrage, der Sozialpolitik, des Erziehungs- und Bildungswesens liegen, sind in keinem der Länder, die sich auf Grund einer ähnlichen Entwicklung vor dieselben Probleme gestellt sehen, mit grösserem sittlichen Ernst und stärkerer Willenskraft in Angriff genommen worden als bei uns. In keinem Lande betätigen die Leiter der grossen Unternehmungen ein stärkeres Gefühl ihrer Verantwortlichkeit und ihrer sozialen Verpflichtungen, in keinem Lande hat der Staat früher und tatkräftiger die soziale Frage in ihrem ganzen Umfang erkannt und in seinen

Pflichtenkreis einbezogen. Es gehört zu den ersten Ruhmes-
titeln unseres Herrscherhauses, dass Kaiser und Kaiserin für
die aus den Pflichten der Menschlichkeit und der Verant-
wortlichkeit für die Zukunft des deutschen Volkes er-
wachsenen hohen Aufgaben stets das volle Verständnis ge-
zeigt haben, dass ihrer Initiative und tatkräftigen Förderung
die bisher geleistete Arbeit und der bisher erzielte Erfolg
zum grossen Teil zu danken sind.

ZWEITER ABSCHNITT.

Produktion, Verkehr und Konsum.

1. Die Produktion.

Die Vermehrung der Bevölkerung, insbesondere ihres erwerbstätigen Teiles, die Fortschritte der wirtschaftlichen Technik und die Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation haben im letzten Vierteljahrhundert zu einer gewaltigen Steigerung der Gütererzeugung, des Verkehrs und des Konsums in Deutschland geführt, und zwar zu einer Steigerung nicht nur im ganzen, sondern auch auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet.

Es ist leider heute noch nicht möglich, für die Entwicklung der Produktion in ihrer Gesamtheit ein statistisches Bild zu geben. Versuche zu allgemeinen statistischen Erhebungen über die deutsche Produktion sind in den Jahren 1897 und 1899 in Vorbereitung der damals bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge gemacht worden; veröffentlicht sind jedoch davon nur die Hauptergebnisse des Jahres 1897. Seit dem Jahre 1908 sind produktionsstatistische Erhebungen auf einer erheblich erweiterten Grundlage im Gange, deren Ergebnisse jedoch zurzeit erst teilweise veröffentlicht sind. Aber auch abgesehen davon, dass die Vergleichbarkeit für einen grösseren

Zeitraum fehlt, gibt die aneinandergereihte Produktionsstatistik für die sämtlichen Zweige der Gütererzeugung keineswegs ein zutreffendes Bild des Wertes der nationalen Gesamtproduktion. Denn in den Werten der produzierten Fertigfabrikate ist der Wert der verarbeiteten Halbfabrikate, im Wert der Halbfabrikate derjenige der Rohstoffe enthalten, und alle Produktionswerte begreifen in sich den Wert der verwendeten Hilfsstoffe, wie Kohle, Dünger etc., sowie den Wert der Abnutzung der Produktionswerkzeuge usw. Ein brauchbares Gesamtergebnis wäre also nur zu erreichen auf Grund der Anwendung eines komplizierten Nettoprinzips bei den produktionsstatistischen Erhebungen, während unsere bisherige Produktionsstatistik vorwiegend auf dem Bruttoprinzip beruht.

Dagegen reicht unsere Produktionsstatistik aus, um ein exaktes Bild von der Entwicklung einzelner wichtiger Produktionszweige zu geben. So haben wir eine fortlaufende amtliche Erntestatistik und regelmässige Viehzählungen, aus deren Zahlen sich ein zutreffendes Bild der Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung gewinnen lässt. Ausserdem verfügen wir über weit zurückreichende statistische Anschreibungen der bergbaulichen Produktion und des Hüttenbetriebs, sowie der inneren Verbrauchsabgaben unterworfenen Produkte.

Die technische und organisatorische Entwicklung der Volkswirtschaft während der letzten Jahrzehnte ist naturgemäss in erster Linie der industriellen Produktion zugute gekommen. Die Landwirtschaft, bei der die nur innerhalb enger Grenzen ausdehnungsfähige Anbaufläche das Grundelement der Produktion ist, hat gleichwohl ihre Leistungsfähigkeit ganz erheblich zu steigern vermocht. Die Verbesserung der Bewirtschaftungsmethoden, soweit sie auf der wissenschaftlichen Agrikulturchemie beruht, hat allerdings

ihre stärksten Wirkungen bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ausgeübt; damals ist innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit der Bodenertrag auf ein Mehrfaches gesteigert worden. Aber die Wirkungen dieser wissenschaftlichen Methoden haben sich auch im letzten Vierteljahrhundert noch fortgesetzt, und neue grosse Erfolge stehen bevor, wenn es gelingt, die ausgedehnten Mooregebiete in grösserem Umfang in kulturfähigen Zustand zu bringen. In den letzten Jahrzehnten hat sich die auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Verbesserung der Betriebsweisen, gefördert durch Ackerbauschulen und Genossenschaften, in einer Weise ausgedehnt, dass diese Betriebsmethoden geradezu zum Gemeingut der deutschen Landwirtschaft geworden sind. Insbesondere hat die rationelle Bewässerung und Entwässerung, die Ausgestaltung der Fruchtfolge und die Verwendung künstlichen Düngers in Zusammensetzungen, die der Natur des Bodens und den Erfordernissen der verschiedenen Bebauungsarten angepasst sind, ausserordentliche Fortschritte gemacht. Der Verbrauch an Handelsdünger in der deutschen Landwirtschaft ist von 16 Millionen Doppelzentner im Jahre 1890 auf nahezu 60 Millionen Doppelzentner im Jahre 1910 gestiegen. Im letztgenannten Jahre belief sich der Wert des verbrauchten Handelsdüngers auf nahezu 400 Millionen Mark. Speziell der Verbrauch von Kali hat sich in dem zwanzigjährigen Zeitraum von 2,2 auf 22,2 Millionen Doppelzentner gehoben, der Verbrauch von Thomasmehl von 4,0 auf 14,3 Millionen Doppelzentner, dagegen der Verbrauch des aus dem Ausland bezogenen Chilisalpeters nur von 2,5 auf 5,4 Millionen Doppelzentner. Daneben hat die Landwirtschaft vor allem aus der gesteigerten Verwendung maschineller Kraft Vorteil gezogen; die Verwendung von Maschinen aller Art ist ausserordentlich stark gestiegen, namentlich seitdem die Fortschritte der Elektri-

tätsindustrie auf dem Wege der Ueberlandzentralen der Landwirtschaft billige motorische Kraft in Form des elektrischen Stroms in der ausgiebigsten Weise zur Verfügung gestellt haben. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die Maschinen benutzen, hat sich folgendermassen entwickelt:

	1882	1895	1907
Gewöhnliche Dreschmaschinen .	268 367	596 869	947 003
Dampfdreschmaschinen	75 690	259 364	488 867
Drill- und Sämaschinen	63 842	169 465	290 039
Mähmaschinen	19 634	35 084	301 325
Düngerstreumaschinen	—	18 649	—
Dampfpflüge	836	1 696	2 995

Die im letzten Vierteljahrhundert eingetretene Steigerung der Produktion der wichtigsten Nährfrüchte für Mensch und Vieh und das Verhältnis der Erntemengen zu den Anbauflächen ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung.

	Im Durchschnitt der Jahre 1883—87		
	Anbaufläche ha	Erntemenge t	Ertrag pro ha dz
Roggen	5 830 200	5 867 800	10,0
Weizen	1 918 000	2 585 200	13,4
Sommergerste	1 737 700	2 232 800	12,8
Kartoffeln	2 912 800	25 459 200	87,4
Hafer	3 785 000	4 291 000	11,3
Wiesenheu	5 905 100	16 874 600	28,5

	Im Durchschnitt der Jahre 1908—12		
	Anbaufläche ha	Erntemenge t	Ertrag pro ha ha
Roggen	6 168 261	11 012 171	17,8
Weizen	1 911 768	3 962 390	20,7
Sommergerste	1 604 116	3 220 066	20,1
Kartoffeln	3 315 137	44 220 213	133,4
Hafer	4 317 753	8 189 062	19,0
Wiesenheu	5 949 237	25 024 865	42,1

Einer allenthalben nur unerheblichen Ausdehnung der Anbauflächen und, woran hier erinnert sei, einem Stillstand der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung stehen also sehr ansehnliche Steigerungen der Erntemengen gegenüber; am meisten beim Roggen, bei dem vom Jahrfünft 1883/87 bis zum Jahrfünft 1908/12 die Steigerung der Anbaufläche nur 5,8%, dagegen die Steigerung der Erntemenge 87,7% und die Steigerung des Ertrages pro Hektar 77,7% betragen hat.

Das Ergebnis der fortschreitenden Verbesserung der Betriebsarten ist also ausserordentlich erfreulich; Deutschland hat in der Zeit der gewaltigen industriellen Entwicklung keine Verkümmern seiner Produktion an Nährfrüchten erfahren, sondern diese in noch stärkerem Verhältnis als demjenigen der Zunahme der Bevölkerung ausgedehnt. Der deutsche Ackerbau hat hiermit nicht nur die ihm zukommende Stellung in der deutschen Volkswirtschaft behauptet, sondern auch im Vergleich mit den übrigen grossen Ackerbauländern glänzend abgeschnitten. Nachstehend die wichtigsten Vergleichsziffern:

Ernte- jahr		Ernteerträge im Ganzen (Millionen t)			
		Weizen u. Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1912	Deutschland	15,9	3,5	8,5	50,2
1912	Russland	42,6	9,9	14,1	36,9
1912	Oesterreich-Ungarn	11,2	3,3	3,6	18,5
1911	Frankreich	10,4	1,1	5,1	11,5
1912	Canada	5,4	0,9	5,6	2,2
1912	Vereinigte Staaten	20,8	4,9	20,6	11,4
1912/13	Argentinien	6,4	—	1,7	—
1911/12	Britisch-Indien	8,4	—	—	—

Ernte- jahr		Ernteerträge pro Hektar (in dz = 100 kg)				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1912	Deutschland	22,6	18,5	21,9	19,4	150,3
1912	Russland	6,9	9,0	8,7	8,5	81,7
1912	Oesterreich-Ungarn	15,0	14,6	16,0	13,0	100,2
		12,7	11,6	13,9	10,4	84,4
1911	Frankreich	13,8	14,3	14,3	12,6	74,2
1912	Canada	13,7	12,0	16,7	15,0	115,8
1912	Vereinigte Staaten	10,7	10,6	16,0	13,4	76,2
1912/13	Argentinien	9,3	—	—	14,1	—
1911/12	Britisch-Indien	8,7	—	—	—	—

Was die Gesamtproduktion anlangt, so hält Deutschland bei Weizen und Roggen den dritten Platz in grossem Abstand nach Russland, in kleinem Abstand nach den Vereinigten Staaten; Oesterreich-Ungarn und Frankreich folgen mit etwa zwei Dritteln der deutschen Ernte. Bei der Gerste behauptet Deutschland nach Russland und den Vereinigten Staaten den dritten Platz mit einem kleinen Vorsprung vor Oesterreich-Ungarn. Beim Hafer hat Deutschland unbestritten die dritte Stelle, und bei den Kartoffeln steht Deutschland weitaus an der Spitze.

Durchweg schlägt Deutschland alle anderen Ackerbauländer hinsichtlich des Ertrages pro Hektar, und zwar zu meist mit sehr beträchtlichem Vorsprung. Da bei einem solchen Vergleich weder die Bodenbeschaffenheit noch die klimatischen Verhältnisse zugunsten Deutschlands liegen, so kommt in diesen Ziffern die grosse betriebstechnische Ueberlegenheit der deutschen Landwirtschaft zum Ausdruck. Die deutsche Landwirtschaft kann um so mehr auf ihre glänzenden Leistungen stolz sein, als diese unter zeitweise sehr schwierigen Verhältnissen im Wettbewerb mit jüngeren Ackerbauländern erzielt wurden, die mit billigem und jungfräulichem Boden und billigen Arbeitskräften wirtschaften und zeitweise — namentlich in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts — ihre Produkte in gewaltigen Massen und zu ruinös billigen Preisen auf den europäischen Markt warfen. Die Handelspolitik des Reichs hat zwar durch einen weitgehenden Zollschatz den deutschen Ackerbau kräftig gestützt und ihm über die schwierigsten Zeiten hinweggeholfen; aber die oben wiedergegebenen Ziffern zeigen, dass der deutsche Ackerbau sich nicht etwa hinter der Zollmauer in der Defensive gehalten, sondern durch Intelligenz und Ausdauer seine Produktionskraft auf eine nirgends erreichte Höhe gebracht hat.

In noch stärkerem Masse als die Kultur der Nährfrüchte hat sich die Produktion der Zuckerrübe entwickelt. Als Rohstoff für eines der wichtigsten Genussmittel hat diese Kulturpflanze im Laufe des letzten Jahrhunderts auf Grund der Fortschritte der chemischen Technik nicht nur für unsere innere Produktion, sondern auch für den gesamten Weltmarkt eine ausserordentliche Bedeutung gewonnen. Die auf einen deutschen Gelehrten zurückgehende Entdeckung des Zuckergehaltes der Runkelrübe und die technischen Verbesserungen in dem Anbau und der Verarbeitung der Zuckerrüben haben einen neuen Produktionszweig entstehen lassen, in dem Deutschland heute den ersten Rang in der Welt behauptet. Im Jahre 1912/13 betrug die Produktion an Rübenzucker in Deutschland 2 701 000 t, in Russland 1 374 000 t, in Oesterreich-Ungarn 1 902 000 t, in Frankreich 960 000 t; die anderen Länder folgten in grossen Abständen.

Wie sich der Anbau von Zuckerrüben und die Zuckerindustrie in Deutschland während der letzten 25 Jahre entwickelt haben, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Zucker-Kampagne	Verarbeitete Rüben 1000 t	Die verarbeiteten Rüben waren gewonnen auf ha	Also auf 1 ha Rüben t	Gewonnener Rohzucker 1000 t	Zur Herstellung von 1 kg Rohzucker waren durchschnittlich erforderlich an Rüben kg
1875/76	4 161	96 724**)	29	358	11,62
1888/89	7 896	149 411**)	28	991	7,97
1910/11*)	15 749	477 909	33	2590	6,08

*) Das Jahr 1911/12 kann wegen seiner ganz abnormen Temperaturverhältnisse, die eine kaum jemals dagewesene Missernte an Zuckerrüben in Deutschland herbeiführten, nicht zur Vergleichung herangezogen werden. Die Ernte in Deutschland betrug nur 1 348 000 t gegen 2 590 000 t im Vorjahre und etwa 2 700 000 t im Jahre 1912/13.

**) Nur die Anbauflächen der von den Fabriken selbst gewonnenen Rüben.

Es ist also gerade im letzten Vierteljahrhundert nicht nur eine erhebliche Ausdehnung der Anbaufläche von Zuckerrüben eingetreten, sondern daneben auch infolge der rationelleren Kulturmethode eine Steigerung des Bodenertrags, so dass die Produktion von Zuckerrüben heute etwa doppelt so gross ist, wie Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Ausserdem aber haben die Verbesserungen sowohl in der Kultur als auch in der Aufbereitung der Rüben dazu geführt, das Quantum Rüben, das zur Herstellung eines bestimmten Gewichts von Rohzucker erforderlich ist, trotz der erheblichen Fortschritte, die in diesem Punkte bis zum Ende der 80er Jahre bereits erzielt worden waren, auch im letzten Vierteljahrhundert noch weiter um nahezu ein Viertel zu verringern. So kommt es, dass bei einer Steigerung der Rübenproduktion auf das Doppelte die Gewinnung von Rohzucker auf mehr als das Zweieinhalbfache gewachsen ist.

Zu dem unmittelbaren Gewinn aus der gesteigerten Produktion an Rübenzucker kommen für die deutsche Landwirtschaft grosse mittelbare Vorteile aus der Ausdehnung der Zuckerrübenkultur. Die intensive und rationelle Pflege, welche die Zuckerrübe erfordert, kam überall auch den übrigen Zweigen der Landwirtschaft zugute. Daneben liefert die Verarbeitung der Zuckerrübe grosse Massen von Rückständen, die insbesondere als Viehfutter Verwendung finden und damit eine rationellere Viehhaltung ermöglichen.

Die Entwicklung der deutschen Viehzucht sei durch folgende Ziffern beleuchtet:

Zählungstag	Pferde	Maulesel und Esel	Rindvieh	Schafe
10. Januar 1883	3 522 545	9 795	15 786 764	19 189 715
1. Dez. 1892	3 836 273	6 703	17 555 834	13 589 662
1. Dez. 1900	4 195 361	7 848	18 939 692	9 692 501
2. Dez. 1907	4 345 047	11 291	20 630 544	7 703 710
2. Dez. 1912*	4 516 279	12 862	20 158 738	5 787 848

Zählungstag	Schweine	Ziegen	Federvieh	Bienenstöcke
10. Januar 1883	9 206 195	2 640 994	—	1 911 797
1. Dez. 1892	12 174 442	3 091 508	—	2 034 485
1. Dez. 1900	16 807 014	3 266 997	64 453 171	2 605 350
2. Dez. 1907	22 146 532	3 533 970	77 103 045	2 594 690
2. Dez. 1912*	21 885 073	3 383 971	82 474 317	2 619 891

Ein Rückgang ist also, wenn man den Stand in den Jahren 1883 und 1892 mit demjenigen in den Jahren 1907 und 1912 vergleicht, nur bei der Schafzucht vorhanden, hier allerdings in beträchtlichem Umfang; dagegen hat sich die Pferdehaltung, noch mehr der Rindviehbestand und vor allem die Schweinezucht bis zum Jahre 1907 sehr günstig entwickelt. Vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1912 ist allerdings im Bestand an Rindvieh, Schweinen und Ziegen ein leichter Rückgang eingetreten, der hauptsächlich auf die schlechte Futterernte des Jahres 1911 zurückzuführen sein dürfte. Die Schafzucht beruht auf extensiver Weidewirtschaft, während die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft auf eine steigende Intensität gerichtet ist. Von dieser gesteigerten Intensität

*) Vorläufige Zahlen.

haben die übrigen Zweige der Viehzucht bedeutend mehr Vorteil gehabt, als dies die nach der Stückzahl des Viehstandes geführte Statistik erkennen lässt. Die Fortschritte in der Verbesserung der Schläge und damit die Erhöhung der Leistungsfähigkeit, der Fleisch- und Milchproduktion, beruhend auf sachgemässer Züchtung und Fütterung, sind ausserordentlich gross. Die Aufbringung der höheren Kosten für die rationellere und intensivere Viehwirtschaft wurde möglich gemacht durch den mit der an Zahl und Kaufkraft wachsenden industriellen Bevölkerung sich fortgesetzt steigenden Bedarf nach den Erzeugnissen der Viehzucht und durch den mit der Industrialisierung des Landes sich leichter und umfangreicher gestaltenden lokalen Absatz. Auf diese Weise hat auch die deutsche Viehzucht ihren Teil zur Hebung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft und zur Mehrung des deutschen Volkswohlstandes beigetragen.

Die industrielle Entwicklung unserer Zeit ruht auf den beiden mächtigen Pfeilern Kohle und Eisen. Deutschland gehört mit zu denjenigen Ländern, welche die Natur mit einem reichen Schatz dieser beiden industriellen Grundstoffe bedacht hat. Auch an anderen wichtigen Mineralien, namentlich an Salzen, Zink-, Blei- und Kupfererzen, besitzt Deutschland ansehnliche Vorräte. Die jüngsten Geschlechter haben gelernt, diese Schätze zu heben und immer vollkommener zu nutzen. In den letzten 25 Jahren ist der Wert der unmittelbaren Erzeugnisse des deutschen Bergbaus (Kohlen, Erze, Salze) von etwa 700 Millionen Mark auf beträchtlich mehr als 2 Milliarden Mark gestiegen.

Der Kohlenbergbau allein hat sich folgendermassen entwickelt:

	Steinkohle			Braunkohle			Kohlenförderung insgesamt		
	Mittlere Belegschaft	Förderung		Mittl. Belegschaft	Förderung		Mittlere Belegschaft	Förderung	
		Menge Mill. t	Wert Mill. M.		Menge Mill. t	Wert Mill. M.		Menge Mill. t	Wert Mill. M.
1887	217357	60.3	311.1	29408	15.9	40.2	246765	76.2	351.3
1911	628307	160.7	1572.6	72567	73.8	183.5	700874	234.5	1756.1
Zunahme	410950	100.4	1261.5	43159	57.9	143.3	454109	158.3	1404.8
in %	189.1	166.5	405.5	146.8	364.1	356.5	184.0	207.7	399.9

Das Jahr 1912 hat einen weiteren Fortschritt ergeben. Die Förderung von Kohlen ist auf 259,4 Millionen Tonnen (177,1 Millionen Tonnen Steinkohlen und 82,3 Millionen Tonnen Braunkohlen) gestiegen.

Die deutsche Kohlenproduktion ist also in den letzten 25 Jahren auf mehr als den dreifachen Umfang gebracht worden.

Unter den Produktionsländern nimmt Deutschland den dritten Platz nach den Vereinigten Staaten und England ein.

Länder	Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohle) Millionen Tonnen		Zunahme in %
	1886	1911	
Vereinigte Staaten	103.1	450.2	336.6
Grossbritannien und Irland	160.0	276.2	72.6
Deutschland	73.7	234.5	218.1
Osterreich-Ungarn	20.8	49.2	136.5
Frankreich	19.9	39.3	97.5
Belgien	17.3	23.1	33.5

Die Vereinigten Staaten, die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts noch an zweiter Stelle standen, haben demnach heute einen gewaltigen Vorsprung. Aber Deutschland hat England, das vor 25 Jahren an der Spitze stand und eine mehr als doppelt so grosse Produktion hatte

wie wir, nahezu erreicht. Im Jahre 1912 ergab die Kohlen-gewinnung in Deutschland 259,4 Millionen t, in Gross-britannien und Irland 264,7 Millionen t (vorläufige Zahlen). Der Rückgang im Ertrage Englands ist indessen zum Teil auf den Streik der Kohlenarbeiter zurückzuführen.

Von der gesamten Weltproduktion an Kohle entfällt heute etwa ein Fünftel auf Deutschland.

Eine nicht weniger glänzende Entfaltung hat die Eisen-industrie genommen.

Die Förderung an Eisenerzen im deutschen Zollgebiet betrug im Jahre 1887 . . . 10 664 000 t

„ „ 1911 . . . 29 879 000 t,
mithin eine Zunahme auf das Dreifache.

Doch die eigene Erzproduktion genügte nicht entfernt dem Bedarf der Hüttenwerke, erforderte vielmehr in fort-gesetzt steigendem Umfange eine Ergänzung durch die Ein-fuhr von Erzen aus fremden Gruben.

Eisenerz.

	Einfuhr Ausfuhr		Ueberschuss der	
	in 1000 t		Ausfuhr	Einfuhr
1887	1 036,2	1 744,6	708,4	—
1912	12 120,1	2 309,6	—	9810,5

Die Herstellung von Roheisen entwickelte sich folgender-massen: Eisenhochofenbetrieb.

	Hochöfen in Betrieb	Mittlere Beleg- schaft	Verhüttete Rohstoffe in 1000 t	Gesamterzeugung von Roheisen	
				in 1000 t	in Mill. M.
1887	212	21 432	12 057	4 024	166,4
1911	313	47 546	45 068	15 574 ^{*)}	867,9
Zunahme in %	45,6	121,5	273,8	287,0	421,6

^{*)} Im Jahre 1912 betrug die Roheisenerzeugung 17 853 000 t.

Im letzten Vierteljahrhundert ist somit die deutsche Roheisenerzeugung mehr als vervierfacht worden.

Unter den Produktionsländern steht Deutschland heute an der zweiten Stelle.

Roheisenproduktion (in 1000 t).

Länder	1887	1911	Zunahme in %
Vereinigte Staaten . .	6 520	24 028	268,5
Deutschland	4 024	15 574	287,0
Grossbritannien u. Irland	7 681	10 033	30,6
Frankreich	1 568	4 411	181,3
Russland	612	3 588	486,3
Belgien	756	2 106	178,6

Auch hier sind die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer gewaltigen Vorkommen allen anderen Ländern weit voraus.

Deutschland, dessen Produktion vor einem Vierteljahrhundert nur wenig mehr als halb so gross war, wie diejenige des damals an erster Stelle stehenden britischen Königreiches, hat im Jahre 1903 eine Roheisenproduktion von mehr als 10 Millionen t zu verzeichnen gehabt und damit die englische Produktion zum erstenmal geschlagen; in den seither verflossenen acht Jahren ist die deutsche Produktion weiter in steigender Progression gewachsen, auf 15,6 Millionen t im Jahre 1911 und 17,9 Millionen t im Jahre 1912, während die englische Produktion bei etwa 10 Millionen t stehen blieb.

Die Weltproduktion von Roheisen beträgt heute ungefähr 75 Millionen t, wovon auf Deutschland etwa ein Viertel entfällt.

Von der Stahlerzeugung in den wichtigsten Ländern gibt die umstehende Tabelle ein Bild:

Stahl- (Flusseisen) Produktion (in 1000 t).

Länder	1886	1910	Zunahme in %
Vereinigte Staaten . .	2 604,4	26 512,4	910,3
Deutschland	954,6	13 698,6*)	1 335,0
Grossbritannien . .	2 403,2	6 106,8	154,1
Frankreich	427,6	3 390,3	692,9
Russland	241,8	2 350,0	871,2
Belgien	164,0	1 449,5	783,6

Die Entwicklung des Kohlenbergbaus und der Eisengewinnung ist hier in grossen Zügen als Grundlage für die Gesamtentwicklung der deutschen Industrie gezeichnet worden. Ein genaueres Eingehen auf die einzelnen Industriezweige und die Entwicklung ihrer Produktion verbietet sich von selbst, teils in Rücksicht auf den hier zur Verfügung stehenden Raum, teils mangels genügender statistischer Grundlagen. Um aber wenigstens einen allgemeinen Ueberblick über die Gestaltung der einzelnen Industriezweige zu geben, sei nebenstehend zusammengestellt, wie sich in den einzelnen Gewerbegruppen die Ziffern der beschäftigten Personen und der verwendeten Dampfmaschinen-Pferdestärken entwickelt haben:

Das Baugewerbe, das für den gewaltigen Zuwachs unserer Bevölkerung die Wohnungen und für die gewaltige Ausdehnung der Gesamtindustrie die Fabrikräume zu schaffen hatte, steht mit einer Zunahme der beschäftigten Personen von 533 000 auf 1 576 000 an der Spitze. Mit grossen absoluten und relativen Steigerungen treten weiter die Maschinenindustrie, die Metallverarbeitung, das Bergbau- und Hüttenwesen, die Industrien der Erden und Steine, sowie der Holz- und Schnitzstoffe hervor; diese Industrien zeigen gleichzeitig auch eine erhebliche Steigerung in der Verwendung maschineller Kraft. Eine sehr stattliche absolute Zu-

*) Im Jahre 1911 betrug die Stahlproduktion 15 019 300 t.

	Beschäftigte Personen				Dampfmaschinen PS.			Kilowatt 1907
	1882	1895	1907	Zunahme 1882-1907 o/o	1895	1907	Zunahme 1895-1907 o/o	
Bergbau-, Hütten- u. Sa- linenwesen (1882 ein- schl. Eisendrahtzieher)	430 134	536 289	879 600	104,5	995 069	2 332 968	134,5	422 782,3
Industr. d. Steine u. Erden	349 196	558 286	747 057	111,1	197 796	503 682	154,7	88 570,3
Metallverarbeitung . .	459 713	639 755	905 868	97,1	142 141	443 224	211,8	128 909,9
Maschinen-Industrie . .	356 089	582 672	1 171 783	229,1	184 821	1 215 512	557,7	225 026,7
Chemische Industrie . .	71 777	115 231	167 670	133,6	83 587	192 905	118,9	42 288,6
Industrie d. Leuchtstoffe								
Seifen, Fette, Öle . .								
Textilindustrie	42 705	57 909	95 957	124,7	29 942	77 265	158,1	13 368,5
Papierindustrie	910 089	993 257	1 094 955	20,3	515 583	886 373	71,7	75 126,3
Lederindustrie	100 156	152 909	225 046	124,7	201 422	412 908	104,9	54 966,5
Industrie der Holz- und	121 532	160 343	206 313	69,8	32 377	85 304	163,5	19 302,1
Schnitzstoffe	469 695	598 496	736 424	56,8	203 235	346 024	70,3	56 325,9
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel . .	743 881	1 021 490	1 260 580	69,5	686 263	1 185 819	72,8	152 763,8
Bekleidungs- u. Reinigung	1 259 791	1 390 604	1 562 382	24,0	19 235	54 852	185,2	18 999,8
Baugewerbe	533 511	1 045 516	1 576 804	195,6	46 274	189 117	308,7	21 497,3
Polygraphische und künstlerische Gewerbe	85 394	147 746	243 262	184,9	18 793	35 974	91,4	40 950,1

Helfferrich: Deutschlands Volkswohlstand.

5

nahme der beschäftigten Personen zeigt auch die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel. Relativ stark, aber in den absoluten Zahlen kleiner, ist die Entwicklung bei der chemischen Industrie, dem polygraphischen und künstlerischen Gewerbe und der Papierindustrie, der Industrie der Leuchtstoffe etc. und der Lederindustrie. Verhältnismässig am wenigsten gewachsen ist die immerhin sehr stattliche und ansehnliche Textilindustrie und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe.

Ein ähnliches Bild geben die Zahlen der Ausfuhr unserer verschiedenen Industrieerzeugnisse.

An der Spitze der Ausfuhrwaren stehen heute (im Jahre 1912) die Maschinen mit einem Ausfuhrwert von 630,3 Millionen Mark, gegen 52,8 Millionen Mark im Jahre 1887. Die verschiedenen groben und feinen Eisenwaren stellen heute einen Ausfuhrwert von 580,9 Millionen Mark dar, gegen 96 Millionen Mark im Jahre 1887. Stab- und Winkel-eisen, Platten und Bleche, Luppeneisen, Eisenbahnschienen, Träger, Eisendraht usw. geben in ihrer Gesamtheit das gleiche Bild. An Personen-Motorwagen wurde ein Wert von 65,1 Millionen Mark ausgeführt, eine Ausfuhr, die vor 25 Jahren überhaupt noch nicht bestand. Bei den Steinkohlen beläuft sich der Ausfuhrwert heute auf 436,6 Millionen Mark, gegen 79,9 Millionen Mark im Jahre 1887, beim Koks auf 126,4 Millionen Mark, gegen 9,4 Millionen Mark. Der Ausfuhrwert von Anilin- und anderen Teerfarbstoffen stellt sich heute auf 133,8 Millionen Mark, gegen 42,5 Millionen Mark im Jahre 1887, von künstlichem Indigo auf 45,2 Millionen Mark, gegen 6,3 Millionen Mark. Aber auch die Ausfuhr der Halbfabrikate und Fabrikate der Textilindustrie ist zum Teil in den letzten 25 Jahren erheblich gestiegen, so

Baumwollwaren von 67,3 Mill. M. auf 421,6 Mill. M.

Wollwaren . . . 177,6 " " " 253,4 " "

Seidenwaren . . . 16,1 " " " 190,9 " "

Wollgarn . . . von 34,0 Mill. M. auf 84,2 Mill. M.

Baumwollgarn . „ 17,7 „ „ „ 64,1 „ „

Diese Ziffern zeigen, dass die Textilindustrie — ähnlich wie die Landwirtschaft — es verstanden hat, trotz der Stetigkeit der Anzahl der in ihr beschäftigten Personen ihre Produktion stark zu erhöhen.

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, dass die Steigerung unserer industriellen Produktionskraft sich in der Zunahme unserer Ausfuhr erschöpfe. Nicht nur allgemeine Wahrnehmungen, sondern auch ins Einzelne gehende wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der innere Markt für unsere Industrieerzeugnisse sich noch in stärkerem Masse entwickelt hat, als unser auswärtiger Absatz. Man wird eher zu niedrig als zu hoch greifen, wenn man für das letzte Vierteljahrhundert eine Verdreifachung der industriellen Leistung der deutschen Volkswirtschaft veranschlagt.

2. Der Verkehr.

Leider ist es nicht möglich, die Entwicklung des inneren Absatzes in ähnlich präziser Weise statistisch zu erfassen, wie den Aussenhandel. Aber immerhin liegt genügendes Material in Ziffern des Verkehrs vor, das zuverlässige Rückschlüsse gestattet.

Da ist zunächst die Vermehrung der im Handel und Verkehr erwerbstätigen Personen, die von 1 570 000 im Jahre 1882 auf 3 477 600 im Jahre 1907 zugenommen haben, also verhältnismässig stärker als selbst die industrielle Bevölkerung gewachsen sind. Das den Eigentumswechsel vermittelnde Handelsgewerbe und das die örtlichen Verschiebungen der Güter besorgende Transportgewerbe verdienen ebenso sehr die Bezeichnung „produktiv“, wie die der Urproduktion und dem stoffveredelnden Gewerbe angehörigen Berufe. Ihre Arbeit ist zwar nicht auf

die Veränderung der Substanz der Güter gerichtet, aber sie dient ebenso wie eine solche Tätigkeit der Werterhöhung der Güter, indem sie diese dorthin leitet, wo sie — sei es zur Fortführung des Produktionsprozesses, sei es für den Konsum — eine erhöhte Brauchbarkeit besitzen. Je mehr die berufliche Arbeitsteilung fortschreitet und über je grössere Gebiete sich die ineinandergreifenden wirtschaftlichen Beziehungen spannen, desto stärker die Bedeutung des Handels und Transportgewerbes.

Die Steigerung des Verkehrs in seiner Gesamtheit lässt sich nicht in einheitliche Ziffern fassen. Man ist auch hier darauf angewiesen, aus gewissen statistisch erfassbaren Entwicklungen Rückschlüsse zu ziehen.

Da jeder Handelsverkehr, der über die ersten Anfänge hinausreicht, auf dem Nachrichtenwesen beruht, ist die Entwicklung des letzteren ein Massstab für die steigende Anspannung des ersteren.

Postverkehr im Reichsgebiet.

(Reichspostgebiet, Kgl. Bayrisches Postgebiet, Kgl. Württembergisches Postgebiet.)

	Mittlere Einwohner- zahl	Anzahl der Post- anstalten	Eingegangene Brief- sendungen (Millionen Stück)	Eingegangene Pakete ohne Wertangabe (Millionen Stück)	Eingegangene Briefe Pakete etc. mit Wertangabe (Millionen Stück)	Eingegangene Post- anweisungen (Millionen Mark)
1887	47540000	19 476	1303,4	93,7	11,3	3947,5
1911	65390000	40 987	5994,3	271,3	11,8	9302,1*)
Zunahme%	37,5	110,4	359,9	189,5	4,4	135,6

*) Die höchste Ziffer wurde im Jahre 1908 mit 12 766,3 Millionen Mark erreicht; seither ist der Postanweisungsverkehr infolge der Einführung des Postscheckverkehrs naturgemäss zurückgegangen.

Telegraphen- und Fernsprechverkehr im Reichsgebiet.

	Anzahl der Telegraphenanstalten	Telegraphennetz Länge der Linien (in 1000 km)	Telegraphennetz Länge der Drähte (in 1000 km)	Eingegangene Telegramme (1000 Stück)	Zahl der Orte mit Fernsprechanstalten	Länge der Fernsprechnetze (1000 km)	Länge der Fernsprechnetze (1000 km)	Zahl der von den Fern- sprechstellen vermittelten Gespräche (in Millionen)
1887	14 565	89,1	317,1	17 860	188*)	6,7*)	56,4*)	155,6*)
1911	46 444	228,6	1907,2	49 643	37 970	117,6	5022,8	2074
Zunahme in %	218,9	156,6	501,5	178,0	—	—	—	—

Die Einnahmen der Postverwaltungen aus Porto- und Telegraphengebühren betrugen im Jahre 1911 rund 784 Millionen Mark, gegen 190 Millionen Mark im Jahre 1887.

Der beste Einblick in die Entwicklung der umgesetzten Werte lässt sich auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens gewinnen, denn in unserer Wirtschaftsordnung tritt die eine Seite der Umsätze stets als Geldsumme in Erscheinung.

Da ein grosser Teil der geschäftlichen Transaktionen im Wege des Wechselverkehrs beglichen wird, geben die Zahlen des Wechselumlaufs einen wichtigen Anhalt. Der Betrag der in Deutschland in Umlauf gesetzten Wechsel berechnet sich für 1887 auf rund 12 Milliarden, für 1912 auf 34 Milliarden Mark.

*) Ende 1888.

Noch viel stärker haben die Umsätze im bankmässigen Zahlungsverkehr (Giro- und Scheckverkehr) zugenommen. Die Umsätze im Giroverkehr der Reichsbank sind innerhalb der 25 Jahre von 58,8 auf 371,2 Milliarden Mark gestiegen. Die Gesamtumsätze der Reichsbank sind von 79,8 auf 414,0 Milliarden Mark, diejenigen des grössten privaten Bankinstituts, der Deutschen Bank, von 18,1 auf 132,2 Milliarden Mark angewachsen.

Was die umgesetzten Massen anlangt, so ergibt die Statistik unserer Verkehrseinrichtungen ein reiches Material.

Das deutsche Eisenbahnnetz ist, um dem gewaltig steigenden Personen- und Güterverkehr genügen zu können, im Laufe der letzten 25 Jahre erheblich weiter ausgebaut worden; seine Leistungen haben sich vervielfacht.

Vollspurige Eisenbahnen in Deutschland.

	1885	1911	Zunahme %
Bahnlänge km	37 190	59 763	60,7
Anlagekapital (Mill. Mark) . .	9 722	17 833	83,4
Beamte und Arbeiter	333 439	713 187	113,9
Lokomotiven und Triebwagen .	12 450	28 088	125,6
Personenwagen	22 735	59 857	163,3
Gepäck- und Güterwagen . . .	250 640	596 763	138,1
Betriebseinnahmen (Mill. Mark) .	997	3 271	218,0
Beförderte Tonnen-km (in Mill.)	16 600	61 870	272,7
„ Personen-km (in Mill.)	7 932	37 855	377,1

Wie sehr Deutschland auch im Ausbau des Eisenbahnnetzes seine westlichen Nachbarn übertroffen hat, ergibt sich aus der folgenden Aufstellung:

Entwicklung der Eisenbahnen.

	Länge der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen in Kilometern		Zunahme in %	Bahnlänge in Kilometern auf			
	1890	1911		100 qkm Fläche	10 000 Einwohner	1890	1911
Deutschland . . .	42 869	61 936	42,6	7,9	11,4	8,7	9,5
England	32 297	37 649	16,4	10,3	12,0	8,5	8,3
Frankreich	36 895	50 232	33,9	7,0	9,3	9,6	12,8
Vereinigte Staaten .	268 409	396 860	44,6	3,0	4,3	42,7	43,1

	Anlagekapital in Millionen Mark		Geleistete Personenkilometer Anzahl in Millionen		Geleistete Tonnenkilometer Anzahl in Millionen		Gesamteinnahme in Millionen Mark	
	1895	1910	1895	1910	1895	1910	1895	1910
Deutschland	11 407	18 664	14 344,1	37 613,7	25 486,4	53 803,8	1 513,9	3 092,3
England	20 022	26 370	—	—	—	—	1 730,2	2 485,5
Frankreich	12 471	15 099	10 671,0	20 976,8	12 914,1	27 733,0	1 003,7	1 813,7
Vereinigt. Staaten	46 595	77 352	19 940,4	54 846,0	139 379,6	425 076,7	5 217,1	13 211,5

Neben den Eisenbahnen haben unter der Regierung und aus der eigensten Anregung unseres Kaisers die Binnenwasserstrassen, die berufen sind, unser Eisenbahnnetz zu ergänzen und von der Ueberfülle der Massengüter zu entlasten, eine ganz besondere Förderung erfahren. Im Jahre 1910 wurden auf den deutschen Binnenwasserstrassen Güter im Gewicht von 91 Millionen t befördert. Der Bestand der deutschen Binnenschiffe hat sich von 20390 Stück im Jahre 1887 auf 26235 Stück im Jahre 1907 gehoben; aber gleichzeitig ist die Tragfähigkeit dieser Fahrzeuge erheblich mehr gesteigert worden: im Jahre 1887 hatten 19 989 Schiffe, für die Nachweise vorliegen, eine Tragfähigkeit von 2,1 Millionen t, im Jahre 1907 dagegen hatten 26 191 Schiffe eine Tragfähigkeit von 5,9 Millionen t.*)

Würdig zur Seite steht die Entwicklung des durch die Eisenbahnen und die Binnenschifffahrt vermittelten Inlandsverkehrs die Entwicklung des Verkehrs mit dem Auslande.

Ueber den Warenumsatz mit dem Auslande wurden in anderem Zusammenhang bereits einige Ziffern gegeben. In seiner Gesamtheit hat sich der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets in den Jahren von 1887 bis 1912, wie nebenstehende Tabelle I zeigt, entwickelt.

Der Gesamtumsatz in Einfuhr und Ausfuhr ist innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts von 6246 Millionen Mark auf 19 648 Millionen Mark, wenn man den Edelmetallverkehr mit einrechnet, von 6379 Millionen Mark auf 20 117 Millionen Mark gestiegen.

Auch hier sei das Bild durch die Vergleichung mit den ersten Welthandelsländern ergänzt (siehe nebenstehende Tabelle II).

*) Die Ergebnisse der Erhebungen vom Jahre 1912 liegen noch nicht vor.

I. Deutschlands Aussenhandel.

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1887	%	1912	%	1887	%
in Millionen Mark						
Rohstoffe für Industriezwecke (einschl. halbfertige Waren) .	1310,3	42,1	5882,6	55,0	585,2	18,7
Fertige Waren	833,0	26,8	1608,2	15,0	2051,8	65,4
Nahrungs- und Genussmittel .	965,7	31,1	2944,6	27,6	499,9	15,9
Vieh			256,0	2,4		
Im Ganzen	3109,0	100,0	10691,4	100,0	3136,9	100,0
Dazu Edelmetalle	77,4		325,7		56,1	142,7

II. Aussenhandel verschiedener Länder (in Millionen Mark).*)

Länder	Einfuhr			Ausfuhr			Gesamthandel		
	1887	1912	Zu- nahme %	1887	1912	Zu- nahme %	1887	1912	Zu- nahme %
Deutsches Zollgebiet	3109,0	10691,4	243,8	3136,9	8956,8	185,4	6245,9	19648,2	214,7
Grossbritannien u. Irland	6187,8	12914,4	108,7	4533,7	9943,7	119,3	10721,5	22858,1	113,1
Vereinigte Staaten .	2870,4	6800,9	136,9	2952,7	9115,3	208,6	5823,1	15916,2	173,3
Frankreich	3261,1	6360,7	95,0	2629,7	5309,1	101,8	5890,8	11669,8	98,1

*) z. T. vorläufige Zahlen.

Der deutsche Aussenhandel ist also stärker gewachsen als derjenige der anderen Länder, sogar der Vereinigten Staaten von Amerika; er ist auf etwas mehr als das Dreifache gestiegen, der amerikanische nur auf das Zweidreiviertelfache, der englische auf etwas mehr als das Doppelte, der französische nicht ganz auf das Doppelte. Während der deutsche Aussenhandel im Jahre 1887 den französischen gerade erst um eine geringe Summe überholt hatte, ist er heute um weit mehr als die Hälfte grösser; während er nicht viel mehr als halb so gross war wie der englische, stellt er heute 85 % des englischen Aussenhandels dar.

Die gewaltige Entwicklung ist nichts anderes, als der Ausdruck und infolgedessen gleichzeitig auch ein Gradmesser für die ausserordentliche Entfaltung unserer industriellen Produktionskraft. Während die Landwirtschaft auf Grund der natürlichen Begrenztheit ihrer Produktionsbedingungen bei Anspannung aller Kräfte nicht einmal ganz mit dem steigenden Nahrungsbedarf der stark wachsenden Bevölkerung Schritt halten konnte, hat es die deutsche Industrie vermocht, ihre Produktion weit über den sich erheblich ausdehnenden Bedarf des Inlandes hinaus zu steigern. Sie hat es verstanden, für ihre Mehrerzeugung durch Güte und Billigkeit ihrer Produkte in wachsendem Masse sich die ausländischen Absatzmärkte zu öffnen und dadurch die Mittel für die Bezahlung unserer mit Bevölkerung und Industrie wachsenden Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen herbeizuschaffen.

Der Warenaustausch mit dem Ausland wird ganz vorwiegend durch die Seeschifffahrt vermittelt.

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Kauffahrteiflotte ergibt sich aus den folgenden Ziffern:

**Bestand der deutschen Seeschiffe
(Kauffahrteischiffe).**

	1. Januar 1888			1. Januar 1913		
	Zahl	Raumgehalt Netto- Registertons	Be- satzung	Zahl	Raumgehalt Netto- Registertons	Be- satzung
Segelschiffe .	3034	758 359	21 053	2420	396 904	12 980
Seeleichter .	60	11 459	167	332	101 324	1 053
Dampfschiffe	717	470 364	15 856	2098	2 655 496	63 713
Zusammen	3811	1 240 182	37 076	4850	3 153 724	77 746

Bei einer Steigerung der Schiffseinheiten um etwa ein Viertel hat sich also der Raumgehalt der deutschen Handelsflotte auf das Zweieinhalbfache erhöht, und ihre Besatzung hat sich mehr als verdoppelt. Dabei ist die Leistungsfähigkeit qualitativ dadurch stark gewachsen, dass die Segelschiffe mehr und mehr durch Dampfschiffe ersetzt wurden: Im Jahre 1913 war der Raumgehalt der Dampfschiffe sechsmal so gross wie im Jahre 1888; und während damals der Raumgehalt der Dampfschiffe nur etwa $\frac{3}{5}$ so gross war, wie derjenige der Segelschiffe, ist er heute fast siebenmal so gross.

Von den Dampfschiffen der deutschen Handelsflotte, deren Raumgehalt in Bruttoregistertons am 1. Januar 1913 rund 4,4 Millionen betrug, kam etwa ein Viertel auf Schiffe, die weniger als 5 Jahre alt waren, und mehr als die Hälfte auf Schiffe im Alter von weniger als 10 Jahren.

Der Seeverkehr in den deutschen Häfen hat sich wie folgt entwickelt:

		Beladene Kauffahrteischiffe			
		angekommen		abgegangen	
		Zahl	Registertons	Zahl	Registertons
aus und nach deutschen Häfen	1887	29 359	1 675 498	28 564	1 661 471
	1911	56 554	5 397 913	55 795	5 495 791
aus und nach ausserdeutschen europäischen Häfen	1887	18 891	5 917 242	14 995	4 467 353
	1911	41 443	15 330 757	23 441	8 975 655
aus und nach aussereuropäi- schen Häfen	1887	1 874	2 248 187	1 517	1 837 702
	1911	2 857	8 339 385	2 055	6 629 735
im Ganzen	1887	50 124	9 840 927	45 076	7 966 526
	1911	100 854	29 068 055	81 291	21 101 181

Diese Ziffern bestätigen das Bild, das sich aus der Statistik unseres Aussenhandels ergibt.

Auch hier sei die deutsche Entwicklung derjenigen der wichtigsten mit uns in Wettbewerb stehenden Länder gegenübergestellt (siehe nebenstehende Tabelle).

In bezug auf den Rauminhalt der Seeschiffe im Ganzen hält Deutschland — allerdings in gewaltigem Abstand nach England und mit einem immer noch ansehnlichen Abstand nach den Vereinigten Staaten — den dritten Platz. In bezug auf die Dampfschiffe allein ist Deutschland mit einem kleinen Vorsprung über die Vereinigten Staaten an die zweite Stelle gerückt.

Bestand der Handelsmarinen.

	Segelschiffe		Dampfschiffe		Zusammen	
	Zahl	1000 Registertons	Zahl	1000 Registertons	Zahl	1000 Registertons
Deutschland	1885	3 438	664	420,6	4 102	1 275,5
	1911	2 723	2 009	2 513,7	4 732	3 023,7
Grossbritannien und Irland	1885	17 018	6 644	3 973,0	23 662	7 430,0
	1911	8 714	12 205	10 711,4	20 919	11 683,2
Vereinigte Staaten	1885	18 564	5 399	1 494,0	23 963	4 265,0
	1912	10 969	10 309	2 470,6*)	21 278	4 618,3*)
Norwegen	1890	6 760	672	203,0	7 432	1 706,0
	1910	1 205	1 842	895,9	3 047	1 526,2
Frankreich	1885	15 266	937	492,0	16 203	1 492,0
	1911	15 949	1 780	838,1	17 729	1 462,6

*) brutto Tons.

Die Aufstellung sei ergänzt durch einige Angaben über den Seeverkehr der wichtigsten Welthäfen. Die Zahl der abgegangenen Dampfschiffe zeigt die folgende Aufstellung:

	1911	
	Gesamt- verkehr (in 1000 Netto-Registertons)	darunter Auslands- verkehr
Hamburg	13 177	11 993
London	19 516	11 172
Liverpool	14 563	10 445
Antwerpen*)	—	13 326
Rotterdam	—	10 599
Marseille	9 660	8 619
Genua	7 433	5 922
Triest	4 246	2 713
New York (1911/12) . .	—	13 549

Hamburg wird also, soweit der Auslandsverkehr in Betracht kommt, nur von dem grossenteils durch den deutschen Export- und Importverkehr unterstützten Hafen von Antwerpen*) und von New York übertroffen.

So hat sich Deutschland, trotz der geringen Ausdehnung und der im Verhältnis zu anderen Ländern weniger günstigen Gestaltung seiner Seeküsten, eine herrschende Stellung auf den Weltmeeren erobert, durch zähe Tatkraft und unablässige Arbeit. Die natürlichen Verhältnisse, die vor 400 Jahren nach der Entdeckung der neuen Welt und des Seewegs nach Indien den Welthandel von

*) Die Feststellung der Tonnage erfolgt in Antwerpen nach einem etwas anderen System als in Hamburg. Bei Berücksichtigung der sich hieraus ergebenden Korrektur würden sich die Antwerpener Ziffern eher niedriger stellen als die Hamburger.

Deutschland weg in andere Bahnen gelenkt haben, sind dieselben geblieben. Aber von innen heraus hat sich die Umwandlung vollzogen, die uns eine alle früheren Begriffe unendlich übersteigende Stellung im Welthandel geschaffen hat. Früher kam die Befruchtung des Verkehrs von aussen, von den wirklichen und vermeintlichen Reichtümern der überseeischen Gebiete; und so ging uns der Platz im Weltverkehr verloren, als diese Reichtümer auf neuen Strassen anderen Ländern zuflossen. Heute tragen wir die Kraft, auf der unser Welthandel beruht, in uns selbst; unser Aussenhandel und unsere Seeschifffahrt ist aufgebaut auf der sicheren Grundlage unserer heimischen Arbeit und der durch diese so gewaltig gesteigerten Produktionskraft unserer heimischen Volkswirtschaft. Wie mit unserer Produktionskraft Handel und Verkehr gewachsen sind, so hat die Entwicklung von Handel und Verkehr anregend und fördernd auf unsere heimische Produktionskraft zurückgewirkt. In diesem Sinne hat das vor zwei Jahrzehnten gesprochene Kaiserwort: „Die Welt steht unter dem Zeichen des Verkehrs“ für kein Land mehr, als für unser Vaterland, seine Geltung erwiesen.

Aber so fest begründet unser Welthandel in unserer heimischen Arbeit ist, so wichtig und notwendig hat es sich gezeigt, ihm auch jenseits der deutschen Grenzpfähle dauernde und fest verankerte Stützen zu schaffen. Die Beschränktheit des deutschen Territoriums und die Einseitigkeiten der klimatischen Bedingungen Deutschlands, verbunden mit der Zunahme unserer Bevölkerung und ihren wachsenden und sich verfeinernden Bedürfnissen, nötigen uns zu der gewaltigen Einfuhr von Rohstoffen, Nahrungs- und Genussmitteln, die wir mit unserer Arbeit und namentlich durch den Export von Industrieerzeugnissen bezahlen müssen. Hiermit ist die Aufgabe gegeben, sowohl den Bezug der

benötigten Rohprodukte vom Auslande, wie auch den Absatz unserer Industrieerzeugnisse im Auslande nach Möglichkeit sicherzustellen.

Die Aufgabe liegt zum Teil auf dem Felde der staatlichen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Handelspolitik.

Das Problem ist, die Erhaltung und Förderung der heimischen produktiven Kräfte mit der Erlangung möglichst günstiger und beständiger Bedingungen für den auswärtigen Handel, insbesondere für den Absatz unserer Fabrikate und den Bezug der unentbehrlichen Rohprodukte, zu vereinigen.

Die Lösung des Problems ist der deutschen Handelspolitik unter der Regierung unseres Kaisers in befriedigender Weise gelungen. Dies kann ohne die Gefahr ernstlichen Widerspruchs festgestellt werden, so sehr auch gerade in den handelspolitischen Fragen die Meinungen der Interessenten und Parteien auseinanderzugehen pflegen. Die Landwirtschaft und diejenigen Teile der Industrie, die zur Entwicklung ihrer produktiven Kräfte eines Schutzes vor der auswärtigen Konkurrenz bedürfen, haben diesen Schutz in weitgehendem Masse erhalten und sich unter diesem Schutze kräftig entwickelt. Daneben ist es durch das System der langfristigen Handelsverträge gelungen, der exportierenden deutschen Industrie die auswärtigen Märkte, der deutschen Schifffahrt die auswärtigen Häfen offen zu halten und dem deutschen Kaufmann günstige Bedingungen für Niederlassung und Betrieb von Gewerbe und Handel zu gewährleisten.

Der Weg zu diesem Ziel führte nicht nur durch äusserst schwierige Verhandlungen mit den fremden Staaten, sondern auch durch schwere Kämpfe im Innern, bei denen die Leidenschaften von rechts und links oft heftig aufflammten. Es ist ein bleibendes Verdienst unseres Kaisers, der gleich in den ersten Jahren seiner Regierung vor diese wichtigen und durch starke Interessengegensätze verwirrten Fragen

gestellt wurde, dass er von Anfang an das Ziel klar ins Auge gefasst und an dem eingenommenen Standpunkt mit ruhiger Sicherheit festgehalten hat.

Aber mit der vertragsmässigen Sicherung unseres Handels und unserer Schifffahrt durften und dürfen wir uns nicht begnügen. Die Abhängigkeit vom Ausland, die den grossen Vorteilen unseres Hineinwachsens in die Weltwirtschaft gegenübersteht, braucht eine Verstärkung der Gegengewichte. Eine solche kann geschaffen werden dadurch, dass heimischer Unternehmungsgeist und heimisches Kapital sich jenseits der Landesgrenzen ein Feld der Betätigung begründen und dadurch einen unmittelbaren Einfluss auf die für unseren Bezug und Absatz wichtigen ausländischen Gebiete gewinnen. Das geschieht in durchgreifender Weise durch die Erwerbung überseeischen Kolonialbesitzes; denn hier wird der wirtschaftliche Einfluss durch die politische Herrschaft in der denkbar wirksamsten Weise gesichert und verstärkt. Soweit aber dieser Weg beschränkt oder gesperrt ist — und Deutschland hat leider, als es nach der Wiederherstellung der politischen Einheit die Blicke über See richtete, die koloniale Welt zum grössten Teil bereits vergeben gefunden —, muss das Ziel auf dem Wege weit-ausschauender finanzieller und wirtschaftlicher Betätigung verfolgt werden.

Die Politik kolonialer Erwerbungen war um die Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in bescheidenem Rahmen, aber in einer für die spätere Entwicklung massgebenden Weise eingeleitet worden. Bis zum Regierungsantritt unseres Kaisers bestanden die Ergebnisse lediglich in der Festsetzung einiger weniger kaufmännischer Unternehmungen und in der Hissung der deutschen Flagge an einzelnen bisher herrenlosen Plätzen der afrikanischen Küste und der Südsee. Die von diesen Stützpunkten aus-

gehende territoriale Ausgestaltung des deutschen Kolonialreichs und seine Erweiterung durch wichtige Neuerwerbungen, die geographische Erforschung, die militärische Unterwerfung und die allmähliche Einbeziehung in eine geordnete Verwaltung, die wirtschaftliche Erschliessung und die kulturelle Bearbeitung — alle diese Leistungen fallen in die Regierungszeit unseres Kaisers, zum grössten Teil in die letzten 10 bis 15 Jahre. Die Leistungen sind nicht gering. Zu den natürlichen Schwierigkeiten der Gebiete, die wir uns noch in letzter Stunde sichern konnten, gesellte sich der Widerstand der Eingeborenen; die furchtbaren Opfer an Blut und die grossen Geldaufwendungen, die die Niederwerfung des südwestafrikanischen Aufstandes forderte, sind in aller Erinnerung. Zu den Schwierigkeiten draussen traten hinzu die Schwierigkeiten in der Heimat: mangelndes Verständnis, Kleinmut und Zweifelsucht, daraus hervorgehend mangelnde Opferwilligkeit und mangelnder Wagemut; schliesslich mangelnde Erfahrung, mangelnde Organisation und mangelnde Tradition, mit dem notwendigen Ergebnis wirtschaftlicher und administrativer Fehlschläge.

Heute sind diese Anfangsschwierigkeiten im wesentlichen überwunden.

Das deutsche Kolonialreich umfasst jetzt einen Flächeninhalt von 2900000 qkm, es ist also etwa fünfmal so gross wie das Deutsche Reich. Die eingeborene Bevölkerung ist auf mehr als 11 Millionen zu veranschlagen; die weisse Bevölkerung übersteigt 27000, während sie noch vor 10 Jahren nicht ganz 10000 betragen hatte. An Eisenbahnen waren Ende 1912 in den afrikanischen Kolonien 3867 km im Betrieb und 696 km im Bau. Der Gesamthandel der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee (Einfuhr und Ausfuhr) hatte im Jahre 1898 erst 46,6 Millionen Mark betragen, im Jahre 1912 stellte er sich auf 263 Millionen Mark; er

hat sich also in einem Zeitraum von 14 Jahren mehr als verfünffacht. Daneben hat sich der Handel von Kiautschou von 34,5 Millionen Mark im Jahre 1902 auf 260 Millionen Mark im Jahre 1912 gehoben. Der direkte Handel Deutschlands mit seinen Kolonien, der 1896 erst 11 Millionen Mark betrug, beläuft sich heute auf beträchtlich mehr als 100 Millionen Mark.

Trotzdem steht die Entwicklung des deutschen Kolonialreichs auch heute noch in ihren Anfängen. Die Zukunft wird die vielversprechenden Ansätze in der Schaffung eines kolonialen Absatzmarktes für unsere Industrieprodukte und in den für die Erzeugung unserer heimischen Volkswirtschaft wichtigen Kulturen — erwähnt sei vor allem die Baumwollkultur — zu einer für unsere Weltstellung ins Gewicht fallenden Entwicklung zu bringen haben.

Die Betätigung in den deutschen Kolonien ist nur ein Ausschnitt aus der Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes im Auslande und namentlich über See. Das Leitwort des deutschen Kaufmanns ist: „Mein Feld ist die Welt.“ Längst bevor das Deutsche Reich an die Erwerbung kolonialen Besitzes heranging, ja lange vor der Gründung des Reichs selbst, waren deutsche Kaufleute in allen wichtigen Handelsplätzen der europäischen und aussereuropäischen Welt zu finden. Viele haben leider ihre Nationalität verloren, viele andere aber haben ihr deutsches Wesen und ihre Beziehungen zur Heimat gewahrt und gepflegt und bilden einen wertvollen Teil des grösseren Deutschland. Ihre kaufmännischen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen sind, wenn auch in fremder Erde wurzelnd, ein wichtiger Rückhalt für Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. Dies gilt in ganz besonderem Masse von den Kulturwerken allergrössten Stils, die deutscher Unternehmungsgeist und deutsches Kapital in aussereuropäischen Gebieten im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffen

haben: von den grossen Elektrizitätsunternehmungen, Bewässerungsanlagen und vor allem von den Eisenbahnen, die — wie die Bagdadbahn und die Schantungbahn — weite Gebiete unter deutscher Führung neu erschliessen und sie ebenso zu Bezugsquellen für unseren Einfuhrbedarf wie zu Absatzmärkten für unsere Ausfuhr entwickeln. Der Kaiser hat diesen grossen Unternehmungen stets sein besonderes Wohlwollen und seine besondere Förderung gewährt.

Der gewaltige Aufbau ineinandergreifender und sich gegenseitig tragender wirtschaftlicher Betätigung im In- und Auslande steht nur so lange auf sicherem Grund, als er gegen jeden Gewaltstreich geschützt ist. Im friedlichen Wettbewerb weiss sich die deutsche Volkswirtschaft stark genug, um ihren Platz zu behaupten und auszubauen. Aber die Versuchung, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf von der Ueberlegenheit der politischen und militärischen Machtmittel Gebrauch zu machen, war zu allen Zeiten für den Stärkeren gegenüber dem Schwächeren sehr gross. Die zahlreichen Handelskriege der Weltgeschichte geben hiervon Zeugnis. Alle Fortschritte der Kultur und Gesittung im Völkerleben dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass jedes allzustarke Auseinandergehen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Stärke und der politischen Machtmittel die Tendenz einer gewaltsamen Entladung und Ausgleichung schafft. In dieser Erkenntnis musste Deutschland, das durch seine geographische Lage und seine geschichtlichen Erfahrungen sich genötigt sieht, ein allen Möglichkeiten gewachsenes Landheer zu halten, sich dazu entschliessen, seine immer grösser und wichtiger werdenden überseeischen Wirtschaftsbeziehungen durch eine Flotte zu schützen, die stark genug ist, um für jeden Gegner die Versuchung, unseren wirtschaftlichen Wettbewerb durch Gewaltmittel zu Boden zu schlagen, im Keime zu ersticken. In diesem Sinne ist unsere

Kriegsflotte, die eigenste Schöpfung unseres Kaisers, der Schlussstein in dem gewaltigen System, dem die ausserordentliche Entwicklung des deutschen Volkswohlstandes zu danken ist und auf dem heute die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes beruht.

3. Der Konsum.

Der Endzweck allen wirtschaftlichen Schaffens ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Menschheit. Die intensivere und rationellere Arbeit, der ganze gewaltige Apparat von Technik und Organisation, die sowohl die Produktion als den Verkehr in den letzten 25 Jahren in so viel stärkerem Masse in die Höhe getrieben haben, als dem blossen Wachstum der Bevölkerung entspricht, müssen ihr Gegenbild in einem stärkeren Verbrauch, in einer gehobenen Lebenshaltung finden, wenn anders nicht über all dem Schaffen und Wirken das eigentliche Ziel verloren gegangen sein soll.

Aber wenn auch der Endzweck die quantitative und qualitative Steigerung in der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse ist, so ist doch damit keineswegs gesagt, dass die Vermehrung des Ergebnisses der wirtschaftlichen Arbeit in vollem Umfang in einer entsprechenden Steigerung des Konsums ihren Ausdruck finden muss. Die Gesamtheit steht in diesem Punkte nicht anders als der Einzelne: neben dem Verbrauch steht die Ersparnis. Ein grosser Teil des Ergebnisses der wirtschaftlichen Arbeit des Volkes dient seiner Natur nach von vornherein nicht dem unmittelbaren Verbrauch in der Bedürfnisbefriedigung, sondern der Steigerung unserer Produktionskraft, die indirekt späterhin dem Konsum zugute kommt. Alles, was Deutschland an landwirtschaftlichen Meliorationen, einschliesslich der Verbesserung und Vermehrung des Viehbestandes, an Fabriken, Magazinen und Arbeitsstätten jeder Art, an Eisenbahnen, Schiffen, Häfen und

sonstigen Verkehrsmitteln und Verkehrseinrichtungen, an öffentlichen Gebäuden, an ausländischen Wertpapieren und anderen produktiven Vermögensobjekten reicher ist, als vor 25 Jahren, stellt denjenigen Teil des Arbeitsergebnisses der deutschen Volkswirtschaft dar, der nicht für den unmittelbaren Konsum Verwendung gefunden hat. Die Summen, die hier in Betracht kommen, sind — wie der blosse Augenschein lehrt — ungeheuer; eine ziffernmässige Veranschlagung soll weiter unten, bei der Behandlung der Frage der Zunahme des Nationalvermögens, versucht werden.

An dieser Stelle soll die Entwicklung des Verbrauchs einiger wichtiger Massengüter, für die ausreichendes statistisches Material vorliegt, dargestellt werden. Dabei scheiden die Verbrauchsberechnungen solcher Artikel aus, die ihrer Natur nach entweder überhaupt nicht, oder doch nur zu einem geringen Teil für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung, vielmehr ausschliesslich oder hauptsächlich in der weiteren Produktion Verwendung finden, wie Metalle und Brennstoffe.

Wir beginnen mit dem Brotgetreide (Weizen und Roggen), das zwar nicht ausschliesslich, aber doch ganz vorwiegend unmittelbar als menschliche Nahrung Verwendung findet.

Es betrug der Verbrauch Deutschlands an

Im Durchschnitt der Jahrfünfte	Roggen		Weizen und Spelz		Zusammen	
	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg
1886/90	5 519	114,5	3 063	63,6	8 582	178,1
1907/11	9 180	143,1	5 685	88,6	14 865	231,7
Zunahme in %	66,3	24,9	85,6	39,3	73,2	30,1

Die Zunahme ist also beträchtlich, und sie bleibt auch dann noch ansehnlich, wenn man berücksichtigt, dass vor 1893 die Erntestatistik nach einem weniger genauen System arbeitete und infolgedessen etwa 15 % der Ernte nicht erfasste. Die Ergebnisse lassen auf eine wesentlich bessere Ernährung der Bevölkerung schliessen. Die Zunahme des Verbrauchs pro Kopf der Bevölkerung ist grösser als in den anderen Ländern, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

Verbrauch an Weizen und Roggen pro Kopf der Bevölkerung (in Kilogramm).

	Deutsches Reich	Oesterreich-Ungarn	Grossbritannien u Irland	Frankreich	Italien	Vereinigte Staaten
1886/90	178,1	152,6	163,9	251,8	122,8	117,2
1902/06	247,6	174,0	166,2	241,6	145,0	143,5
Zunahme in %	39,0	16,3	1,4	— 4,2	18,0	28,3

Deutschland hat also heute auf den Kopf der Bevölkerung den stärksten Konsum an Brotgetreide, während früher Frankreich den ersten Platz einnahm.

Die Entwicklung des deutschen Verbrauchs an Gerste, Hafer und Kartoffeln ergibt sich aus folgender Uebersicht:

	Gerste		Hafer		Kartoffeln	
	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg	im Ganzen 1000 t	pro Kopf kg
1886/90	2 369	53,3	4 142	85,9	18567	385,2
1907/12	5 836	90,8	7 708	120,2	36990	577,2
Zunahme in %	146,3	70,4	86,1	39,9	99,2	49,8

Auch bei diesen Produkten schliessen die Vergleiche mit den anderen Ländern fast ausnahmslos zugunsten Deutschlands ab.

Ganz besondere Schwierigkeiten bietet die Feststellung des Fleischkonsums. Für Deutschland gibt es einigermaßen brauchbare Grundlagen für eine statistische Berechnung erst seit 1904; für Grossbritannien und Irland liegt seit längerer Zeit genaueres Material vor, für die meisten anderen Länder fehlen genügende Anhaltspunkte. Für Deutschland ergibt die amtliche Statistik der gewerblichen Schlachtungen für 1912 zusammen mit den amtlichen Erhebungen über die Hausschlachtungen aus den Jahren 1911 und 1912 folgendes Bild der Fleischproduktion:

Geschlachtet wurden	Gewerbliche Schlachtungen im Jahre 1912 in 1000 Stck.	Hausschlachtungen v. 1. 12. 11 bis 30.11.12 in 1000 Stck.	Zusammen in 1000 Stck.	Angenommenes Schlachtgewicht in kg	Fleischproduktion	
					im Ganzen in 1000 t	auf d. Kopf der Bevölkerung in kg
Ochsen u. Bullen .	944,9	159,9	—	320	934,21*)	14,13
Kühe . .	1 727,6		—	240		
Jungrinder	961,5		—	185		
Kälber . .	4 360,3	—	4 360,3	40	174,41	2,64
Schafe . .	2 263,4	509,8	2 773,2	22	61,01	0,92
Schweine .	18 196,3	5 780,9	23 977,2	85	2 038,06	30,83
Pferde . .	179,0	—	179,0	235	42,07	0,63
Ziegen . .	467,9	722,5	1 190,4	16	19,05	0,29

zus.: 49,44

*) Das Gewicht der hausgeschlachteten Rinder ist auf Grund des Durchschnittsgewichts der gewerblich geschlachteten Ochsen und Bullen, Kühe und Jungrinder mit 246 kg angenommen.

Zuzüglich der Mehreinfuhr von frischem Fleisch, zubereitetem Fleisch, Schmalz und schmalzartigen Fetten — nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes für 1912 2,5 kg auf den Kopf der Bevölkerung — würde also der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf der Reichsbevölkerung 51,9 kg betragen.

In Grossbritannien und Irland ist folgender Fleischverbrauch ermittelt worden:

**Konsum von Fleisch in Grossbritannien und Irland
pro Kopf der Bevölkerung (in kg).**

	Rind- fleisch	Kalb- fleisch	Hammel- fleisch	Schweine- fleisch	zusammen
1890	21,2	0,9	8,1	15,3	45,5
1904	24,6	1,0	9,9	17,1	52,6

Der deutsche Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung war also im Jahre 1912 ungefähr ebenso hoch wie derjenige Englands im Jahre 1904; der englische Fleischkonsum gilt als der stärkste von allen europäischen Ländern.

Keine wesentliche Vermehrung im Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung ist festzustellen bei den alkoholischen Getränken. Der Branntweinkonsum hat von 1887/88 bis 1911/12 von 4,4 auf 5,3 Liter zugenommen, der Bierkonsum von 98 Liter auf 99 im Jahre 1910/11 und auf 106 in dem durch seinen heissen Sommer ungewöhnlichen Jahre 1911/12.

Durchaus gleich geblieben ist auch der Verbrauch von Tabak, der im Durchschnitt der Jahre 1907/11 pro Kopf der Reichsbevölkerung 1,5 kg betragen hat, genau ebensoviel wie im Durchschnitt des Jahrzehnts 1886/90.

Auch der Verbrauch von Speisesalz hat sich nur innerhalb ganz enger Grenzen bewegt; er schwankt zwischen 7,5 und 8 kg pro Jahr und Kopf.

Anders steht es mit dem Zuckerkonsum. Nach den amtlichen Feststellungen betrug der Konsum von Verbrauchszucker

im Jahresdurchschnitt:

1887/88 398000 t = 8,4 kg auf den Kopf der Bevölkerung

1901/02 669000 t = 11,6 kg „ „ „ „ „

1910/11 1242000 t = 19,0 kg „ „ „ „ „ *)

Trotz dieser beträchtlichen Steigerung und trotzdem Deutschland heute das erste Zuckerproduktionsland ist bleibt der deutsche Zuckerkonsum auch jetzt noch erheblich hinter demjenigen Englands und der Vereinigten Staaten zurück, während er allerdings den Verbrauch Frankreichs nahezu geschlagen hat.

Rohzuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung
(in kg).

	Deutsches Reich	Oesterreich-Ungarn	Grossbritannien und Irland	Frankreich	Russland	Vereinigte Staaten
1885/86	6,8	5,1	31,9	11,8	3,7	22,4
1910/11	19,0	13,0	41,1	19,3	10,1	35,9

Bei den Kolonialwaren und Südfrüchten ist fast durchweg eine ansehnliche Verbrauchssteigerung zu verzeichnen.

	Kaffee		Kakaobohnen		Tee		Reis	
	im Ganzen t	pro Kopf kg	im Ganzen t	pro Kopf kg	im Ganzen t	pro Kopf kg	im Ganzen t	pro Kopf kg
1886 90	114263	2,38	4954	0,16	1912	0,04	84375	1,76
1912	168158	2,53	53601	0,81	4126	0,06	161072	2,43

*) 1911/12 1 112 000 t = 16,9 kg auf den Kopf der Bevölkerung
Vergl. hierzu die Anmerkung auf Seite 57.

Eine erhebliche Verbrauchssteigerung liegt ferner vor bei dem wichtigsten Rohstoff für die Bekleidung, der Baumwolle. Im Durchschnitt der Jahre 1886/90 betrug der Verbrauch Deutschlands an Baumwolle 201000 t = 4,19 kg pro Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1912 dagegen 501660 t = 7,56 kg pro Kopf.

Alle diese Angaben sind Durchschnittszahlen. Es ist aber klar, dass sie den Ausdruck von Massenerscheinungen bilden, der von Verschiebungen, die nur einen kleinen Ausschnitt der Bevölkerung betreffen, nicht wesentlich beeinflusst sein kann. Die Tatsache, dass in den letzten 25 Jahren eine starke quantitative und qualitative Verbesserung in der Ernährung und — wie der erheblich gestiegene Baumwollverbrauch zeigt — auch in der Bekleidung der grossen Massen der Bevölkerung eingetreten ist, steht mithin ausser Zweifel.

DRITTER ABSCHNITT.

Volkseinkommen und Volksvermögen.

Soweit in der bisherigen Darstellung bestimmte Ziffern gegeben wurden, bezogen sie sich auf die Entwicklung einzelner Zweige der nationalen Produktion, auf die Zunahme des Verkehrs und der Transportleistungen, auf die Gestaltung des Verbrauchs einzelner wichtiger Artikel.

So gut wie ausnahmslos lassen diese Zahlen einen gewaltigen Aufschwung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen; sie vereinigen sich zu einem lebensvollen und hocheufreulichen Bilde gesunder, vorwärtsdrängender Volkskraft und Volkseutwicklung.

Das Bedürfnis, die vielgestaltigen Züge dieses Bildes in einem einheitlichen Gesamtausdruck zusammenzufassen, ist begreiflich. Wir sind gewohnt, in den wirtschaftlichen Einzelunternehmungen das Soll und das Haben, die Zugänge und die Abgänge zu grossen Schlusssummen zu vereinigen und aus diesen in einer einheitlichen Zahl das Fazit des Vermögensbestandes und des geschäftlichen Erfolges oder Misserfolges zu ziehen. Sollte die gleiche Methode nicht auch auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft anwendbar sein?

An Versuchen nach dieser Richtung hat es nicht gefehlt. Aber keiner hat bisher zu einem befriedigenden und unbezweifelbaren Ergebnis geführt. Denn es fehlt, trotz der grossen Fortschritte der wirtschaftlichen Statistik, an den Voraussetzungen für die Aufmachung einer korrekten und vollständigen Bilanz: an der genauen Inventaraufnahme und an der die Gesamtheit der Volkswirtschaft umfassenden

Buchführung. Die Folge ist, dass an die Stelle der exakten zahlenmässigen Feststellung in grossem Umfang die Schätzung treten muss, an die Stelle der genauen Wertermittlung die aus mehr oder weniger unsicheren Anhaltspunkten abgeleitete Berechnung; dass grosse Lücken durch einen Griff aufs Geratewohl ausgefüllt werden müssen, und dass wir in den Endergebnissen nur Annäherungswerte erzielen, deren Fehlergrenzen recht weit gezogen werden müssen. Und doch lohnt der Versuch der Mühe, wenigstens zu einer ungefähren Vorstellung des Gesamtumfanges unseres Volkswohlstandes und seiner Entwicklung zu kommen. Denn die einheitliche Zahl gibt, auch wenn sie innerhalb eines weiten Spielraums gerundet ist, wenigstens für den Vergleich mit dem, was früher war oder was anderwärts ist, ein sinnfälligeres Bild, als eine lange Kette noch so exakter Einzelangaben.

1. Das deutsche Volkseinkommen.

Eine verhältnismässig zuverlässige Grundlage bilden die Ergebnisse der Einkommensteuern. Allerdings sind diese in den einzelnen Bundesstaaten nach verschiedenen Systemen durchgeführt, so dass die Ergebnisse nicht ohne weiteres miteinander verglichen oder zur Erzielung eines Gesamtergebnisses einfach zusammengerechnet werden können. In einzelnen Bundesstaaten fehlt es überhaupt an einer Besteuerung, die einen bestimmten Rückschluss auf das Einkommen zulässt. Ueberall ist schliesslich der Vorbehalt zu machen, dass auch die strengsten Vorschriften eine korrekte und vollständige Steuererklärung nicht unbedingt sichern können, dass vielmehr nicht unerhebliche Teile des Volkseinkommens sich der Erfassung durch die Steuer entziehen, ganz abgesehen davon, dass die Steuerfreiheit eines Mindesteinkommens überall einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausserhalb jeder Veranlagung lässt.

Glücklicherweise besteht in dem grössten Bundesstaat, dessen Bevölkerung nahezu drei Fünftel der Reichsbevölkerung ausmacht, seit zwei Jahrzehnten ein Einkommensteuer- und Veranlagungssystem, das einigermaßen zuverlässige Folgerungen auf die Einkommenshöhe und ihre Entwicklung zulässt.

In der hier gegebenen Uebersicht (S. 96/97) sind die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer in Preussen in einigen Punkten durch Schätzungen ergänzt. Einmal hinsichtlich der von dem Einkommensteuergesetz aus besonderen Gründen freigestellten Zensiten mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mark, deren durchschnittliches Einkommen mit 1500 Mark eingesetzt ist, dann hinsichtlich der steuerfreien Personen mit einem Einkommen bis zu 900 Mark, deren durchschnittliches Einkommen mit 750 Mark angenommen ist. Das Einkommen der juristischen Personen ist, da es in der Hauptsache in dem Einkommen der einzelnen an ihnen beteiligten physischen Personen wiederkehrt, nicht in Ansatz gebracht.

Um sofort ein Bild nicht nur des gegenwärtigen Standes, sondern auch der Entwicklung zu geben, sind den Ergebnissen des Jahres 1912 diejenigen von 1896, 1901, 1906 und 1911 zur Seite gestellt. Weiter als 1896 zurückzugehen, ist nicht zweckmässig, da das im Jahre 1892 zum ersten Male in Anwendung gebrachte System einige Zeit brauchte, bis sich die Praxis der Veranlagung hinreichend gefestigt hatte.

Das Gesamtergebnis der Veranlagung für 1912 ist ein Einkommen der steuerpflichtigen Zensiten von 15 240 Millionen Mark, gegen 14 487 Millionen Mark, die in der Veranlagung für 1911 ermittelt wurden. Nimmt man für 1912 das Einkommen der steuerbefreiten Zensiten und der steuerfreien Personen (Ziffer 3 und 4 der Tabelle auf Seite 96 und 97) mit rund 7070 Millionen Mark an, gegen 7142 Millionen Mark im Jahre 1911, so stellt sich das Ge-

samteinkommen der physischen Personen in Preussen auf rund 22 310 Millionen Mark.

Um aus den Zahlen dieser Zusammenstellung zu einer möglichsten Annäherung an das tatsächliche Einkommen zu gelangen, erscheinen folgende Zuschläge erforderlich:

Für das an sich steuerpflichtige, durch die Veranlagung aber nicht erfasste Einkommen ist ein nicht unerheblicher Zuschlag zu machen, der vorwiegend auf etwa 10% geschätzt wird. Für 1912 würde sich also das veranlagte Einkommen von zusammen 15 240 Millionen Mark um etwa 1524 Millionen Mark erhöhen.

Weiter muss aber auch ein Teil des Einkommens der nichtphysischen Personen berücksichtigt werden; denn nur die ausgeschütteten Dividenden kehren in den Einzeleinkommen der physischen Personen wieder, nicht aber die recht erheblichen Teile der erzielten Geschäftsgewinne, die in der Form von offenen und stillen Reserven jeder Art den Gesellschaften verbleiben. Da keine solid geleitete Gesellschaft sich mit der gesetzlich vorgeschriebenen Reservestellung auch nur annähernd begnügt, so scheint die Anrechnung eines Viertels des veranlagten Einkommens der juristischen Personen nicht zu hoch. Das gibt für 1912 bei einem veranlagten Einkommen der juristischen Personen von 890 Millionen Mark einen weiteren Zuschlag von rund 220 Millionen Mark.

Für Preussen allein lässt sich also unter Berücksichtigung dieser Zuschläge das Gesamteinkommen der Privaten auf rund 24 Milliarden Mark beziffern. Bei einer Bevölkerung von etwas über 40 Millionen Einwohnern ist das ein durchschnittliches Einkommen von nahezu 600 Mark pro Kopf. Eine Durchprüfung der Ergebnisse der Veranlagung in den übrigen Staaten mit einem geeigneten Einkommensteuersystem ergibt, dass dieser Durchschnittssatz für das ganze Reichsgebiet ein ungefähr zutreffendes Mittel bilden

Einkommen der physischen Personen in Preussen.

Darstellungsgegenstände	In den Jahren				
	1896	1901	1906	1911	1912
1. Gesamteinkommen der Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark	3371813202	4709360988	5621232580	7491937371	?
Hievon ab die gesetzlich gestatteten Abzüge	482498767	661203935	840544486	1083123199	?
Bleibt steuerpflichtiges Einkommen dieser Zensiten	2889314435	4048157053	4780688094	6408814172	6656200000
2. Steuerpflichtiges Einkommen der Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 900 bis 3000 M., berechnet aus dem arithmetischen Mittel der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge	3196738200	4327900725	5551113675	8078444550	8583570000

3. Einkommen der nach §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Gesetzes freigestellten Zensiten bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Mindesteinkommens von 1500 Mark insgesamt*) . .	308713500	428730000	509683500	953611500	952786000
4. Einkommen der steuerfreien Einzelsteuernden und Haushaltungsvorstände bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Mindesteinkommens von 750 Mark*)	6460495500	6542760910	6626449500	6188780250	6119193000
5. Einkommen der physischen Personen überhaupt	12855261635	15347548688	17467934769	21629650472	22311749000

*) Es sei bemerkt, dass in der Denkschrift zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen, Berlin 1908, Band III, Materialien zur Beurteilung der Volkswohlandsentwicklung Deutschlands im letzten Menschenalter, S. 14, die durchschnittlichen Mindesteinkommen zu Ziffer 3 und 4 mit 900 Mark und 450 Mark angenommen sind.

dürfte. In Sachsen liegt der Durchschnitt eher etwas höher, in Württemberg und Baden etwas niedriger, in den Hansestädten, wo der Durchschnitt nahe an 1000 Mark herankommt, beträchtlich höher, in den verhältnismässig armen Thüringischen Staaten beträchtlich niedriger.

Der preussische Durchschnitt ergibt in seiner Anwendung auf das Reich mit seiner Einwohnerzahl von etwa 66 Millionen eine Summe der privaten Einkommen von 39 bis 40 Milliarden Mark. Den privaten Einkommen hinzuzuschlagen sind aber die Einnahmen der Kommunalverbände, der Bundesstaaten und des Reichs, soweit diese nicht bereits in dem steuerpflichtigen Einkommen der Privaten enthalten sind. Hierher gehören insbesondere die Einnahmen aus öffentlichen Betrieben, natürlich abzüglich der persönlichen und sächlichen Ausgaben; ferner diejenigen Steuern, die zwar in gewisser Beziehung aus dem Einkommen der Privaten entnommen werden, bei der Steuerdeklaration aber von dem steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden können, wie z. B. die sämtlichen Ertragssteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer etc.); schliesslich auch alle Verkehrssteuern (Umsatzstempel etc.), deren Betrag überhaupt nicht erst in das Einkommen der Privaten eintritt. Dagegen gehören nicht hierher diejenigen direkten Steuern, deren Betrag vom steuerpflichtigen Einkommen nicht abgesetzt werden darf, wie z. B. die preussische Einkommens- und Vermögenssteuer; der Betrag dieser Steuern ist in dem deklarierten Einkommen der Privaten bereits enthalten. Das gleiche gilt von den Verbrauchsabgaben und Zöllen, die von den Privaten in Gestalt höherer Preise für die Bedarfsgegenstände aus ihrem Einkommen, wie es zu deklarieren ist, gezahlt werden.

Eine exakte Berechnung des ganzen Teils des Einkommens der öffentlichen Körperschaften, der nicht in dem

zu deklarierenden Einkommen der Privaten bereits enthalten ist, würde ein genaues Durcharbeiten des Etats des Reichs, der Bundesstaaten und der sämtlichen kommunalen Körperschaften zur Voraussetzung haben. Wir begnügen uns hier mit einer runden Schätzung, die freilich um einige hundert Millionen zu hoch oder zu niedrig greifen mag, und beziffern diesen Teil der öffentlichen Einnahmen, der zu dem Einkommen der Privaten — 39 bis 40 Milliarden Mark — hinzukommt, auf etwa $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark.

Das jährliche Gesamteinkommen Deutschlands würde sich hiernach gegenwärtig auf etwa 42 Milliarden Mark beziffern (ca 640 Mark pro Kopf).

Für 1896 würde sich auf derselben Grundlage ein Gesamteinkommen von etwa 23 Milliarden Mark (= ca. 440 Mark auf den Kopf) ergeben.

In den letzten 16 Jahren würde hiernach die Steigerung des Gesamteinkommens rund 80%, die Steigerung des durchschnittlichen Einkommens pro Kopf der Bevölkerung rund 45% betragen haben. Wie mässig die hier aufgemachte Berechnung ist, ergibt der Vergleich mit anderen Schätzungen. So hat Schmoller das Volkseinkommen Deutschlands für das Jahr 1895 auf 25 Milliarden Mark (statt der sich nach der oben befolgten Methode für 1896 ergebenden 23 Milliarden Mark) errechnet. Für 1911 würde das auf Grundlage des oben festgestellten Zuwachses rund 45 Milliarden Mark ergeben.

Mit der Schätzung Steinmann-Buchers, der im Jahre 1908 den Betrag von 35 Milliarden Mark als „die untere Grenze einer Wahrscheinlichkeitsrechnung“ bezeichnete, steht die hier gegebene Veranschlagung in ungefährer Uebereinstimmung.

Für das Ausland liegen nur spärliche Berechnungen vor, die eine Gegenüberstellung mit Deutschland ermöglichen.

Das französische Volkseinkommen ist vor einer Anzahl von Jahren von Leroy-Beaulieu auf 25 Milliarden Francs = 20 Milliarden Mark geschätzt worden; da zu jener Zeit das deutsche Volkseinkommen bereits auf etwa 35 Milliarden Mark zu veranschlagen war, würde also Frankreich an Volkseinkommen beträchtlich hinter Deutschland zurückstehen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, ist der Unterschied natürlich geringer. Wenn man das Jahr 1908 als massgebend annimmt, würde damals das durchschnittliche Einkommen pro Kopf in Deutschland etwa 555, in Frankreich etwa 514 Mark betragen haben. Das Ergebnis, das angesichts der verbreiteten Vorstellung von dem Reichtum Frankreichs überraschend sein mag, hat bei näherer Betrachtung nichts Unwahrscheinliches. Soweit eine französische Ueberlegenheit an Kapitalbesitz pro Kopf der Bevölkerung vorhanden sein mag, wird dieser Unterschied zweifellos stark überwogen durch die ganz bedeutend stärkere Intensität, mit der in Deutschland gearbeitet wird. Frankreich ist das Land der Rente, Deutschland das Land der Arbeit.

Das englische Volkseinkommen hat, gleichfalls vor einigen Jahren, Chiozza Money auf 1710 Millionen Lstl. = 35 Milliarden Mark geschätzt, also genau auf den Betrag, auf welchen sich nach unseren Annahmen damals das deutsche Volkseinkommen stellte. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, ergibt diese Summe für England ein Einkommen von 815 Mark, gegen gleichzeitig 555 Mark in Deutschland.

Von ganz besonderem Interesse ist die Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Einkommensstufen und die Entwicklung dieser Verteilung.

Ueber die sich für Preussen aus der Veranlagung ergebende Verteilung gibt die nachstehende Uebersicht Aufschluss:

	1896	1901	1906	1911	1912
Seelenzahl nach der Personenstandsaufnahme (1000 Personen)					
Zahl der einkommensteuerfreien physischen Per- sonen (Einkommen bis zu 900 M.)	31 349	34 056	36 839	39 773	40 237
mit Angehörigen (1000 Personen)	21 066	20 590	20 297	16 383	16 005
ohne Angehörige	8 614	8 724	8 835	8 253	8 159
Zahl der einkommensteuerpflichtigen physischen Personen (Einkommen über 900 M.)					
mit Angehörigen (1000 Personen)	10 283	13 466	16 533	23 390	24 232
ohne Angehörige	2 859	3 933	5 013	7 192	7 542
Physische Zensiten mit Einkommen von 900—3000 M. (1000 Personen) . .	2 321	3 211	4 146	5 806	6 123
(Einkommen in Millionen M.)	3 197	4 328	5 551	8 078	8 584
von 3000—6000 M. (1000 Personen) .	215	281	343	522	548
(Einkommen in Millionen M.)	874	1 136	1 385	2 044	2 144
von 6000—9500 M. (1000 Personen) .	57,5	75,2	89,4	106,3	111,5
(Einkommen in Millionen M.)	427	559	664	792	832
von 9500—30000 M. (1000 Personen) .	47,3	63,9	74,8	93,7	99
(Einkommen in Millionen M.)	727	990	1 156	1 449	1 534
von 30000—100000 M. (1000 Personen)	9,3	13,4	15,8	19,4	21
(Einkommen in Millionen M.)	462	670	784	972	1 052
von mehr als 100000 M. (1000 Pers.) .	1,7	2,8	3,2	4,1	4,5
(Einkommen in Millionen M.)	399	694	792	1 018	1 094

Diese Tabelle ergibt für die Zeit von 1896 bis 1912 folgende Veränderungen:

1. Die Zahl der Zensiten mit einem Einkommen bis zu 900 Mark ist von 8 614 000 auf 8 159 000 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der steuerpflichtigen Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 900 Mark von 2 859 000 auf 7 542 000 gestiegen. Die Zahl der steuerfreien Zensiten mit Angehörigen ist von 21 066 000 auf 16 005 000 zurückgegangen; dagegen ist die Zahl der steuerpflichtigen Zensiten mit Angehörigen von 10 283 000 auf 24 232 000 gewachsen. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat also in diesen 15 Jahren die Einkommenshöhe von 900 Mark überschritten. Während 1896 noch mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, weil hinter dem steuerpflichtigen Mindesteinkommen zurückbleibend, steuerfrei war, beträgt der Satz der aus diesem Grunde steuerfreien Personen 1912 nicht mehr ganz zwei Fünftel.

2. Abgesehen von den Einkommen über 100 000 Mark, für die besondere Verhältnisse obwalten, haben die Anzahl der Steuerpflichtigen und das Gesamteinkommen in den Einkommensstufen von 900 bis 3000 Mark und von 3000 bis 6000 Mark die stärkste Erhöhung — auf etwa das $2\frac{1}{2}$ -fache — erfahren. In diesen beiden Stufen zusammen beträgt die Einkommenssteigerung seit 1896 rund 6,8 Milliarden Mark bei einer Steigerung der steuerpflichtigen Einkommen von insgesamt 9 Milliarden Mark.

3. Etwas geringer ist die Steigerung der Zensiten und der Einkommen in der Stufe von 6000—9500 Mark; immerhin haben sich auch hier die Zahl der Zensiten und die Einkommenssumme fast verdoppelt (genaue Zunahme 94% bei den Zensiten, 95% bei der Einkommenssumme).

4. In den folgenden Stufen von 9500 bis 100 000 Mark stellt sich die Zunahme auf etwas über 100%.

5. Eine prozentual ungefähr ebenso grosse Zunahme von Zinsen und Einkommen, wie in den Stufen von 900 bis 6000 Mark, liegt vor bei den Einkommen über 100000 Mark, nämlich eine Vermehrung um ungefähr das Andert-halb-fache. Diese starke Zunahme ist jedoch nicht ohne weiteres mit derjenigen der übrigen Stufen vergleichbar. Denn während dort bei einer allgemeinen Steigerung der Einkommensverhältnisse den aus den nächsttieferen Einkommensstufen kommenden Zugängen die Abgaben an die nächsthöheren Stufen gegenüberstehen, kommen solche Abgaben für die höchste Einkommensstufe naturgemäss nicht in Betracht.

Das Gesamtergebnis ist also eine allgemeine Verschiebung der Einkommen nach oben, und zwar in besonderer Stärke aus der Klasse der Steuerfreien in die Einkommensstufen von 900 bis 6000 Mark. Die oft behauptete „plutokratische Entwicklung“ besteht also nicht.

Dass die bedeutende Einkommenszunahme gerade in den unteren Steuerstufen nicht etwa nur eine scheinbare, auf einer schärferen Veranlagung beruhende ist, sondern eine reale Tatsache, dafür ist vor allem die Entwicklung der Lohnverhältnisse ein Beweis.

Als Beispiel seien die Löhne der Bergarbeiter im Kohlenbergbau herausgegriffen. Es betrugen die durchschnittlichen Nettolöhne sämtlicher Kohlenbergarbeiter pro Jahr

im Jahre	Im Oberbergamtsbezirk	
	Dortmund	Oberschlesien
1888 . . .	863 Mark	516 Mark
1912 . . .	1586 „	1053 „

Dabei ist zu berücksichtigen, dass von diesen Löhnen die sämtlichen Beiträge zu den verschiedenen Zweigen der

Arbeiterversicherung, die innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts stark gewachsen sind, bereits abgerechnet sind. Die durchschnittlichen Ausgaben für die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung stellten sich im Ruhrbergbau im Jahre 1912 auf 204 Mark pro Kopf.

Die Steigerung des Lohneinkommens in Deutschland wird noch deutlicher durch einen Vergleich mit England.

Der durchschnittliche Jahresverdienst des Kohlenbergarbeiters betrug im Jahre 1900 in England 1732 Mark, im deutschen Ruhrgebiet 1332 Mark; im Jahre 1912 dagegen in England 1622 Mark, im Ruhrgebiet 1586 Mark. Dabei sind die deutschen Löhne Nettolöhne, während der britische Bergarbeiter aus seinem Lohn noch alle Beiträge für die verschiedenen Versicherungen zu tragen hat, mit Ausnahme von 20 Mark pro Kopf, die dem Unternehmer im Jahre als durchschnittlicher Beitrag zur Unfallversicherung zur Last fielen. Rechnet man für 1912 dem durchschnittlichen Lohn des englischen Kohlenbergarbeiters diese 20 Mark, demjenigen des deutschen die oben angegebenen 204 Mark an Versicherungsbeiträgen hinzu, so ergibt sich für England ein Durchschnittslohn von 1642 Mark, für das deutsche Ruhrgebiet von 1790 Mark. Die Differenz zugunsten des deutschen Arbeiters betrug also 1912 etwa 148 Mark, während sie sich noch für 1900, gleichfalls unter Berücksichtigung der damaligen Versicherungsbeiträge, auf etwa 278 Mark zugunsten des englischen Arbeiters gestellt hatte.

Diese Entwicklung beschränkt sich natürlich nicht auf den Kohlenbergbau, sondern kehrt in ähnlicher, wenn auch nicht überall in gleich ausgeprägter Weise, in den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft wieder.

Wenn nun das gegenwärtige Jahreseinkommen des deutschen Volkes auf die Summe von 40 Milliarden Mark

geschätzt wird, so bedeutet diese Zahl natürlich nur den Bruttoertrag der deutschen Volkswirtschaft. Der grösste Teil dieses Bruttoertrages wird im Laufe des Jahres verbraucht, vorwiegend durch Verzehr in den privaten Haushaltungen, daneben aber auch durch die nicht unbeträchtlichen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften. Für die letzteren ist es möglich, aus den Haushaltsübersichten des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunen ein zutreffendes Bild zu gewinnen; nicht dagegen für den privaten Verbrauch. Deshalb ist man für die Ermittlung des jährlichen Ueberschusses des Ertrags der Volkswirtschaft über den Verzehr auf die indirekte Methode der Berechnung des jährlichen Zuwachses des Volksvermögens angewiesen.

2. Das deutsche Volksvermögen.

Die Schwierigkeiten, die einer einigermaßen genauen Berechnung des Volksvermögens entgegenstehen, sind noch erheblich grösser als diejenigen, die bei der Veranschlagung des jährlichen Volkseinkommens zu überwinden sind.

Allerdings besteht in einigen Bundesstaaten, vor allem in Preussen, neben der Einkommensteuer auch eine Vermögenssteuer. Aber das Veranlagungsverfahren bleibt an Genauigkeit wesentlich hinter dem Verfahren bei der Einkommensteuer zurück; so fehlt vor allem meist die Deklarationspflicht. Bei einer auf die Ergebnisse der Veranlagung zur Vermögenssteuer aufgebauten Schätzung des Volksvermögens muss man sich deshalb darüber klar sein, dass die Fehlergrenzen recht weit sind. Immerhin liegt hier die Möglichkeit einer gewissen Gegenprobe vor in den statistischen Ziffern der gegen Feuer versicherten beweglichen und unbeweglichen Werte.

Die Veranlagung zur Ergänzungssteuer in Preussen ergibt folgendes Bild:

Steuerpflichtiges Vermögen				Zuwachs	
				im Ganzen	pro Jahr
im Jahre 1896	63578	Mill. M.		Mill. M.	Mill. M.
" " 1899	70042	" "		6464 " "	2155 " "
" " 1902	75651	" "		5609 " "	1536 " "
" " 1905	82410	" "		6759 " "	2253 " "
" " 1908	91653	" "		9243 " "	3081 " "
" " 1911	104057	" "		12404 " "	4468 " "

Im Jahre 1911 wurde also das steuerpflichtige Vermögen in Preussen mit rund 104 Milliarden Mark festgestellt.

Zu dieser Summe müssen, ebenso wie bei dem veranlagten Einkommen, gewisse Zuschläge gemacht werden.

1. Zunächst ein Zuschlag für an sich steuerpflichtiges Vermögen, das durch die Veranlagung nicht erfasst wird. Wenn hierfür ein Satz von 20% gegen 10% beim Einkommen genommen wird, so wird dieser um so weniger als zu hoch erscheinen können, als bei der Ergänzungssteuer eine Deklarationspflicht nicht vorliegt und der land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundbesitz, der — im Gegensatz zu den anderen Vermögensobjekten — nicht nach dem gemeinen Wert, sondern auf Grundlage des Reinertrages einzuschätzen ist, in der Veranlagung mit Beträgen erscheint, die im Ganzen hinter dem gemeinen Wert zweifellos zurückbleiben.

2. Weiter ist ein Zuschlag erforderlich für die gesetzlich steuerfreien Privatvermögen. Frei von der Ergänzungssteuer sind alle Vermögen unter 6000 und diejenigen von 6000 bis 20000 Mark, wenn ihr Besitzer weniger als 900 Mark Jahreseinkommen hat.

An Zensiten mit weniger als 6000 Mark Vermögen wurden für 1911 rund 5,4 Millionen festgestellt, an Zensiten mit steuerfreiem Vermögen von 6000 bis 20000 Mark 240000.

Wenn man für die erste Gruppe ein durchschnittliches Vermögen von nur 2500 Mark, für letztere ein solches von nur 8000 Mark annimmt, so ergibt sich ein Zuschlag von 15,5 Milliarden Mark.

3. Nicht ergänzungssteuerpflichtig sind weiter Möbel, Hausrat und andere bewegliche Sachen, die nicht Zubehör von Kapitalanlagen und Erwerbseinrichtungen sind, also auch Kleider, Schmucksachen, Kunstgegenstände etc. Der hierfür zu machende Ansatz dürfte mit 10% des veranlagten Vermögens, einschliesslich der unter 1 und 2 gemachten Zuschläge, als mit rund 15 Milliarden = 375 Mark auf den Kopf der preussischen Bevölkerung, sicher nicht zu hoch veranschlagt sein.

Das veranlagte Vermögen und die einzelnen Zuschläge ergeben zusammen einen Betrag von 155 Milliarden Mark. Eine Aufrundung nach oben um einen nicht geringen Betrag ist angesichts des nicht unter die Ergänzungssteuer fallenden Vermögens der juristischen Personen, das nicht in voller Ausdehnung in dem Vermögen der an ihm beteiligten Privatpersonen zum Ausdruck kommt, ohne weiteres statthaft, so dass die Summe der Privatvermögen in Preussen sich auf 160 Milliarden Mark stellen würde. Dies ergibt als durchschnittliches Privatvermögen pro Kopf der Bevölkerung einen Satz von 4000 Mark. In der Anwendung auf die Reichsbevölkerung würde das ein privates Volksvermögen von rund 260 Milliarden Mark ergeben.

Dazu kommt nun aber das grosse Vermögen der öffentlichen Körperschaften.

Allein das in den staatlichen Eisenbahnen investierte Kapital beträgt buchmässig mehr als 17 Milliarden Mark. Der Buchwert bleibt jedoch nicht unerheblich sowohl hinter dem tatsächlich investierten Kapital, als auch hinter dem

tatsächlichen Jetzwerte zurück. Der preussische Finanzminister von Rheinbaben hat vor einigen Jahren den wirklichen Wert der preussisch-hessischen Eisenbahnen auf 19 Milliarden Mark beziffert. Ein Ansatz von 20 bis 25 Milliarden Mark für die gesamten deutschen Staatsbahnen ist also sehr mässig.

Ein weiterer Betrag ist anzusetzen für das werbende Staats- und Kommunalvermögen ohne Eisenbahnen: Domänen und Forsten, Bergwerksbesitz, Hafenanlagen, Kanäle und Flussregulierungen, die Anlagen der Post- und Telegraphenverwaltungen, das Vermögen der Reichsbank, der Staatsbanken und der Privatnotenbanken, die kommunalen Strassenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Schlachthäuser und Viehhöfe, weiterhin das Vermögen der öffentlichen Versicherungsanstalten, das nach dem Stande von 1911 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark betrug; schliesslich die nichtwerbenden Vermögensobjekte, wie Schulen, die Gebäude und der sonstige Besitz der religiösen Gemeinschaften, Museen und Sammlungen, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude, öffentliche Parks und Anlagen und nicht zuletzt das gesamte Inventar des Heeres und der Flotte. Ein Betrag von weiteren 25 bis 30 Milliarden Mark für die Gesamtheit dieser Vermögensobjekte stellt eine Mindestschätzung dar.

Insgesamt würden also die Aktiven des Reichs, der Bundesstaaten und der kommunalen Körperschaften einen Wert von rund 50 Milliarden darstellen. Diesen Aktiven stehen etwa 25 Milliarden öffentliche Schulden gegenüber, so dass ein Aktivsaldo von 25 Milliarden Mark verbleibt.

Zu dem privaten Vermögen von 260 Milliarden Mark würde also ein öffentliches Vermögen von etwa 25 Milliarden Mark hinzutreten, so dass sich das deutsche Volksvermögen insgesamt auf 285 Milliarden Mark berechnet.

Die auf den Ziffern der Feuerversicherung beruhende Gegenprobe ergibt, dass diese Schätzung eher als zu niedrig anzusehen ist. Die Feuerversicherung von Immobilien und Mobilien in Deutschland zeigt folgende Entwicklung:

Versicherte Werte (in Millionen Mark).

	bei öffent- lichen Anstalten	bei Aktien- Gesell- schaften	bei Gegen- seitigkeits- vereinen	zusammen	Zunahme	
					im Ganzen	pro Jahr
1896	42 900	63 040	11 360	117 300	—	—
1902	54 065	80 657	12 290	148 012	30 712	5119
1905	61 160	93 245	14 585	168 990	20 978	6993
1908	69 479	108 813	16 070	194 361	25 371	8457
1911	79 368	123 623	18 007	220 998	26 637	8879

Die Zahlen enthalten auch das ausländische Geschäft der deutschen Versicherungsgesellschaften, das für die letzten Jahre auf etwa 20 Milliarden Mark Versicherungswert zu taxieren ist. Dagegen enthalten sie nicht die deutschen Versicherungen ausländischer Gesellschaften, deren Umfang nicht festzustellen ist. Jedenfalls ist für 1911 der Wert der in Deutschland selbst von in- und ausländischen Versicherungsunternehmen gegen Feuer versicherten Mobilien und Immobilien auf mindestens 200 Milliarden Mark anzunehmen. Dabei ist von jedem Zuschlag für nicht versicherte oder ungenügend versicherte Werte abgesehen.

In der Ziffer von 200 Milliarden ist nicht einbegriffen der Wert des städtischen und ländlichen Bodens; denn der Feuerversicherung unterliegen neben dem Inventar nur die auf dem Grund und Boden errichteten Gebäude, nicht aber der Grund und Boden selbst.

Für die Schätzung des städtischen Bodenwertes fehlen bei der Vielgestaltigkeit der städtischen Bodenpreise ausreichende Grundlagen. Die vorliegenden Veranschlagungen gehen weit auseinander; sie bewegen sich etwa zwischen 20 und 50 Milliarden Mark. Auf den letzteren Betrag kommt die Schätzung Steinmann-Buchers hinaus, der für die Stadtgemeinde Berlin allein einen Bodenwert von 7—8 Milliarden Mark annimmt. Von der Gesamtbodenfläche Berlins im Ausmass von 6350 ha entfallen auf Wege, Bahnen, öffentliche Anlagen, Wasserflächen etc. 2574 ha, die also für eine Berechnung des Bodenwertes nicht in Betracht kommen. 3776 ha sind bebaut oder Baugrund; um für diese Fläche auf einen Wert von 7—8 Milliarden Mark zu kommen, müsste der Wert eines Hektars sich durchschnittlich auf mehr als 2 Millionen Mark stellen, die Quadratrute also mit etwa 3000 Mark auskommen. Ein solcher Wert ist, trotz der um ein Vielfaches höheren Preise, die im Innern der Stadt und in besonders bevorzugten Lagen gezahlt werden, zweifellos zu hoch. Wenn man sicher gehen will, wird man den durchschnittlichen Wert der Quadratrute Nettobauland für Berlin auf 1600—2000 Mark annehmen. Lässt man im übrigen das der Steinmann-Bucherschen Schätzung zugrunde liegende Verhältnis zwischen dem Wert des Berliner Wohnbodens und dem städtischen Bodenwert des gesamten Reichsgebiets gelten, so kommt man für letzteren auf einen Betrag von etwa 30 Milliarden Mark (statt 50 Milliarden Mark).

Die land- und forstwirtschaftlich benutzte Bodenfläche Deutschlands beträgt 50 Millionen Hektar. Davon entfallen etwa 26,4 Millionen Hektar auf Acker- und Gartenland und Weinberge, rund 6,0 Millionen Hektar auf Wiesen, 2,7 Millionen Hektar auf Weiden und Hütungen, rund 14,0 Millionen Hektar auf Forsten und Holzungen. Bei dieser Verteilung erscheint ein Ansatz von durchschnittlich 800 Mark für den

Hektar des land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens, einschliesslich aller nicht gegen Feuer versicherten Meliorationen, nicht übertrieben. Es wären also im ganzen 40 Milliarden Mark für diesen Teil des Volksvermögens einzustellen.

Weiter ist zu berücksichtigen das private und staatliche Bergwerkseigentum, das nur mit seinen Anlagen über Tage gegen Feuer versichert ist. In Anlehnung an andere Schätzungen seien 5–6 Milliarden Mark eingesetzt.

Ausserhalb der Feuerversicherung stehen ferner die Schiffe der Binnen- und Seeschifffahrt, deren Wert 1 Milliarde Mark übersteigt, ferner die transportversicherten Waren, die sich jeweils auf dem Land- und Seetransport befinden und die mit gleichfalls 1 Milliarde Mark niedrig veranschlagt sind. Hierher gehört ferner der Bestand an metallischen Umlaufmitteln, der mit 4 Milliarden niedrig veranschlagt ist.

Vor allem aber befinden sich nicht unter dem gegen Feuer versicherten Vermögen die Staatseisenbahnen, deren Wert allein oben auf 20–25 Milliarden Mark veranschlagt worden ist. Das Gleiche gilt von den Hafenanlagen an der See und den Binnengewässern und einem gewissen Teil des sonstigen öffentlichen Vermögens, so den Anlagen der Post- und Telegraphenverwaltung und den Amtsgebäuden. Wir setzen diese Gruppe von Werten mit 10 Milliarden Mark ein.

Schliesslich sind zu erwähnen die verschiedenen Formen der deutschen Kapitalanlagen im Ausland: der Besitz an ausländischen Staatspapieren, an Aktien und Obligationen ausländischer Gesellschaften, sowie an Forderungen an das Ausland, ferner landwirtschaftliche, gewerbliche und kommerzielle Unternehmungen jeder Art, die von Deutschen im Auslande betrieben werden.

Wenn irgendwo Schätzungen unsicher sind, dann sind sie es auf diesem Gebiet. Alle Angaben, die vorliegen, sind nur mit den grössten Vorbehalten hinzunehmen.

Die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern wurden in einer vom Reichs-Marineamt im Jahre 1905 herausgegebenen Denkschrift auf 8—9 Milliarden Mark geschätzt. Der deutsche Besitz an ausländischen Effekten wurde im Jahre 1892 von Schmoller auf 10 Milliarden Mark, ein Jahr später von dem damaligen Reichsbankpräsidenten Koch auf 12 Milliarden Mark bewertet; und die Denkschrift des Reichs-Marineamts glaubte im Jahre 1905 unseren ausländischen Effektenbesitz „eher ganz erheblich über als unter 16 Milliarden Mark“ bewerten zu können. Nun darf man nicht, wie dies mitunter geschehen ist, den geschätzten Wert der überseeischen Kapitalanlagen und des ausländischen Effektenbesitzes einfach zusammenfassen, womit man für 1905 nach den für beide Gruppen vom Reichs-Marineamt angenommenen Zahlen auf 24—25 Milliarden Mark käme. Die „überseeischen Kapitalanlagen“ haben vielmehr zum grossen, ja zum überwiegenden Teil Effektenform. Auf Grund der Ziffern des Reichs-Marineamts wird man deshalb für 1905 unsere gesamte Kapitalanlage im Ausland nicht höher als 20 Milliarden Mark bewerten können. Auch diese Ziffer erscheint noch zweifelhaft; denn den Neu-Emissionen ausländischer Werte in Deutschland stehen erhebliche Abgänge infolge von Rückzahlungen und Rückkäufen des Auslandes gegenüber. Speziell in den letzten Jahren hat der gewaltige inländische Kapitalbedarf für industrielle und öffentliche Zwecke die Neuinvestierungen im Auslande erheblich beschränkt. Bei Würdigung aller Umstände erscheint selbst für den heutigen Stand die Schätzung aller ausländischen Kapitalanlagen Deutschlands auf 20 Milliarden Mark eher zu hoch als zu niedrig. Da aber in den

übrigen Posten ein ausreichender Spielraum liegt, sei hier trotzdem die Ziffer von 20 Milliarden eingesetzt.

Die Zusammenstellung der verschiedenen Kategorien von Vermögenswerten ergibt folgendes Bild:

Gegen Feuer versicherte Mobilien und			
Immobilien	200	Milliarden	M.
Grund und Boden in Stadt und Land	70	"	"
Bergwerksbesitz	5—6	"	"
Schiffe, auf dem Transport befindliche			
Waren und Metallgeld	6	"	"
Nicht gegen Feuer versichertes öffent-			
liches Vermögen, einschl. Eisen-			
bahnen	30	"	"
Kapitalanlagen im Ausland	20	"	"
<hr/> Summe 331-332 Milliarden M.			

Während also die zuerst angewandte, im wesentlichen auf der Veranlagung zur Ergänzungssteuer beruhende Methode als Wert des deutschen Volksvermögens einen Betrag von rund 285 Milliarden Mark ergab, führt die zweite, im wesentlichen die Statistik der Feuerversicherung benutzende Methode zu einem Wert von 330 Milliarden Mark.

Zwischen diesen beiden Grenzen, also nahe bei der Ziffer von 300 Milliarden Mark, wird man also den tatsächlichen Wert des deutschen Volksvermögens suchen dürfen.

Professor von Schmoller hat das deutsche Volksvermögen für das Jahr 1895 auf 200 Milliarden Mark geschätzt. Bei dieser runden Zahl sind auch in den folgenden Jahren bis in die jüngste Zeit eine Anzahl von Schätzungen stehen geblieben. Seit 1895 aber hat sich das zur Ergänzungssteuer veranlagte Vermögen in Preussen von 63 578 Millionen Mark auf 104 057 Millionen Mark, also um 65 %,

vermehrt, die im Deutschen Reich gegen Feuer versicherten Mobilien und Immobilien sogar von 117,3 auf 210,4 Millionen Mark, also um nahezu 80 %. Setzt man etwa ein Viertel dieser Zunahme auf Rechnung der schärferen Veranlagung und der vollständigeren Versicherung, so würde sich die aus diesem Gradmesser ablesbare Zunahme des Volksvermögens von 1895/96 bis 1910/11 auf 50—60 % stellen. Auf der Basis von 200 Milliarden Volksvermögen im Jahre 1895 ergibt sich also für 1910/11 ein Volksvermögen von 300 bis 320 Milliarden Mark. Dieses Ergebnis steht in guter Uebereinstimmung mit dem oben auf Grund der beiden verschiedenen Methoden für die Jetztzeit errechneten Beträge von 290 bis 330 Milliarden Mark. Dagegen erscheint die Steinmann-Büchersche Schätzung, die bereits für 1908 auf ein Volksvermögen von 350 Milliarden Mark hinauskam, etwas zu hoch gegriffen.

Unsere Schätzung des deutschen Volksvermögens auf 290 bis 320 Milliarden Mark ergibt einen Durchschnittssatz für den Kopf der Bevölkerung von 4500 bis 4900 Mark.

Die letzte methodische Veranschlagung für Frankreich (Edmond Théry) ergibt für das Jahr 1908 287 Milliarden Francs = 232,5 Milliarden Mark, gegen 243 Milliarden Francs = 200,8 Milliarden Mark für das Jahr 1892. Auf den Kopf der französischen Bevölkerung kam hiernach im Jahre 1908 ein durchschnittliches Vermögen von 7 314 Francs = 5 924 Mark. In der Summe des Volksvermögens hat also Deutschland seit den neunziger Jahren Frankreich beträchtlich überholt. Dagegen ist Frankreich an durchschnittlichem Vermögen pro Kopf der Bevölkerung uns noch überlegen.

Für England bewegen sich die Veranschlagungen um 230 bis 260 Milliarden Mark = 5100 bis 5800 Mark pro Kopf.

Für die Vereinigten Staaten veranschlagt das „Census Office“ das Volksvermögen jetzt auf rund 500 Milliarden Mark = 5500 Mark pro Kopf.

Deutschland würde demnach in dem durchschnittlichen Vermögen pro Kopf der Bevölkerung auch heute noch hinter Frankreich, England und den Vereinigten Staaten zurückstehen. Dagegen wäre es in der Gesamtsumme des Volksvermögens Frankreich und England um ein Viertel bis ein Fünftel überlegen, während die Vereinigten Staaten Deutschland um mehr als die Hälfte übertreffen.

Da aber die Schätzungen für die fremden Länder auf einer womöglich noch weniger sicheren Grundlage beruhen als diejenigen für Deutschland, muss man auch für diese Vergleichen die weitestgehenden Vorbehalte machen.

3. Der Jahreszuwachs des deutschen Volkswohlstandes.

Der jährliche Bruttoertrag der deutschen Volkswirtschaft wurde oben für die Gegenwart auf rund 40 Milliarden Mark veranschlagt. Dieses Roheinkommen wird im Laufe des Jahres zu einem grossen, zunächst noch unbestimmten Teil verbraucht. Der verbleibende Ueberschuss wächst dem deutschen Volksvermögen als Reinertrag, oder — wenn man so will — als „Ersparnis“ zu.

Ein nicht geringer Teil des Verbrauchs entfällt auf das Reich, die Bundesstaaten und die sonstigen öffentlichen Körperschaften. Die ordentlichen Ausgaben des Reichs sind zurzeit auf etwa 3 Milliarden Mark für das Jahr zu veranschlagen, diejenigen der sämtlichen Einzelstaaten auf rund 5,8 Milliarden Mark, zusammen also auf 8,8 Milliarden Mark. Von diesen Ausgaben fallen auf staatliche Erwerbsbetriebe, die hier nicht mitzählen, etwa 3,6 Milliarden Mark, so dass als eigentlicher staatlicher Verbrauch die Summe

von 5,2 Milliarden Mark jährlich verbleibt. Die ausserordentlichen Ausgaben des Reichs und der Einzelstaaten sollen ausser Betracht bleiben, da sie zum grössten Teil das öffentliche Vermögen vermehren helfen, also nicht als Verbrauch im eigentlichen Sinne anzusehen sind. Zu den staatlichen Ausgaben kommen die Ausgaben der kommunalen und sonstigen öffentlichen Körperschaften, die mit 2 Milliarden Mark kaum zu hoch veranschlagt sind. Die Gesamtheit des öffentlichen Verbrauchs würde sich mithin auf etwas über 7 Milliarden Mark, also auf etwa ein Sechstel des jährlichen Volkseinkommens, stellen. Dabei sind die Leistungen für die Arbeiterversicherung, deren Einnahmen jetzt den Betrag von einer Milliarde Mark im Jahr überschritten haben und damit die gesamten ordentlichen Ausgaben für das Landheer und die Marine übertreffen, nicht eingerechnet, da diese Leistungen zum Teil der Vermögensansammlung der Versicherungsanstalten dienen, zum andern Teil, soweit sie zu Entschädigungen verwendet werden, bei den Rentenbeziehern wieder als Einkommen in Erscheinung treten. Lediglich die Verwaltungskosten im Betrag von etwa 80 Millionen Mark wären dem öffentlichen Verbrauch zuzuschlagen.

Der Verbrauch der Privaten lässt sich statistisch nicht erfassen. Dagegen gibt es einige Anhaltspunkte für denjenigen Betrag, der als nicht verausgabt dem Volksvermögen zuwächst.

Der Zuwachs des Volksvermögens tritt unmittelbar in Erscheinung in den Ziffern der Emission von neuen Wertpapieren, in der Statistik der Bankdepósitos, in der Entwicklung der Einlagen bei Sparkassen und Genossenschaften.

Die Emissionen von neuen Börsenwerten auf den deutschen Märkten im letzten Vierteljahrhundert zeigt die nebenstehende Aufstellung.

Emissionen in Deutschland (nach dem Kurswert.)

Jahre	Oeffentlicher Kredit			Boden- Kredit- Pfandbriefe
	Staats- anleihen	Kommunal- anleihen	zusammen	
in Millionen Mark				
1886—1890	1 508	274	1 782	1 248
1891—1895	1 356	409	1 765	2 189
1896—1900	838	841	1 679	1 879
1901—1905	2 125	1 195	3 320	2 262
1906—1910	4 131	1 942	6 073	2 588
1911	242	309	551	650
1912	642	366	1 008	309

Jahre	Industrieller und kommerzieller Kredit			
	Industrie- obligationen	Industrie- aktien	Bankaktien	Zusammen
	in Millionen Mark			
1886—1890	146	800	329	1 275
1891—1895	202	372	257	831
1896—1900	497	2 495	1 303	4 295
1901—1905	642	1 456	561	2 659
1906—1910	1 080	2 921	858	4 859
1911	294	536	177	1 007
1912	388	906	140	1 434

Jahre	Inlandswerte überhaupt	Auslands- werte überhaupt	zusammen	durch- schnittlich pro Jahr
in Millionen Mark				
1886—1890	4 360	2 322	6 682	1 336
1891—1895	4 833	1 462	6 295	1 259
1896—1900	8 216	2 420	10 636	2 127
1901—1905	8 339	2 147	10 486	2 097
1906—1910	12 615	1 497	14 112	2 822
1911	2 249	460	2 709	2 709
1912	2 751	270	3 021	3 021

Der Zuwachs an neuen Börsenwerten hat also in den 27 Jahren seit 1886 rund 53—54 Milliarden Mark betragen, also im Jahresdurchschnitt fast genau 2 Milliarden Mark. In den letzten sieben Jahren war der durchschnittliche Zuwachs nahezu 3 Milliarden Mark. Der Zugang besteht nicht durchweg aus neu gebildeter Vermögenssubstanz; unter den Neu-Emissionen sind zahlreiche Werte enthalten, die durch die Umwandlung bestehender Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften lediglich die Form von Effekten angenommen haben. Dem Zugang steht auch ein nicht unbeträchtlicher Abgang gegenüber, teils infolge von Rückzahlungen und Liquidationen, teils infolge von Abwanderungen nach dem Ausland. Andererseits hat die Anlage in Effekten an ausländischen Plätzen und die Anlage in nicht börsenmässig gehandelten Wertpapieren eine starke Zunahme erfahren, ebenso wie die Kurssteigerung zahlreicher industrieller und kommerzieller Dividendenwerte den Kursrückgang der festverzinslichen Papiere sicher bedeutend überwogen hat. Man wird also im grossen ganzen die sich aus der Emissionsstatistik ergebenden Ziffern für annähernd zutreffend halten können.

Die Guthaben bei den deutschen Kreditbanken haben von 1895 bis 1912 um mehr als $7\frac{1}{2}$ Milliarden Mark zugenommen, von 1770 Millionen auf 9360 Millionen Mark. Der durchschnittliche Jahreszuwachs beträgt also etwa 460 Millionen Mark.

Die deutschen Sparkassen haben ihre Einlagen von 6,8 Milliarden Mark im Jahre 1895 auf 8,8 Milliarden Mark im Jahre 1900 und auf 17,8 Milliarden Mark im Jahre 1911 vermehrt, also im ganzen von 1895 bis 1911 um 11 Milliarden Mark = 690 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt. Das Vermögen der Arbeiterversicherung wächst jetzt um mindestens 500 Millionen Mark pro Jahr. Allein die Summe der

jährlichen Emissionen, die Zunahme der Bankdepósitos, der Sparkasseneinlagen und des Vermögens der Arbeiterversicherung ergibt einen Betrag von $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark.

Es ist klar, dass diese Ziffer die Zunahme des Volksvermögens nicht entfernt erschöpft. Denn nur ein Teil des jährlich sich neu bildenden Kapitals kommt in der Form von börsengängigen Effekten auf den Markt oder tritt als Bank- oder Sparkasseneinlage in Erscheinung; ein anderer Teil von unbestimmter und kaum bestimmbarer Grösse wächst, ohne in einer solchen Weise sichtbar zu werden, den privaten Einzelunternehmungen in allen Berufsgruppen als verdientes und erspartes Betriebskapital zu und vermehrt das Verbrauchsvermögen der einzelnen Personen und der einzelnen Haushaltungen, das mit dem wachsenden Wohlstand und der sich verfeinernden Kultur, mit den steigenden Ansprüchen an Gedicgenheit, an Komfort und Luxus immer grösser und wertvoller wird. Da es jedoch gänzlich an Anhaltspunkten fehlt, um diesen Teil des Vermögenszuwachses zu erfassen, so bleibt, um zu einer ungefähren Vorstellung des Gesamtzuwachses zu kommen, nur der Rückgriff auf die oben gegebenen Ziffern der Entwicklung des Volksvermögens während der letzten Jahrzehnte.

Nach unseren Berechnungen macht zurzeit das in Preussen zur Ergänzungssteuer veranlagte Vermögen mit 104 Milliarden Mark etwa ein Drittel, das im Deutschen Reich gegen Feuer versicherte Vermögen mit 221 Milliarden Mark etwa zwei Drittel des gesamten deutschen Volksvermögens aus. Wendet man dieses Verhältnis auf die Zunahme des in Preussen veranlagten Vermögens und des gegen Feuer versicherten Vermögens an, und setzt man jeweils ein Viertel der sich so ergebenden Zunahme auf Rechnung der schärferen Veranlagung und vollständigeren

Versicherung, so kommt man zu folgenden Schlüssen über den Zuwachs des gesamten deutschen Volksvermögens:

1. Nach der Veranlagung zur Ergänzungssteuer.

Von 1896–1911 ist das veranlagte Vermögen von 63,6 auf 104,0 Milliarden Mark, also um rund 40 Milliarden Mark, gestiegen. Die Zunahme des gesamten deutschen Volksvermögens ist nach dem angenommenen Verhältnis dreimal so gross, abzüglich 25 %, also $120 \cdot \frac{30}{100} = 90$ Milliarden Mark in den 15 Jahren. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Jahreszuwachs von 6 Milliarden Mark. Der Zuwachs war in den einzelnen Perioden von je drei Jahren verschieden gross; er berechnet sich wie folgt (in Milliarden Mark):

		Jährlicher Zuwachs	
		des veranlagten Vermögens	des gesamten Volksvermögens
Im Durchschnitt	1896—1899	2 155	$6,4 \cdot \frac{25}{100} = 4,8$
"	" 1899—1902	1 536	$4,6 \cdot \frac{25}{100} = 3,6$
"	" 1902—1905	2 253	$6,7 \cdot \frac{25}{100} = 5,0$
"	" 1905—1908	3 081	$9,2 \cdot \frac{25}{100} = 6,9$
"	" 1908—1911	4 468	$13,4 \cdot \frac{25}{100} = 10,0$

2. Nach den gegen Feuer versicherten Werten.

Die Zunahme dieser Werte von 1896 bis 1911 geht von 117,3 auf 221 Milliarden M., beträgt also rund 104 Milliarden M. Danach würde sich die Zunahme des Volksvermögens auf $\frac{3}{2} \times 104 \cdot \frac{25}{100} = 117$ Milliarden Mark stellen, also höher als auf Grund der Veranlagung zur Vermögenssteuer.

Der Zuwachs in den einzelnen Zeitabschnitten würde sich wie folgt berechnen (in Milliarden Mark):

	Jährlicher Zuwachs	
	des gegen Feuer versicherten Vermögens	des gesamten Volksvermögens
Im Durchschnitt 1896—1902	5 119	$7,7 \cdot 25\% = 5,8$
„ „ 1902—1905	6 993	$10,4 \cdot 25\% = 7,8$
„ „ 1905—1908	8 457	$12,6 \cdot 25\% = 9,5$
„ „ 1908—1911	8 879	$13,3 \cdot 25\% = 10,0$

Die leidliche Uebereinstimmung im Gesamtergebnis der beiden Berechnungsarten gestattet, für die letzten 15 Jahre einen jährlichen Durchschnitt des Zuwachses des deutschen Volksvermögens in Höhe von 6 bis 7 Milliarden Mark anzunehmen, wovon etwa die Hälfte auf die sichtbare Zunahme an Effektenbesitz und Barguthaben kommen würde; für die allerletzten Jahre stellt sich der Zuwachs an Volksvermögen auf rund 10 Milliarden Mark, und auch hiervon würde nach den oben gegebenen Zahlen die ungefähre Hälfte auf die erwähnte sichtbare Zunahme entfallen.

In den Ziffern der jährlichen Zunahme des Volksvermögens ist natürlich auch der bei der Berechnung des Volkseinkommens nicht berücksichtigte selbsttätige Wertzuwachs des vorhandenen Besitzes, namentlich an Grund und Boden, enthalten. Dieser automatische Wertzuwachs ist von Schmoller schon für das Jahr 1886 in Anlehnung an eine Schätzung Beckers auf 2,5 Milliarden Mark beziffert worden, und Steimann-Bucher beziffert diesen Wertzuwachs sogar auf 3 bis 4 Milliarden Mark, nämlich auf 4% des von ihm mit 90 bis 100 Milliarden Mark angenommenen Wertes des städtischen und ländlichen Grundbesitzes.

Doch schon die ältere Veranschlagung von 2,5 Milliarden erscheint zu hoch. Der Wertzuwachs des Grundbesitzes

ist jedenfalls bedeutend überschätzt worden, indem man von den Ausnahmeverhältnissen in den rasch zunehmenden Grossstädten ausging. In den Mittel- und Kleinstädten hat ein nennenswerter „unverdienter Wertzuwachs“ nur in ganz beschränktem Umfange stattgefunden, und auf dem platten Lande ist die Wertsteigerung des Grundbesitzes, wo sie eingetreten ist, zum überwiegenden Teil auf Meliorationen und rationellere Bewirtschaftung zurückzuführen. Ein durchschnittlicher Satz von $1\frac{1}{2}$ bis 2% auf den oben auf 70 Milliarden Mark veranschlagten Bodenwert, also etwa 1 bis $1\frac{1}{2}$ Milliarde Mark, die in Rücksicht auf den automatischen Wertzuwachs sonstigen Besitzes vielleicht um eine halbe Milliarde erhöht werden kann, dürfte besser mit den Tatsachen im Einklang stehen. Es würden dann zurzeit etwa 8— $8\frac{1}{2}$ Milliarden Mark pro Jahr auf die erarbeitete Zunahme des Volkswohlstandes kommen.

Es erübrigt sich die Bemerkung, dass der zahlenmässige Ausdruck der Entwicklung des Volksvermögens und des Volkseinkommens, selbst wenn die Grundlagen für die Berechnungen zuverlässiger wären, als sie leider sind, keine mathematische Genauigkeit beanspruchen kann. Die Werte des Vermögens und Einkommens sind in diesen Zahlen auf das Geld zurückgeführt, auf den einzigen einheitlichen Nenner, der uns für wirtschaftliche Werte zur Verfügung steht. Der Wert des Geldes selbst aber ist bekanntlich keine unbedingt gleichmässige Grösse; so mag vor allem die Frage offen bleiben, ob nicht der Wert des Geldes im Laufe der Zeit, die dieser Betrachtung zugrunde liegt, eine Verminderung erfahren hat, eine Annahme, für die namentlich die allgemeine Steigerung der Preise als Argument angeführt wird. Daraus würde sich eventuell eine in ihrem Umfange nicht genau festzustellende Berichtigung der in der obigen Darstellung enthaltenen Zahlen ergeben. Diese Berichtigung

könnte aber jedenfalls nur bescheidener Natur sein und würde die wesentlichen Züge der geschilderten Entwicklung nicht zu verwischen vermögen.

Das Ergebnis der vorstehenden Untersuchung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Das deutsche Volkseinkommen beträgt heute rund 42 Milliarden jährlich, gegen 23—25 Milliarden Mark um das Jahr 1895.

Von den 42 Milliarden werden jährlich etwa 7 Milliarden Mark, also ein Sechstel, für öffentliche Zwecke aufgewendet, etwa 27 Milliarden Mark dienen dem privaten Verbrauch und etwa $8-8\frac{1}{2}$ Milliarden, die sich durch den automatischen Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 10 Milliarden Mark erhöhen, wachsen als Mehrung dem Volksvermögen zu, gegen etwa $4\frac{1}{2}$ —5 Milliarden vor 15 Jahren.

Das deutsche Volksvermögen beträgt heute mehr als 300 Milliarden Mark, gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Diese lapidaren Ziffern fassen, in Geldeswert ausgedrückt, das Ergebnis der gewaltigen wirtschaftlichen Arbeit zusammen, die Deutschland unter der Regierung unseres Kaisers geleistet hat.

Schluss.

Wer einen weiten Weg gewandert ist, tut gut, einzuhalten und sich umzusehen.

Unser Rückblick lässt jedes Herz in Stolz und Freude höher schlagen. Das deutsche Volk hat in den fünfundzwanzig Jahren der Regierung unseres Kaisers das Pfund, das ihm anvertraut ist, in eiserner Arbeit genutzt und gemehrt. In der Ausbildung der wissenschaftlich-praktischen Technik und der alle Kräfte und Mittel wirksam zusammenfassenden wirtschaftlichen Organisation, in der Steigerung der Gütererzeugung und des Verkehrs, in der Erweiterung und Festigung unserer wirtschaftlichen Weltstellung, in der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und in der Hebung der gesamten Lebenshaltung unserer in gesundem Wachstum fortschreitenden Bevölkerung — in allen diesen Fortschritten hat Deutschland sich auf eine in seiner ganzen Geschichte niemals erreichte Stufe emporgearbeitet und im friedlichen Wettkampf der Nationen den ersten und mächtigsten Mitbewerbern sich gleichwertig erwiesen. Stärker noch als die in grossen Zahlen klingenden Erfolge wirkt auf den Beschauer das Gefühl der elementaren Lebenskraft, die in den Adern des deutschen Volkskörpers schlägt und alle seine Glieder dehnt und reckt.

Der Stolz über die gewaltige Leistung, die unsere Nation unter ihres Kaisers Führung in Zusammenfassung aller ihrer wirtschaftlichen Kräfte im letzten Vierteljahrhundert vollbracht hat, ist unser gutes Recht, und dieses guten Rechtes müssen wir uns mehr und mehr bewusst werden. Die Zeiten der Not und Bedrückung haben tiefe Spuren im Gefühlsleben unseres Volkes hinterlassen. Der Deutsche hatte sich daran gewöhnt, beiseite zu stehen und sich vor der Ueberlegenheit anderer in Demut zu beugen. Als dann für unser Volk die grosse Schicksalswende kam, die uns von fremdem Joch erlöste und zur nationalen Einheit führte, da sind uns die Kräfte schneller gewachsen als das Kraftbewusstsein. Auch heute ist dieses Gleichgewicht für das Volk als Ganzes noch nicht gewonnen. Gerade in den ernstesten Lagen der letzten Jahre ist in weiten Kreisen oft genug ein Mangel an Selbstsicherheit, beruhend auf der ungenügenden Kenntnis der eigenen Stärke, zutage getreten, hat die Gegner ermutigt und die eigene Stellung geschwächt. Die Rückschau auf den Weg, den unser Volk durchwandert hat, mag dazu beitragen, das deutsche Selbstvertrauen auf die Höhe der deutschen Volkskraft zu bringen.

Aber diese Rückschau soll uns auch vor eitler Selbstüberschätzung und flachem Hochmut bewahren. Nur der Philister kann, ohne dass ernste Untertöne mitschwingen, gedankenlos sich daran ergötzen, „wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht“. Wer die Geschichte der Völker kennt, der weiss, dass jeder grosse Aufstieg neue und schwere Probleme schafft und Keime in sich trägt, die seinen eigenen Wurzeln gefährlich werden. Selbst dem oberflächlichsten Beschauer unserer Zeit drängen sich Erscheinungen auf, die nicht danach angetan sind, eine geruhssame Befriedigung aufkommen zu lassen. Die grossen Verschiebungen im inneren Aufbau unseres Volkskörpers — im Verhältnis von Stadt

und Land, in der beruflichen und sozialen Gliederung, in den Vermögensverhältnissen — haben Spannungszustände erzeugt, die in der gärenden Unrast unserer Zeit auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens zutage treten. Während unsere Nation als Ganzes in wirtschaftlicher Kraftentfaltung das Höchste leistet, sehen wir die Grundlagen der sittlichen und körperlichen Gesundheit grosser Volksteile durch eben diese Entwicklung bedroht, sehen wir das einheitliche Zusammenwirken, das uns gross gemacht, durch Klassenkampf und Klassenhass gefährdet, sehen wir vielfach an Stelle der zähen Arbeit schlaffes Wohlleben, an Stelle der strengen Sparsamkeit sinnlose Verschwendung und herausfordernden Luxus, an Stelle der Opferbereitschaft und Pflichterfüllung Begehrlichkeit und Genusssucht. Dies alles, während unser Aufstieg uns in der Aussenwelt neben Anerkennung und Bewunderung auch Neid und Eifersucht geweckt hat, und während der sich verschärfende Wettbewerb mit den anderen wirtschaftlichen Grossmächten, zusammen mit der zunehmenden Verflechtung unserer Volkswirtschaft in der Weltwirtschaft, uns zwingt, alle Kräfte anzuspannen, um das Erreichte zu behaupten, zu schützen und weiter auszubauen.

Es ist eine Fülle verantwortungsschwerer Aufgaben, die wir neben all den grossen Errungenschaften an dem Gedenktage unseres Kaisers in die Zukunft mit hinübernehmen. Es gilt, gegen einseitige Entwicklungen Gegengewichte zu schaffen; es gilt, eine gewaltsame und zerstörende Entladung der aus einer raschen Ausdehnung und starken inneren Verschiebung unseres Volksganzen entstandenen Spannungen zu vermeiden und die tief gewordenen Gegensätze aus einem klaren Verständnis ihrer Ursachen und Folgen mit Vorsicht und Geduld, aber auch mit Festigkeit und Nachdruck einem Ausgleich zuzuführen; es gilt vor allem, die sittliche und geistige Weiterbildung des deutschen Volkes im Einklang zu

halten mit den glänzenden Fortschritten unserer Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung.

Die Aufgabe reicht weit über das Gebiet der staatlichen Betätigung in Gesetzgebung, Verwaltung und Politik hinaus; jeder Einzelne ist als Staatsbürger und Persönlichkeit zur Mitarbeit berufen. Wie diese Aufgabe von den Besten der Nation, wie sie vor allem von unserem Kaiser in ihrer ganzen Wucht erkannt und gewürdigt wird, wieviel ernste Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten aus der Initiative und mit der Förderung unseres Kaiserpaares ihrer Lösung gewidmet worden ist, welche grossen und verheissungsvollen Erfolge auf wichtigen Gebieten bereits errungen sind, dafür sind die einzelnen Abschnitte des Gedenkwertes ein beredtes Zeugnis.*)

Möchte es unserem Kaiser beschieden sein, in den kommenden Jahren die Früchte soviel ernster Arbeit reifen zu sehen und zu erleben, dass sein Volk jenem harmonischen Gleichgewicht der sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte näher kommt, in dem allein der Zuwachs an materiellem Wohlstand einen Aufstieg zu höherer sozialer Kultur bedeutet.

*) Es sei insbesondere auf folgende Abschnitte hingewiesen: III. Abschnitt, Entwicklung der Arbeiterversicherung, S. 169 ff, mit Beiträgen von Kaufmann, Sarrasin, Witowski. IV. Abschnitt, Die Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes, S. 229 ff, mit Beiträgen von v. Behr-Pinnow, Bier, Bumm, Ehrlich, His, Heubner u. a. V. Abschnitt, Entwicklung des Sanitätswesens, S. 493 ff, mit Beiträgen von Dietrich u. a.

ANHANG.

Die Verteilung des Volkseinkommens in Preussen 1896—1912.*)

Die Zunahme des deutschen Volkseinkommens in seiner Gesamtheit während der letzten Jahrzehnte ist eine Tatsache, die offenkundig vor Augen liegt und jede Anzweiflung ausschliesst. In der vorliegenden Studie habe ich das deutsche Volkseinkommen für 1896 auf etwa 23 Milliarden Mark, für 1912 auf 42 Milliarden Mark berechnet.

Gewissen Zweifeln kann dagegen die Frage unterliegen, ob und in welchem Umfang diese gewaltige Steigerung des gesamten Volkseinkommens und seiner durchschnittlichen Kopfquote den breiten Schichten unserer Bevölkerung zugute gekommen ist. Es fehlt nicht an Stimmen, die behaupten, der Einkommenszuwachs sei ganz vorwiegend oder gar ausschliesslich einer kleinen Oberschicht zugute gekommen. Der „Vorwärts“ erklärt sogar mit apodiktischer Sicherheit: „Der Arbeiterschaft ist nichts geblieben.“

*) Erstmalig veröffentlicht in der „Festgabe zum 60. Geburtstage des Herrn Geh. Justizrats Prof. Dr. Riesser“, Berlin 1913. J. Guttentag.

Zwar habe ich bereits auf Grund gewisser zahlenmässig feststehender Tatsachen hervorgehoben, dass eine solche Auffassung nicht zutreffend ist, dass vielmehr im Gegensatz zu der oft behaupteten „plutokratischen Entwicklung“ die unteren Einkommensstufen ihren vollen Anteil an der Steigerung des Volkseinkommens haben; insbesondere habe ich auf die günstige Entwicklung der Einkommensstufen von 900—3000 und von 3000—6000 M., sowie auf die Statistik der Arbeitslöhne (durchschnittliche Nettolöhne im Ruhrrevier 1888 863 M., 1912 1586 M.) hingewiesen. Die gleichwohl hervorgetretenen Zweifel lassen es mir jedoch nützlich erscheinen, die Frage der Gestaltung der Einkommensverteilung an Hand der Veranlagungsergebnisse der preussischen Einkommensteuer etwas eingehender zu behandeln.

Ich gebe zunächst eine tabellarische Uebersicht, die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Einkommensstufen 1896 und 1912. (Siehe Tabelle auf Seite 130.)

Aus dieser Statistik ergibt sich auf den ersten Blick eine Tatsache von besonderer Wichtigkeit:

Der Teil der Bevölkerung, dessen Einkommen nur bis zu 900 M. reicht, hat sich bei gleichzeitiger starker Zunahme der Gesamtbevölkerung erheblich vermindert.

Die Einwohnerzahl Preussens ist von 1896—1912 von 31,3 auf 40,2 Millionen, d. i. um 28⁰/₁₀₀, gestiegen; gleichzeitig hat sich die Zahl der Zensiten (Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen) von 11,5 auf 15,7 Millionen, d. i. um 37⁰/₁₀₀, vermehrt. Dagegen ist die Zahl der Zensiten mit einem Einkommen bis zu 900 M. von 8,6 auf 8,2 zurückgegangen; die in diese unterste Einkommensstufe

Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Einkommensstufen 1896 und 1912.

Nummer		Zensiten								Vom Tausend aller Zensiten entfallen auf die einzelnen Einkommensstufen			
Einkommens- stufen	M.	ausschl. der Angehörigen		Zu- nahme %	einschl. der Angehörigen		Zu- nahme %	ausschl. der Angehörigen		einschl. der Angehörigen			
		1896	1912		1896	1912		1896	1912	1896	1912		
1	unter 900	8 613 994	8 168 925	—	5 21 066 453	16 004 537	—	24	750,78	519,66	671,99	397,76	
2	900 — 3 000	2 528 883	6 757 812	+ 167	9 144 476	21 682 497	+ 137	187	220,36	430,42	291,70	558,57	
3	3 000 — 6 000	215 283	547 648	+ 154	745 425	1 798 648	+ 141	141	18,76	34,88	23,78	44,70	
4	6 000 — 9 500	57 536	111 747	+ 94	196 849	370 132	+ 88	88	5,02	7,12	6,28	9,20	
5	9 500 — 30 500	47 308	99 026	+ 109	158 840	303 990	+ 91	91	4,12	6,30	5,07	7,56	
6	30 500 — 100 000	9 265	20 999	+ 126	31 490	63 676	+ 103	103	0,81	1,34	1,00	1,58	
7	über 100 000	1 699	4 456	+ 162	5 750	13 350	+ 132	132	0,15	0,28	0,18	0,33	
Zusammen		11 473 418	15 700 613	+ 37	31 349 283	40 236 830	+ 28	28	1,000	1,000	1,000	1,000	

fallende Bevölkerung (Zensiten und Angehörige) ist sogar von 21,1 auf 16,0 Millionen gesunken. Im Jahre 1896 umfasste die Einkommensstufe bis 900 M. noch 75% aller Zensiten und 67% der Bevölkerung, im Jahre 1912 dagegen nur noch 52 und 40%.

Niemand wird bestreiten, dass dieses Verhältnis noch weit entfernt davon ist, ein befriedigendes zu sein. Aber ebensowenig lässt sich die Tatsache leugnen, dass eine entschiedene Entwicklung zum Besseren vorliegt und dass die Zunahme des Nationaleinkommens auch der untersten Schicht der Bevölkerung in erheblichem Umfang zugute gekommen ist: von den zwei Dritteln der Bevölkerung, die im Jahre 1896 noch der untersten Einkommensstufe angehörten, ist ein so grosser Teil in die Einkommensstufe über 900 M. übergegangen, dass heute nur noch zwei Fünftel der Bevölkerung jener untersten Stufe angehören.

Diese Feststellung ist zu ergänzen durch eine weitere Beobachtung:

In der untersten Einkommensstufe haben die mit dem Unterhalt von Angehörigen belasteten Haushaltungsvorstände erheblich stärker abgenommen als die selbständigen Einzelpersonen.

Im Jahre 1896 entfiel in dieser Stufe auf 8 614 000 Zensiten eine Bevölkerung von 21 067 000 Seelen; es kommen also auf den Zensiten im Durchschnitt 1,45 Angehörige. Im Jahre 1912 dagegen stellte sich das Verhältnis von Zensiten und Bevölkerung in jener Stufe auf 8 159 000 zu 16 005 000, d. h. auf den Zensiten entfielen durchschnittlich nur 0,96 Angehörige.

Allerdings hat zu dieser Entwicklung beigetragen, dass mit der Steigerung der erwerbstätigen Bevölkerung in ihrem

Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die Zunahme der Zensiten auch im ganzen etwas stärker ist als die Zunahme der Bevölkerung. Im Jahre 1896 kamen im Durchschnitt auf jeden Zensiten 1,73 Angehörige, im Jahre 1912 nur noch 1,56. Aber diese Ziffern zeigen gleichzeitig, dass diese Entwicklung in der Einkommensstufe bis zu 900 M. sehr viel stärker in Erscheinung getreten ist als im Gesamtdurchschnitt.

Die Verschiebung zwischen Einzelpersonen und Haushaltungsvorständen in der untersten Einkommensstufe bedeutet eine wesentliche Verbesserung für den in dieser Stufe zurückgebliebenen Teil der Bevölkerung. Aus der Tatsache allein, dass durchschnittlich auf den Zensiten nur noch 0,96 Angehörige gegen 1,45 im Jahre 1896 kommen, ergibt sich bei gleichbleibendem Durchschnittseinkommen der Zensiten eine Steigerung des auf den Kopf von Zensiten und Angehörigen entfallenden Durchschnittseinkommens um rund 25%.

Das Herauswachsen eines grossen Teils der Bevölkerung aus der Einkommensstufe bis zu 900 M. ist natürlich in erster Linie der nächsthöheren Einkommensstufe von 900 bis 3000 M. zugute gekommen; aber keineswegs ausschliesslich. Es lässt sich vielmehr feststellen, dass auch die Einkommensstufen von mehr als 3000 M. einen erheblichen und — wie hier gleich bemerkt sei — relativ gleichmässigen Zugang von Zensiten und Bevölkerung erfahren haben. Interessant ist in dieser Beziehung zunächst folgende Wahrnehmung:

Ein Einkommen von mehr als 3000 M. hatte im Jahre 1896 nur einer von 35 Zensiten, im Jahre 1912 dagegen bereits einer von 20 Zensiten.

Im Jahre 1896 entfielen auf die Stufe bis 900 M. 750,78 vom Tausend, auf die Stufe von 900 bis 3000 M. 220,36

vom Tausend, auf beide Stufen zusammen also 971,14 vom Tausend der Zensiten; auf die Einkommensstufen von 3000 M. an kamen also nur 28,86 vom Tausend. Im Jahre 1912 dagegen entfielen auf die beiden untersten Stufen 519,66 und 430,42, zusammen also 950,08 vom Tausend; auf die Stufen über 3000 M. kamen also 49,92 vom Tausend. Aus diesen Sätzen ergeben sich die oben genannten Verhältniszahlen.

Wenn wir nun die Gestaltung der Einkommensverteilung innerhalb der Stufen von 3000 M. aufwärts betrachten, so scheint die oben gegebene Tabelle auf den ersten Blick insofern für eine gewisse Steigerung zu einer „plutokratischen Entwicklung“ zu sprechen, als die prozentuale Zunahme von Zensiten und Bevölkerung am niedrigsten ist in der Stufe von 6000—9500 M. und dann in den nächsthöheren Stufen wächst, bis schliesslich die Stufe von mehr als 100000 M. mit einer Zensitenzunahme um 162% und einem Bevölkerungszuzug von 132% nahezu die prozentuale Steigerung in der Stufe von 900—3000 M. erreicht.

Aber hier muss man sich vor oberflächlichen Schlussfolgerungen hüten.

Zunächst hat die grosse Zunahme der Einkommen von 100000 M. und mehr nicht die ihr oft zugeschriebene Beweiskraft. Denn diese Einkommensstufe ist die einzige, die bei einer allgemeinen Steigerung der Einkommensverhältnisse zwar Zugänge von unten, aber — als die höchste — keine Abgänge nach oben hat. In dieser Stufe muss also bei einer durchaus gleichmässigen Steigerung der Einkommen eine prozentual stärkere Vermehrung der Zensiten stattfinden als in den anderen Stufen.

Dann aber ist es überhaupt eine falsche Argumentation, wenn man aus einer relativ starken Zunahme der Zensiten in

den hohen Einkommensstufen eine „plutokratische Entwicklung“ beweisen will. Eine plutokratische Entwicklung, die diesen Namen verdient, liegt dann vor, wenn eine kleine, exklusive Oberschicht ihr Vermögen und ihr Einkommen in erheblich stärkerem Masse steigert als die grosse Masse der Bevölkerung; es ist das Gegenteil einer plutokratischen Entwicklung, wenn ein lebhaftes Aufsteigen aus den unteren in die höheren Einkommensstufen stattfindet.

Auch der Umstand, dass die eine oder andere der mittleren Einkommensstufen einen geringeren Zuwachs an Zensiten und Bevölkerung aufweist als der Durchschnitt der Stufen von mehr als 900 M., vermag nicht als Beweis einer plutokratischen Entwicklung zu dienen. Der Zuwachs einer Einkommensstufe, wie er sich aus der oben abgedruckten Tabelle ergibt, ist ein Nettozugang und setzt sich aus Zugang (im allgemeinen aus der nächst niederen Stufe) und Abgang (im allgemeinen an die nächst höhere Stufe) zusammen. Die relative Stabilität einer mittleren Einkommensstufe kann also darauf beruhen, dass nur ein geringer Aufstieg aus der nächst niederen Stufe stattgefunden hat; sie kann aber ebensogut ihren Grund darin haben, dass einem starken Zugang aus der nächst niederen Stufe eine starke Abgabe an die nächst höhere Stufe gegenübersteht.

In der Tabelle auf Seite 135 soll der Versuch gemacht werden, ein in den grossen Umrissen zutreffendes Bild von dem Aufsteigen der Zensiten in höhere Einkommensstufen während der Jahre 1896—1912 zu geben. Das Bild kann natürlich nur ein schematisches sein. Es geht aus von der Voraussetzung, dass der Gesamtzugang an Zensiten zunächst der untersten Stufe zugeflossen ist, und berechnet so für jede Stufe auf Grund des effektiven Zensitenbestandes der beiden Jahre die Zu- und Abgänge.

Aufsteigen der Zensiten in höhere Einkommensstufen.

Anzahl der Zensiten in den Einkommensstufen

	unter 900 M.	900 bis 3000 M.	3000 bis 6000 M.	6000 bis 9500 M.	9500 bis 30000 M.	30000 bis 100000 M.	über 100000 M.
Bestand 1896	8 613 994	2 528 333	215 283	57 536	47 308	9 265	1 699
Zugang aus der nächst niederen Stufe . .	4 227 195	4 682 264	452 785	120 420	66 209	14 491	2 757
Zusammen	12 841 189	7 210 597	668 068	177 956	113 517	23 756	4 456
Bestand 1912	8 158 925	6 757 812	547 648	111 747	99 026	20 999	4 456
Also Abgang an die nächst höhere Stufe	4 682 264	452 785	120 420	66 209	14 491	2 757	—

Diese auch in anderer Beziehung lehrreiche Uebersicht zeigt, dass die relativ schwache Vermehrung der Zensiten in der Stufe von 6000—9500 M., die übrigens immer noch fast eine Verdoppelung ist, ihre Ursache darin hat, dass die Zahl der in die nächsthöhere Stufe übergegangenen Zensiten (66209) im Verhältnis zu dem Bestand 1896 + Zugang (177956) ganz erheblich stärker ist als in den anderen Einkommensstufen ausser der untersten; die Folgerung einer verhältnismässig weniger günstigen Gestaltung der Einkommensverhältnisse der im Jahre 1896 dieser Einkommensstufe angehörigen Zensiten wäre also unzutreffend.

Wenn man aber der Frage der Entwicklung der Einkommensverteilung auf die einzelnen Bevölkerungsschichten wirklich auf den Grund gehen will, so darf man sich nicht damit begnügen zu fragen, wie sich die Anzahl der Zensiten und der zugehörigen Bevölkerung in den einzelnen Einkommensstufen verändert hat. Auch die Verschiebungen in der Höhe der Einkommenssummen der einzelnen Einkommensstufen gibt keinen direkten und vollkommenen Aufschluss. Denn da die Durchschnittseinkommen der einzelnen Einkommensstufen — abgesehen von der untersten und obersten — naturgemäss ungefähr gleich bleiben, ist die Einkommenssumme dieser Stufen im wesentlichen abhängig von der Zahl der Zensiten. Die Fragestellung muss vielmehr lauten:

Wie hat sich die Einkommenssumme der einzelnen Bevölkerungsschichten, und wie hat sich der Anteil der Einkommenssumme einer jeden Bevölkerungsschicht am Gesamteinkommen verändert?

In der nebenstehenden Tabelle ist die Bevölkerung in diejenigen Schichten eingeteilt, die im Jahre 1896 den einzelnen Einkommensstufen genau entsprachen. Die unterste

Schicht umfasst also die 67,02% der Bevölkerung = 75,08% der Zensiten, die im Jahre 1896 ein Einkommen bis zu 900 M. hatten; die zweite Schicht umfasst die folgenden 29,17% der Bevölkerung = 22,04% der Zensiten, die ein Einkommen von 900—3000 M. hatten usw. Da im Jahre 1912 auf die Einkommen bis zu 900 M. nur noch 39,78% der Bevölkerung = 51,97% der Zensiten kamen, ist ohne weiteres klar, dass die unterste Schicht des Jahres 1896, von der wir ausgehen — nämlich 67,02% der Bevölkerung —, im Jahre 1912 eine nicht unerheblich höhere Einkommensgrenze erreichte als 900 M. Wenn man ermitteln will, wie die Einkommensverhältnisse der untersten Schicht von 67,02% der Bevölkerung sich innerhalb der Gesamtentwicklung des Volkseinkommens gestaltet haben, muss man also feststellen, bis zu welcher Einkommenshöhe diese Schicht im Jahre 1912 reichte, ferner wie hoch die Einkommenssumme dieser Schicht im Jahre 1912 war und welchen Anteil die Einkommenssumme dieser Schicht sowohl im Jahre 1896 wie auch im Jahre 1912 an dem Gesamteinkommen darstellte.

Die Berechnung ist zwar meines Wissens bisher niemals versucht worden, sie ist aber auf Grund der veröffentlichten Daten der Einkommenssteuer-Statistik ausführbar.

Im Jahre 1896 entfielen auf die unterste Schicht 67,02% der Bevölkerung (75,08% der Zensiten), oder in absoluten Zahlen 8 613 994 Zensiten aus einer Gesamtzahl der Zensiten von 11 473 418. Diesem Verhältnis entspricht für das Jahr 1912 die Zahl von 11 787 700 Zensiten aus insgesamt 15 700 613. Von diesen 11 787 700 Zensiten entfielen auf die unterste Einkommensstufe (bis 900 M.) 8 158 925, auf die nächsten drei Unterabteilungen von 900 bis 1350 M. kamen 3 455 188 Zensiten, so dass also auf die gesamten Einkommen bis

1350 M. 11 614 113 Zensiten kamen. Gegenüber den die unterste Bevölkerungsschicht bildenden 11 787 700 Zensiten bleiben also noch 173 587, die 22 % der 787 599 Zensiten der Unterabteilung von 1350—1500 M. ausmachen. Man kann also sagen, dass die unterste Bevölkerungsschicht, deren Einkommen im Jahre 1896 bis 900 M. reichte, im Jahre 1912 bei einer Einkommenshöhe von etwa 1380 M. abschliesst.

Man kann ferner die Einkommenssumme dieser untersten Bevölkerungsschicht, die für das Jahr 1896 in der offiziellen Statistik mit 3876 Millionen Mark eingesetzt ist, für das Jahr 1912 wie folgt berechnen:

Einkommenssumme bis		900 M.	3671 Millionen M.		
	"	900—1350 "	3818	"	"
22% der	"	1350—1500 "	247	"	"
		<hr/>			
		zusammen		7736 Millionen M.	

Analoge Berechnungen sind für die übrigen Bevölkerungsschichten auszuführen.

Auf Grund dieser Berechnungen ist die nebenstehende Tabelle aufgestellt.

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist:

Der Anteil der einzelnen Bevölkerungsschichten an der seit 1896 eingetretenen sehr erheblichen Steigerung des Gesamteinkommens ist geradezu verblüffend gleichmässig.

Bei einer Zunahme des Gesamteinkommens um 90 % und bei der gleichzeitig eingetretenen starken Vermehrung des werbenden Nationalkapitals würde man nicht erstaunt sein können, wenn eine ansehnliche Verschiebung in dem prozentualen Anteil der verschiedenen Bevölkerungsschichten

Nummer	Bevölkerungs- schichten		Einkommenshöhe der einzelnen Bevölkerungsschichten		Einkommens- summen der einzelnen Bevölkerungs- schichten		Anteil der Einkommens- summen jeder Schicht am Gesamteinkommen	
	‰ der Bevölke- rung	‰ der Zensiten	1896 M.	1912 M.	1896	1912	1896	1912
1	671,9	750,78	bis 900	bis 1380	3 876	7 736	38,2	39,7
2	291,7	220,36	900—3 000	1 380—3 960	3 382	6 205	33,3	31,9
3	20,6	16,42	3 000—6 000	3 960—7 970	874	1 568	8,6	8,0
4	9,4	7,36	6 000—9 500	7 970—13 320	427	808	4,2	4,2
5	5,1	4,12	9 500—30 500	13 320—46 580	727	1 448	7,2	7,4
6	1,0	0,81	30 500—100 000	46 580—150 000	462	883	4,6	4,5
7	0,2	0,15	über 100 000	über 150 000	399	835	3,9	4,3
	1 000,0	1 000,00	—	—	10 147	19 483	100,0	100,0

am Gesamteinkommen eingetreten wäre. Statt dessen zeigt die obenstehende Tabelle für die unterste Bevölkerungsschicht nur eine Verschiebung des Anteils am Gesamteinkommen von 38,2 auf 39,7 ‰, für die zweite Schicht von 33,3 auf 31,9 ‰, für diese beiden Schichten zusammen von 71,5 auf 71,6 ‰. Der Anteil der grossen Masse der Bevölkerung (96,2 ‰), deren Einkommen im Jahre 1896 bis 3000 M., im Jahre 1912 bis nahezu 4000 M. reichte, hat also keinerlei Verringerung ihres Anteils am Gesamteinkommen erfahren, vielmehr ihren Anteil an dem nahezu verdoppelten Gesamteinkommen voll aufrechterhalten. Der Anteil der oberen Schichten am Gesamteinkommen hat sich nur um Bruchteile eines Prozents verschoben: bei der dritten Schicht von 8,6 auf 8,0 ‰, bei der vierten Schicht bleibt der Anteil von 4,2 ‰ unverändert, bei der fünften Schicht von 7,2 auf 7,4 ‰, bei der sechsten von 4,6 auf 4,5 ‰ und schliesslich bei der obersten Schicht von 3,9 auf 4,3 ‰. Auch die in den letztgenannten Ziffern in Erscheinung tretende verhältnismässige Zunahme der ganz grossen Einkommen, in der allein die Akkumulationskraft des Kapitals einen — wenn auch nur schwachen — Ausdruck findet, berechtigt gewiss nicht, von einer plutokratischen Entwicklung zu sprechen, noch viel weniger davon, dass die grosse Masse der Bevölkerung bei der Vermehrung des Gesamteinkommens leer ausgegangen sei.

Nun ist zu der Tabelle noch eine Bemerkung zu machen.

Die Tabelle beruht auf den Ziffern der offiziellen preussischen Statistik. Diese geht nur insoweit auf die in der Steuererklärung und Veranlagung gegebenen Zahlen zurück, als eine Steuerpflicht vorliegt; dagegen enthält sie lediglich Schätzungen hinsichtlich der steuerfreien Einkommen unter 900 M. und hinsichtlich der Einkommen der

nach §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes freigestellten Zensiten der Stufe von 900—3000 M. Und diese Schätzungen sind, wenigstens für die Gegenwart, zweifellos viel zu niedrig. Für die steuerfreien Einkommen bis zu 900 M. nimmt die preussische Statistik einen Durchschnitt von nur 450 M., für die steuerbefreiten Einkommen von 900 bis 3000 M. einen Durchschnitt von nur 900 M. an. Ich halte für die erste Kategorie einen Durchschnitt von 750 M. eher für zu niedrig als für zu hoch, für die zweite Kategorie einen Durchschnitt von 1500 M. für wahrscheinlich. Im Jahre 1896 mag der Durchschnitt wenigstens bei der ersten Kategorie nicht unwesentlich niedriger gewesen sein.

Setzt man an Stelle der offiziellen preussischen Schätzung die Durchschnitte mit 750 M. und 1500 M. für das Jahr 1912 ein, so ergibt sich folgendes Bild der Einkommensverteilung auf die einzelnen in der obigen Tabelle figurierenden Bevölkerungsschichten (Seite 142).

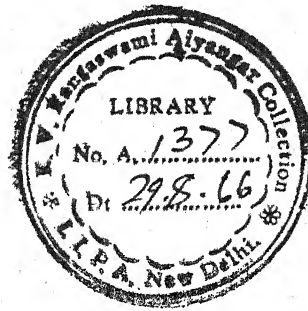
Der Anteil der untersten Bevölkerungsschicht am Gesamteinkommen erscheint hiernach um 6% günstiger als nach der preussischen offiziellen Statistik. Da aber auch für das Jahr 1896 die offizielle Schätzung der steuerfreien Einkommen zweifellos zu niedrig war, will ich mich des Urteils darüber enthalten, wie weit durch eine zutreffendere Schätzung dieser Einkommen für das Jahr 1896 und 1912 die aus der oben gegebenen Vergleichung der beiden Jahre resultierende Gleichmässigkeit der Verteilung des Einkommenszuwachses auf die einzelnen Bevölkerungsschichten etwa modifiziert werden würde. Von erheblicher Bedeutung würde eine solche Modifikation jedenfalls nicht sein können, und sie würde wohl eher zugunsten als zuungunsten der breiten Unterschicht der Bevölkerung ausfallen.

Nummer	Bevölkerungs- schichten % der Bevölke- rung	Einkommenssummen der einzelnen Bevölkerungs- schichten im Jahre 1912		Anteil der Einkommens- summe jeder Schicht am Gesamteinkommen	
		nach der offiziellen Statistik	nach der revidierten Statistik	nach der offiziellen Statistik	nach der revidierten Statistik
		Millionen Mark		%	%
1	671,9	7,736	10,184	39,7	45,7
2	291,7	6,205	6,586	31,9	29,5
3	20,6	1,568	1,568	8,0	7,0
4	9,5	808	808	4,2	3,7
5	5,1	1,448	1,448	7,4	6,5
6	1,0	883	883	4,5	3,9
7	0,2	835	835	4,3	3,7
	1000,0	19,483	22,312	100,0	100,0

Die Gleichmässigkeit des Einkommenszuwachses der verschiedenen Bevölkerungsschichten ist um so auffallender und um so erfreulicher, als sie zutage tritt in einer Periode, in der das Volksvermögen, und namentlich das werbende Kapital, sich um mehr als die Hälfte vermehrt hat, bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung um nur 28 %. Da die grosse Masse des werbenden Kapitals in den oberen Schichten der Bevölkerung konzentriert ist, müsste sich die Zunahme des Kapitalvermögens an sich in einer entsprechend stärkeren Vermehrung des Einkommens dieser oberen Schichten äussern. Wenn trotzdem der vorwiegend oder ausschliesslich auf der Arbeit beruhende Anteil der unteren Schichten am Gesamteinkommen gleich geblieben ist, die

Einkommenssumme dieser unteren Schichten sich also in demselben Verhältnis vermehrt hat wie das zu einem erheblichen Teil auf werbendem Kapital beruhende Einkommen der oberen Schichten, so kann die Erklärung für diese Erscheinung nur sein:

Die einkommenbildende Kraft der Arbeit als Ganzes hat sich in den letzten 15 Jahren bei einer Vermehrung der Bevölkerung um 28 % in demselben Masse erhöht, wie die einkommenbildende Kraft des um mehr als 50 % vermehrten Kapitals.



Druck von
J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdruckerei
Berlin S. 14, Dresdenerstr. 43.
